

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik

In dieser Ausgabe

2-3| Weltraumnutzung: Guter Beschluss – aber wie ist die Praxis?
• Trend NRW-Landtagswahl am 15. Mai 2022 • Frankreich: Stichwahl Macron gegen Le Pen



4-5| Ukraine: Russischer Okkupationskrieg gegen die Ukraine • Eine Militärgrenze vom Nordkap bis zum Schwarzen Meer • Die umkämpfte Kultur

6| Salomonen: Diplomatie zwischen Weltmächten



8-9| Das Europäische Lieferketten gesetz • Parlamentsbericht zum Arbeitsschutz in Europa

10-11| Aktionen/Initiativen: Friedenspolitik in Kriegszeiten – ippnw.de – amnesty.de – proasyl.de – grundrechtekomitee.de – dfg-vk.de – friedenskooperative.de – verdi.de.

12| Wir berichteten ... • Essen: Gegen Energiearmut • Stuttgart 21, ein Zwischenstand • Bremen: Fachkräfte für Schulen in benachteiligten Stadtteilen

13-16| Rechte von Geflüchteten stärken • Städtetag: „Städte stehen fest an der Seite der Ukraine • Pro Asyl: Freie Wahl für die einen, Dublin-Zwang für die anderen? • Resolution gegen Krieg und für



Städtepartnerschaft • Kommunale Aufnahme Geflüchteter stärken

16| Kommunale Politik: Praktische Hilfen für Geflüchtete: Hamburg – Bad Oldesloe – Köln – Wesel – Bochum – Pforzheim/Enzkreis – Berlin

18-19| Gewerkschaftliches Corona-Pandemie und Minijobs • Betriebsratswahlen 2022 • Mehr Geld für Leihbeschäftigte • Gewerkschafterin aus der Ukraine spricht bei Verdi.

20| Rechte Provokationen – demokratische Antworten – Redaktionsnotizen

21| Gedenken an 1.616 KZ-Häftlinge in den Frankfurter Adlerwerken



Beilagenhinweis: Ergebnisse und Materialien Nr. 16, Thema UN-Beschluss
Nächste Ausgabe der Politischen Berichte Nr. 3: 16. Juni 2022

22| Warum rechtfertigt die extreme Rechte die russische Aggression?
23| Die Vergessenen vom „Russenfriedhof“ – Streit um eine Bahnwerkstatt



24| Ruskij Mir – Patriarch Kirills „Lehre von der russischen Welt“ und die Gegen- Erklärung zur „Lehre von der Russischen Welt“

26| Die extreme Rechte in Frankreich und Putin

26| Die Präsidentenwahl in Costa Rica gewann der Rechtspopulist Rodrigo Chaves

28| Wählerschaft sucht geeignete Partei – aus Anlass der Landtagswahl im Saarland

29| TERMIN: 7. und 8. Mai 2022 in Sprockhövel zum Themenkomplex Emanzipatorische Arbeitspolitik – Aktuelle Gewerkschaftspolitik



30-31| Kalenderblatt: 1912 Schweden: Riksdition verabschiedet das „1912 års lag“ – Arbeitsschutz wird Norm

32| ANZEIGE: rls-Dossiers „Gegen den neuen Krieg in Europa“

32| TERMIN: Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation. Jahrestagung am 23./24. April in Mannheim

Nächste Ausgabe: Covid 19 – Alles im Griff ?

Ausgabe Nr. 2 am 14. April 2022, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Guter Beschluss – aber wie ist die Praxis?

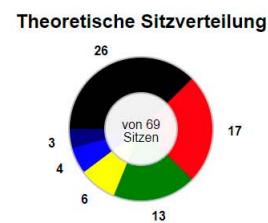
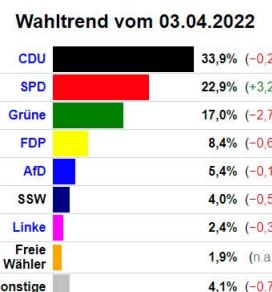
Alfred Küstler, Stuttgart. Ende letzten Jahres hat die UN-Vollversammlung einen Beschluss zur Verringerung der Weltraumbedrohungen durch Normen, Regeln und Grundsätze für verantwortungsvolles Verhalten gefasst – mit Zustimmung aller Weltraummächte. In dem Beschluss (A/RES/76/231 vom 24.12.2021) wird auch festgehalten, dass in den nächsten Jahren Tagungen und Arbeitsgruppen stattfinden sollen, die das Thema Verhütung eines Wettrüstens im Weltraum behandeln und zu konkreten weiteren Maßnahmen bringen sollen.

Das Thema ist schon länger im Blickpunkt der Vereinigten Nationen. Aufgekommen ist es, als die USA in den 1980er Jahren einen „Krieg der Sterne“ ins Auge fassten: mit Weltraumwaffen sollte der Sowjetunion die Möglichkeit genommen werden, auf einen Atomraketenangriff mit einem Gegenschlag zu antworten. Das Projekt scheiterte technisch, aber auch politisch.

In der Folge gab es eine breite Meinung für eine gemeinsame friedliche Nutzung des Weltraums. Internationale Forschungskooperationsprojekte wurden ins Leben gerufen, das bekannteste ist die Internationale Raumstation ISS. Sie wird seit 1998 von Russland, den USA und Europa gemeinsam finanziert, technisch erhalten, und es werden internationale Forschungsprojekte durchgeführt. Die Fortsetzung dieser Politik ist aber trotz der UN-Resolution gefährdet. Technisch erreicht die ISS in den nächsten Jahren das Ende ihrer Lebensdauer; bereits bei der Okkupation der Krim hatte Russland die weitere Zusammenarbeit in Frage gestellt, dann aber doch fortgesetzt. Jetzt beginnt es mit Kleinigkeiten: Die Antenne für die weltweite Vogel- und Wildtierbeobachtung (Icarus) am russischen Teil der Raumstation wurde einfach abgeschaltet, trotz laufender Forschungsprojekte. Künftige Flüge von nichtrussischen Astronauten mit russi-

Neueste Wahlumfragen im Wahltrnd zur Landtagswahl in Schleswig-Holstein

Wahl am: 08.05.2022 - noch 30 Tage



Neueste Wahlumfragen im Wahltrnd zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen (NRW)

Wahl am: 15.05.2022 - noch 1 Monat



Trend NRW-Landtagswahl am 15. Mai 2022. thj. Während die CDU laut Wahltrnden von Anfang April in Schleswig-Holstein weit vorne liegt, gibt es in NRW ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen CDU und SPD. In dieser Umfrage ist aber noch nicht der Rücktritt der NRW-Umweltministern Ursula Heinen-Essen vom 7. April eingepreist, die wegen ihrer Reisetätigkeit nach Mallorca während der Flutkatastrophe im Juli 2021 massiv unter Druck geraten war. Die Linke leidet unter dem Elefantenrennen zwischen CDU und SPD und an sich selbst, hat aber gegenüber der letzten Umfrage um 1,3 Prozentpunkte zugelegt. Hat sie vielleicht doch noch eine winzige Chance als Korrektiv in den Landtag gewählt zu werden, falls die SPD wegen „Mallorca-Gate“ zulegen sollte und ein Regierungswechsel sicherer erscheint? Der wäre allerdings bereits nach dem aktuellen Trend möglich in Form einer Regierungskoalition wie beim Bund. Eine „Kenia-Koalition“ oder eine große Koalition wären demnach auch rechnerisch möglich, gelten aber eher als weniger wahrscheinlich. Sollte es tatsächlich zu Rot-Grün-Gelb in NRW kommen, gäbe es keine Ausrede mehr, die drängende Altschuldenproblematik der Kommunen im Ruhrgebiet und im Bergischen Land weiter zu sabotieren, wie es die für die Kommunen zuständige Heimatministern Ina Scharrenbach seit Jahren macht, die wegen ihrer Verstrickung in die Mallorca-Affäre auch in der Kritik ist.

Quelle: <https://dawum.de/>

schen Zubringerraketen scheinen derzeit ausgeschlossen. Auch China bereitet militärische Operationen im Weltraum vor. Die „Neue Zürcher Zeitung“ (22.3.) berichtet von der Beobachtung eines Abschleppmanövers eines ausgedienten

Satelliten Beidou durch einen neu gestarteten Satelliten Shijian 21. Solche Operationen könnten gezielt bei Operationen gegen Kommunikationssatelliten verwendet werden. Keine guten Aussichten für eine friedliche Nutzung des Weltraums.

Politische Berichte

ZEITSCHRIFT FÜR LINKE POLITIK
- ERSCHIEN TITEL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln, E-Mail: info@linkekritik.de.

Herausgeber: Edith Bergmann, Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Karl-Helmut Lechner, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Redakteure und Redaktionsanschriften:

Blick in die Medien / Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Alfred Küstler (verantwortlich), alfred.kuestler@politische-berichte.de; Christoph Cornides, christoph.cornides@t-online.de. Europa: Rolf Gehring (rog, verantwortlich), gehring@efbw.eu

efbw.eu; Eva Detscher, eva.detscher@politische-berichte.de; Thilo Janssen Aktionen – Initiativen / Wir berichteten / Aus Kommunen und Ländern / Kommunale Initiativen / Gewerkschaftliches, Soziales: Thorsten Jannoff (verantwortlich), t.jannoff@web.de; Jörg Detjen, joerg.detjen@koeln.de; Horst-Ullrich Jäckel, ulli.jaeckel@hotmail.de; Bruno Rocker; Johann Witte, johannfirst@web.de. Rechte Provokationen – demokratische Antworten: Rosemarie Steffens (verantwortlich), rosemarie.steffens@web.de; Christiane Schneider, chschneiderhh@posteo.de Ankündigungen, Diskussion, Dokumentation: Martin Fochler (verantwortlich), fochlermuenden@gmail.com. Kalenderblatt: Eva Detscher (evd, verantwortlich), eva.detscher@politische-berichte.de; Rolf Gehring, gehring@efbw.eu; Titel und letzte Seite (Lektürehinweise / Empfehlungen / Leseproben): Alfred Küstler (verantwortlich), alfred.kuestler@politische-berichte.de.

kuestler@politische-berichte.de; Martin Fochler, fochlermuenden@gmail.com.

Beilagenmanagement: Eva Detscher, eva.detscher@politische-berichte.de Internet und Archiv: Barbara Burkhardt, b.burkhardt44@gmx.de

Die Mitteilungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4 €. Ein Jahresabo kostet 39 €, Förderabo: 54 €, ermäßigt: 33 € (jeweils 10 € Portoanteil enthalten), Ausland: 51,20 € (22,20 € Portoanteil), Buchläden und andere Weiterverkäufer: 21 €. Druck und Versand: Projekt Print, München Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701, alfred.kuestler@politische-berichte.de

Frankreich: Stichwahl Macron gegen Le Pen

MATTHIAS PAYKOWSKI. KARLSRUHE

Die Entscheidung über die Staatspräidentschaft fällt wie bei allen bisherigen Präsidentschaftswahlen der 5. Republik erst in der Stichwahl. Und wie 2017 entscheiden die Wähler am 24. April erneut zwischen dem derzeitigen Staatspräsidenten Emmanuel Macron (LREM – La République en Marche) und Marine Le Pen (RN – Rassemblement National). Macron hat im ersten Wahlgang 27,8 % der Stimmen erhalten, Le Pen 23,1%. (Stand: Montag, 11.4.2022, 14 Uhr. Auf Basis von 98 % der ausgezählten Stimmen aller eingeschriebenen Wähler).

Deutlich besser als die Wahlforschung prognostiziert, schrift Jean-Luc Mélenchon (FI – La France Insoumise) ab, als Dritter mit 22,0 %. Die drei französischen Überseeregionen Französisch-Guiana, Guadeloupe und Martinique konnte Mélenchon jeweils mehr als 50 % der Stimmen deutlich vor den anderen Kandidaten gewinnen und auch in etlichen der 50 größten Städte Frankreichs ist Mélenchon auf dem ersten Platz. Hier in Prozentangaben ein Ausschnitt daraus: Avignon 37, Grenoble 39, Le Havre 30, Lille 41, Marseille 31, Nantes 33, Roubaix 53, St. Denis 61, Strasbourg 35, Toulouse 37. (Angaben aus: *Liberation*, 11.4.2022, 11 Uhr.) (1)

Die weiteren Kandidaten – insgesamt zwölf hatten die mindestens 500 Unterstützer beigebracht – erzielten einstellige Ergebnisse: Éric Zemmour (REC! – Reconquête!) landete bei 7,1 %. Valérie Pécresse (LR – Les Républicains) verfehlte mit 4,8 % ebenso die Fünf-Prozent-Marke, die für die Wahlkampfkostenerstattung wichtig ist, wie Yannick Jadot (EELV – Europe Écologie Les Verts) 4,6 %, Fabien Roussel (PCF – Parti Communiste Français) 2,3 % sowie Anne Hidalgo (PS – Parti Socialiste) – mit 1,8 % das schlechteste Ergebnis in der Geschichte der PS! Noch erwähnt: Zwei trotzkistische Kandidaturen blieben unter 1 Prozent.

Die Wahl 2017 hatte das französische Parteiensystem erschüttert mit der Wahl Macrons und mit dem Niedergang der Parti Socialiste, die nur noch sechs Prozent der Wählerstimmen erhielt. 2022 schicken die Wähler die Konservativen Les Républicains in Richtung Bedeutungslosigkeit – unter fünf Prozent, sie hatten 2017 noch 20% erhalten. LR ist aufgerieben worden zwischen Macron auf der einen und Le Pen / Zemmour auf der anderen Seite. Die Kandidatin warb mit den klassischen Themen Polizei und Justiz, Kriminalität und Unsicherheit vergeblich im Feld der Rechten. Viele

ehemalige Wähler fühlen sich mittlerweile am rechten Rand beheimatet.

Die französische Linke

Die Diskussionen und Versuche, die französischen linken Parteien mit einem gemeinsamen Kandidaten in die Wahl zu schicken, waren erfolglos. Mélenchon wollte nicht von einer eigenen Kandidatur zurückstehen, das Ergebnis bestätigt ihn durchaus. Die PCF stellte mit Fabien Roussel erstmals wieder einen eigenen, erfolglosen Kandidaten auf. Und La France Insoumise bemerkt jetzt, dass mit den 700.000 Stimmen an den PCF statt Le Pen Mélenchon die Stichwahl erreicht hätte! Für Mélenchon war es wahrscheinlich die letzte Kandidatur zum Staatspräsidenten, und damit ist auch die Zukunft von France Insoumise nicht ganz gewiss. Das gute Ergebnis Mélenchons wird ihnen erstmal Schwung geben für die Wahlen zur Nationalversammlung im Juni.

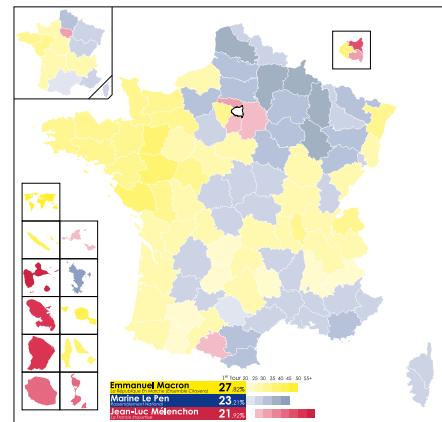
Empfehlungen für die Stichwahl

Der Kandidat der Grünen und die Kandidatin der Parti Socialiste rufen ihre Wähler auf, Macron zu wählen. Auch die Kandidatin der Republikaner hat dazu aufgefordert, aber die Partei ist gespalten. Ein Teil favorisiert Le Pen. Fabien Roussel (PCF) erinnert an die „republikanische Front“, um eine Präsidentschaft Le Pens zu verhindern. Und Jean-Luc Mélenchon hat wie schon 2017 dazu aufgefordert, Le Pen keine Stimme zu geben. Ob seine Wähler zur Stichwahl an die Urnen gehen oder „weiß“ wählen sollen, lässt er aber offen. Zemmour und Dupont-Aignan fordern auf, Le Pen zu wählen.

Neuaufgabe Le Pen – Macron

Der Ausgang der Stichwahl am 24. April ist erkennbar ungewisser als 2017. Macron hat zwar gegenüber dem ersten Wahlgang 2017 dazugewonnen, aber der Abstand zwischen Le Pen und Macron hat sich auch verringert. Die Stimmen vom rechten Rand und von Teilen der Konservativen addiert, könnte es für Le Pen reichen. Vor allem aber lässt sich das Wahlverhalten links kaum prognostizieren. Macron ist in Teilen der Linken so verhasst, ein zweites Mal werde man für Macron die Stimme nicht hergeben.

Zu dieser Stimmung hat auch Le Pen beigetragen. Nach der verlorenen Wahl 2017 begann sie ihr Bild zu pflegen – seriöse Politikerin, Staatsfrau. Ihre Auftritte sind gesetzter – keine Provokationen! Sie gibt die fürsorgliche Landesmutter, Kinder im Arm. Sie kennt die Herausforderungen Alleinerziehender, ihre sechs Katzen weisen unbedingt ihre Tierschutzqualitäten aus. Und sie hat den



Wahlkampf intensiv genutzt, nahezu jeden Winkel der französischen Republik besucht und den Kontakt mit dem Bürger gesucht, um sich zu zeigen, volksnah halt.

Zemmour hat mit seiner Kandidatur und den Provokationen Marine Le Pen den Raum verschafft, dass die „Entdiabolisierung“ ihre Wirkung entfalten kann. Er fängt den Teil des rechten Lagers ein, der über Le Pens inszenierten Weg in die Mitte die Heimat verlor. Sein Programm ist eine Anleitung zu ungezügelter staatlicher Gewalt und tritt die Prinzipien der französischen Verfassung mit Füssen. Das Programm basiert auf der Theorie des „Grand Remplacement“, die die Verdrängung der weißen französischen Bevölkerung durch muslimische Immigration behauptet. Mit seiner widerlichen Kampagne hat Zemmour dazu beigetragen, dass die öffentliche Aufmerksamkeit gegenüber Le Pen nachgelassen hat. Und sie kann sich inhaltlich auf das Thema konzentrieren, das derzeit viele in der französischen Gesellschaft bewegt: die Kaufkraft. „Den kleinen Leuten ihr Geld und ihr Land zurückgeben“, Mehrwertsteuer auf Benzin, Gas und Strom von 20 auf 5,5 Prozent senken, und Nahrungsmittel und Hygieneprodukte zur Grundversorgung komplett von der Mehrwertsteuer befreien ...

Sanktionen gegen Putin lehnt sie ab wegen der Auswirkungen auf die Kaufkraft! Ihre Nähe zu Putin hat ihr bisher nicht geschadet. Sie strebt eine „Allianz mit Russland“ an und knüpft damit an französische Traditionen aus dem 19. Jahrhundert an. Bezuglich der EU will sie eine Verfassungsänderung, die französisches Recht über europäisches stellen soll. Das würde einen schweren Konflikt herausfordern mit den Institutionen der EU. Der Schutz „französischer Identität“ und „nationale Priorität“ sollen an den Grenzen zukünftig wieder durch Schlagbäume und Kontrollen befördert werden. Da finden sich dann auch Schnittmengen mit Mélenchons France Insoumise. Quellen: französisches Innenministerium, <https://www.resultats-elections.interieur.gouv.fr/presidentielle-2022/index.html>; *Le Monde*, 11.4.2022; *NZZ*; sowie (1) <https://www.liberation.fr/resultats-elections/>

Russischer Okkupationskrieg gegen die Ukraine

CHRISTOPH CORNIDES, MANNHEIM

Mit Stand vom 10. April 2022 berichtet Tagesschau online: „Nach dem Abzug russischer Truppen vor Kiew sind nach ukrainischen Angaben weitere Opfer entdeckt worden. Laut Staatsanwaltschaft wurden bereits mehr als 1200 Leichen geborgen. In 5600 Fällen werde wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen ermittelt.“

Bereits am 7. April hatte die UNO-Generalversammlung in Fortsetzung ihrer elften Notstandssondertagung – auf der am 2. März 2022 der völkerrechtswidrige Angriff der Russischen Konföderation auf die Ukraine mit großer Mehrheit verurteilt worden war (siehe Beilage zu dieser Ausgabe) – auch die „schwere(n) und systematische(n) Menschenrechtsverletzungen und -übergriffe sowie Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht“ Russlands verurteilt. Auf Betreiben insbesondere der USA, Großbritanniens und der G7-Staaten wurde u.a. beschlossen, „die Mitgliedschaftsrechte der Russischen Föderation im Menschenrechtsrat auszusetzen“. (siehe Dokumentation der Resolution, S. 5)

Diese Resolution erhielt in der 193-köpfigen Versammlung eine Zweidrittmehrheit der Stimmen bei Abzug der Enthaltungen. 93 Staaten stimmten dafür und 24 dagegen stimmten, darunter Russland, China, Kuba, Nordkorea, Iran, Syrien, Vietnam. 58 Staaten enthielten sich bei der Abstimmung. Dazu gehör-

ten Indien, Brasilien, Südafrika, Mexiko, Ägypten, Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Jordanien, Katar, Kuwait, Irak, Pakistan, Singapur, Thailand, Malaysia, Indonesien und Kambodscha. (Nach Bericht des regionalen Informationszentrums der Vereinten Nationen). (Abstimmungsergebnis bei der Resolution vom 2.4.2022: 141 dafür, 5 dagegen, 34 Enthaltungen).

Die Verletzungen des humanitären Völkerrechts durch Russland, die die UN-Vollversammlung klar als solche benennt, sind somit auch eine deutliche Unterstützung für die Aufklärung und Verfolgung von Kriegsverbrechen durch den internationalen Gerichtshof (IGH Gericht der Vereinten Nationen) und den internationalen Strafgerichtshof (IStGH), dessen Basis ein internationaler Vertrag ist und an dem im Unterschied zum IGH nicht Staaten, sondern Einzelpersonen angeklagt werden.

Wie sich immer mehr auch hier abzeichnet, sind solche Kriegsverbrechen selbst Teil der Kriegsführung, einer Kriegsführung, die gegenwärtig immer mehr zu einer bewaffneten Grenze vom Nordkap bis zum Schwarzen Meer zwischen den Nato-Staaten und der Russischen Konföderation führt. An dieser bewaffneten Grenze stehen sich Staaten und Allianzen gegenüber, die – soweit sie wie USA, Russland, Großbritannien, Frankreich über Atomwaffen verfügen – alle nicht auf die Option zum atomaren Erstschlag verzichtet haben. Die UdSSR

hatte auf die Option, Atomwaffen zuerst einzusetzen verzichtet. Diesen Verzicht hat aber Russland nach der Auflösung der UdSSR ausdrücklich nicht erneuert. Im Gegenteil, Putin hat jetzt im Verlauf des Okkupationskrieges gegen die Ukraine mit dem Einsatz von Atomwaffen gegen die Nato-Staaten gedroht.

Das sind gleichzeitig aber auch „Vorlagen“ für die „Strategiediskussionen“, die Nato und EU-Staaten führen. In Deutschland will die Bundesregierung eine „Neue Sicherheitsstrategie“ (NSS) vorlegen, in der EU wird ein „strategischer Kompass“ geplant, und die bestimmende Blaupause soll auf dem regulären Nato-Gipfel im Juni 2022 mit der Entscheidung zur Umsetzung der Reformagenda „Nato 2030“ getroffen werden. Eines ihrer Kernelemente wird die „Aufrüstung zur Abschreckung“ an der „Ostflanke“ sein. Die Nato arbeite nach Angaben ihres Generalsekretärs Jens Stoltenberg an Plänen für eine ständige Militärpräsenz an ihren Grenzen. „Was wir jetzt sehen, ist eine neue Realität, eine neue Normalität für die europäische Sicherheit“, so Stoltenberg auf dem letzten Nato-Sondergipfel. Die Nato befände sich in einer „grundlegenden Umgestaltung“.

Dagegen sollten sich die Linke und die Friedensbewegung nicht nur, aber auch auf jeden Fall mit der Forderung auf den Verzicht zum atomaren Erstschlag stellen, wozu es auch Ansätze in der amerikanischen Zivilgesellschaft gibt (siehe Erklärung der IPPNW in den USA).

Dok: IPPNW-Pressemitteilung vom 4. Januar 2022

Die „IPPNW Deutschland – Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges / Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.“ fordert einen Stopp der Aufrüstung von Atomwaffensystemen und veröffentlicht den Text des offenen Briefes der amerikanischen Sektion der IPPNW

Offener Brief an US-Präsident Joe Biden von der US-Sektion der IPPNW (PSR)

Sehr geehrter Präsident Biden,
Sie setzen sich seit langem dafür ein, dass Atomwaffen nicht mehr ihre bisherige Rolle in der nationalen Sicherheitspolitik der USA spielen sollten. Zusammen mit Präsident Putin haben Sie das Reagan/Gorbatschow-Prinzip bekräftigt, dass „ein Atomkrieg nicht gewonnen werden kann und niemals geführt werden darf“. Diese Aussagen bleiben nur Worte, wenn sie nicht von Taten untermauert werden. Heute ist das Risiko eines Atomkriegs, sei es durch Absicht, Unfall oder Cyberangriff, weitaus größer als während des Kalten Krieges. Papst Franziskus hat

gesagt: „Die Nutzung der Atomenergie zu Kriegszwecken ist unmoralisch, genauso wie der Besitz von Atomwaffen unmoralisch ist“, und er fügte hinzu: „Wir werden danach beurteilt und gerichtet werden.“ Als Ärzte, Angehörige der Gesundheitsberufe und besorgte Bürger wissen wir, dass es keine angemessene Antwort auf einen nuklearen Angriff gibt. Die einzige Möglichkeit, dieses Risiko zu beseitigen, ist die vollständige Abschaffung von Atomwaffen. Unsere Zukunft erfordert jetzt mutiges Handeln, um dieses zunehmende Risiko eines Atomkriegs zu verringern. Die von Ihrer Regierung durchgeführte Überprüfung, welche Rolle Atomwaffen derzeit in der US-Sicherheitsstrategie spielen, muss anerkennen, dass Atomwaffen uns nicht sicher machen, dass ihr Fortbestehen die größte Bedrohung für unsere Zukunft darstellt, und dass unsere höchste Priorität die weltweite Beseitigung dieser Waffen sein muss. Wie in der Kampagne zur Verhinderung eines Nuklearkrieges der Ärzte für soziale Verantwortung er-

klärt, müssen die USA eine Vorreiterrolle übernehmen, indem sie aktiv eine überprüfbare Vereinbarung zwischen atomar bewaffneten Staaten anstreben, um ihre nuklearen Arsenale zu beseitigen. Dabei drängen wir auf die folgenden Sofortmaßnahmen:

- Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen
- Beendigung der alleinigen, unkontrollierten Befugnis jedes US-Präsidenten, einen Atomangriff zu starten
- US-Atomwaffen aus der Alarm- und Abschussbereitschaft nehmen
- Abbruch des Plans, das gesamte US-Atomarsenal durch noch tödlichere Waffen zu ersetzen.

Das Schicksal unserer Kinder und der ganzen Menschheit liegt in Ihren Händen. *Unterzeichnet, (es folgen über tausend namentliche genannte Unterzeichnungen)*

(Eigene Übersetzung, C. Cornides)

Quelle und Link zum Offenen Brief im am. Originaltext: <https://www.ippnw.de/atomwaffen/atomwaffenpolitik/usa/artikel/de/aerzteorganisation-fordert-einen-stop.html>

DOK: Elfte Notstandtagung, Resolution der UNO-Generalversammlung, verabschiedet am 7. April 2022

Aussetzung der Mitgliedschaftsrechte der Russischen Föderation im Menschenrechtsrat

Die Generalversammlung,

- unter Hinweis auf ihre Resolution 60/251 vom 15. März 2006, insbesondere Ziffer 8, in der sie feststellt, dass die Generalversammlung die Mitgliedschaftsrechte eines Mitglieds des Menschenrechtsrats, das schwere und systematische Menschenrechtsverletzungen begeht, aussetzen kann,
- Kenntnisnehmend von der Resolution 49/1 des Menschenrechtsrats vom 4. März 2022, insbesondere der ernsten Besorgnis des Rates aufgrund von Berichten über von der Russischen Föderation während ihrer Aggression gegen die Ukraine begangene schwere und systematische Menschenrechtsverletzungen und -übergriffe sowie Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht,
- unter Hinweis auf ihre Resolutionen ES-11/1 vom 2. März 2022 und ES-11/2 vom 24. März 2022, mit dem Ausdruck ihrer ernsten Besorgnis angesichts der anhaltenden menschenrechtlichen und humanitären Krise in der Ukraine, insbesondere der Berichte über Menschenrechtsverletzungen und -übergriffe und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht durch die Russische Föderation, einschließlich schwerer und systematischer Menschenrechtsverletzungen und -übergriffe,
- feststellend, dass der Generalsekretär und die Hohe Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte nachdrücklich ihre Besorgnis zum Ausdruck gebracht haben, und in Anbetracht der von der Mission zur Überwachung der Menschenrechtssituation in der Ukraine am 26. März 2022 vorgelegten aktuellen Informationen über die Menschenrechtssituation in der Ukraine,
- 1. beschließt, die Mitgliedschaftsrechte der Russischen Föderation im Menschenrechtsrat auszusetzen;
- 2. beschließt außerdem, die Angelegenheit nach Bedarf zu überprüfen;
- 3. beschließt ferner, die elfte Notstandssondertagung der Generalversammlung vorläufig zu vertagen und den Präsidenten der Generalversammlung zu ermächtigen, die Tagung auf Antrag von Mitgliedstaaten wieder aufzunehmen.

Quelle: Deutscher Übersetzungsdiest der Vereinten Nationen, <https://www.un.org/Depts/german/gv-notsondert/ar-es-11-3.pdf>



Eine sehr informative, täglich aktualisierte Karte zur Entwicklung der militärischen Situation (auch umschaltbar auf Deutsch) findet sich unter liveuamap.com. Bild: Ausschnitt vom 11.4.2022.

Die Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine schafft eine Militärgrenze vom Nordkap bis zum Schwarzen Meer

Im Programm der Linken steht die Forderung nach Begrenzung von Rüstung durch Konzentration auf „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“. Träumerei oder realistisch?

MARTIN FOCHLER, MÜNCHEN

Das langfristige Ziel des Angriffs der Russischen Föderation auf die Ukraine war und ist weiter die Okkupation. Der militärische Operationsplan sah die Eroberung der Landeshauptstadt, Sturz der bestehenden und Einsetzung einer dazu passenden Regierung vor. Der Plan beruht auf irrgen Annahmen über den Rückhalt von Staat und Militärkräften in der Bevölkerung des Landes und politische Meinungsbildung der globalen Welt. Das Militär der Ukraine konnte den Angriff der nach Zahl und Ausrüstung weit überlegenen Angreifer durch den Einsatz von Panzer- und Luftabwehrwaffen zum Stehen bringen. Diese Art der Gegenwehr konnte im ganzen Aufmarschraum der Invasionstruppen wirksam werden, da die modernen Kommunikations- und Beobachtungssysteme Bewegungen und Standorte militärischen Großgeräts erkennbar machen. Dabei spielen nicht nur die bildgebenden Verfahren der Satellitentechnik eine Rolle, die Militäreinrichtungen des Auslandes zu Verfügung stellten. Noch wirksamer dürften die zeitnahe Übermittlung von Beobachtungen der vielen unter Nutzung des Mobilfunks gewesen sein. So konnten die beweglichen ukrainischen Militärkräfte mit einem ganz erheblichen Informa-

tionsvorsprung operieren. Neben den auf kurze Distanz wirkenden Abwehrwaffen hat diese Informationslage auch den Einsatz von bewaffneten Drohnen ermöglicht.

Wie bekannt hatte die ukrainische Regierung in den ersten Wochen der Invasion dringlich um die Sperrung des Luftraums durch militärisches Eingreifen von Nato-Kräften gebeten. Im Kriegsverlauf hat sich dann herausgestellt, dass es den russischen Invasionstruppen einerseits möglich war, die ohnehin schwachen Luftstreitkräfte der Ukraine am Boden zu halten, andererseits aber die Aufstellung der ukrainischen Luftabwehr der russischen Seite den Einsatz von Fluggeräten für Versorgung und Unterstützung von Gefechten am Boden erschwerte bis unmöglich machte.

Die russische Armeeführung setzte in dieser Situation auf den Schrecken und die Todesfurcht, die kaum abzuwehrende Raketenbombardements auf Siedlungen verbreiten, und auf das Mittel der mörderischen Repressalien gegen Zivilbevölkerung der Orte in ihren Aufstellungsräumen. Derartige Verbrechen sind aus der Kriegsgeschichte, namentlich der deutschen, bekannt. Diese gesteigerte Brutalität hat den Widerstand von Militär und Bevölkerung der Ukraine nicht gebrochen. Die Regierung Putin musste die Belagerung Kiews aufgeben, zu Waffenstillstandsverhandlungen sah sie sich deswegen aber nicht genötigt. Sie hat aber ihren Kriegsplan geändert

und versucht nun auf Basis der von ihr beherrschten Räume – Teile der Donezregion und der Krim – eine feste Frontlinie immer mehr auf das Gebiet der Ukraine vorzuschieben. Siedlungen, die diesem Plan im Wege stehen, werden nicht mehr erobert und besetzt, sondern im schrecklichen Sinne des Wortes ruiniert und vernichtet.

Damit ändert sich die strategische Situation. Das ukrainische Militär kann nun nicht mehr vor (schwer einnehmbaren) Stadträumen und (schwer angreifbar und hoch beweglich) hinter den Linien eines Belagerungsringes wirken. Sie muss ihrerseits versuchen, eine Frontlinie zu bilden, und wird dadurch leichter angreifbar. Wird es den ukrainischen Militärkräften gelingen, sich auf diese neue Situation einzustellen? Die Schwierigkeiten zeigen sich am Fall der Stadt Mariupol. Es zeichnet sich ab, dass die russischen Armeen eine Frontlinie errichten wollen, die vom russischen Staatsgebiet im Norden bis nach Odessa und an die Grenzen Moldawiens reichen soll. Das ukrainische Militär wird dem Vormarsch auf dieser lang gestreckten Linie Widerstand entgegensetzen können. Außer Landes drängen kann sie die Invasionstruppen nicht. Das ukrainische Militär muss vielmehr darauf bedacht sein, beweglich zu bleiben und sich nicht einkreisen zu lassen.

In Nato-Kreisen rechnet man zurzeit mit einer langen Fortdauer der Kriegshandlungen. Die Staaten der Nato bekunden ihrer Bereitschaft zu fortdauernden Waffenlieferungen. Die Politik der Sanktionen, die – nicht nur – von den Nato-Staaten getragen wird, entwickelt sich Zug um Zug zum umfassenden Embargo. Finnland und Schweden intensivieren ihre Bindung an die Nato. Vom Nordkap bis zum Schwarzen Meer entsteht eine hochgerüstete Militärgrenze, die auf dem Gebiet der Ukraine als umkämpfte Demarkationslinie besteht. Und eine Kernfrage der nächsten Monate ist es, ob und an welcher Linie die Russische Föderation wenigstens zur faktischen Anerkennung einer Demarkationslinie als Grenze genötigt werden kann.

Die Angriffsbewegung auf Odessa, durch die im Erfolgsfall die übrige Ukraine vom Meerzugang abgeschnitten und ihr wirtschaftliches Überleben gefährdet würde, lässt erkennen, dass die russische Regierungspolitik nach wie vor auf die Destabilisierung und Unterwerfung des ganzen Landes zielt. Der bisherige Kriegsverlauf legt aber nahe, dass dieser Plan scheitern wird, weil er den Menschen im Okkupationsgebiet keine annehmbare Zukunft bietet und internationale Normen verletzt, die für das Funktionieren der vielfach verflochtenen

Weltgesellschaft unentbehrlich sind.

Der erfolgreiche Widerstand der Ukraine eröffnet aber auch politische Perspektiven. Ein – im Verhältnis zum Aggressor – kleines Land kann sich verteidigen. Eine Großmacht kann scheitern, wenn sie sich in der Weltgesellschaft isoliert. Die – unsicheren, aber nicht völlig unrealistischen – Vermutungen ermöglichen – mitten im Krieg – eine neue weltweite Abrüstungsdiskussion. In Zentrum stünden dabei die Systeme des atomaren Erstschlags, den sich die Militärdoktrin der USA und der Nato offenhält. Eine Absage an diese Rüstungsmittel könnte in die Forderung nach Achtung der atomaren Rüstung führen.

Die politischen Zumutungen des Aggressors, seine Gebietsansprüche und

seine Herrschaftsmethoden und seine weitreichenden Okkupationsziele werden nicht zu einer befriedeten, anerkannten Grenzziehung führen. Möglich ist allerdings, dass die Verteidigung der Ukraine die Kräfte des Aggressors ermüdet, so dass die Kampfhandlungen an einer Demarkationslinie zum Stillstand kommen, ein Beispiel für einen solchen Verlauf bietet die Grenze zwischen Nord- und Südkorea.

Die Ukraine sucht und findet in diesem Fall Unterstützung ihrer nahen und ferneren Nachbarstaaten, die sich bedroht und zur Aufrüstung gedrängt fühlen. Es sollte möglich sein – oder wenigstens versucht werden – diese Rüstungsprozesse politisch auf den Pfad der „militärischen Nichtangriffsfähigkeit“ zu drängen.

Die umkämpfte Kultur

EVA DETSCHER, KARLSRUHE

„Mit einer umjubelten Premiere der Oper „Pique Dame“ von Peter Tschaikowsky haben am Samstag die Osterfestspiele in Baden-Baden begonnen. Kirill Petrenko gab sein Operndebüt mit den Berliner Philharmonikern ... Im aktuellen politischen Kontext stimmt die russische Oper jedoch nachdenklich.“ So titeln die „Badischen Neuesten Nachrichten“ vom 11.4.22. Petrenko war bis 2020 Generaldirektor der Bayerischen Staatsoper. Er ist in Russland in einer jüdischen Familie geboren. Am 25. Februar nimmt er Stellung: „Ich bin zutiefst solidarisch mit all meinen ukrainischen Kolleginnen und Kollegen und kann nur hoffen, dass alle Künstlerinnen und Künstler für Freiheit, Souveränität und gegen die Aggression zusammenstehen werden.“ Der Vertrag Petrenkos wird fortgesetzt. Es gibt auch das andere: Dem russischen Chefdirigenten der Münchner Philharmoniker Valery Gergiev wurde vom Münchner OB Dieter Reiter (SPD) am 25.2. ein Ultimatum bis zum 28.2. gesetzt, „ein deutliches Zeichen der Distanzierung von den völkerrechtswidrigen Angriffen gegen die Ukraine“ zu setzen (zitiert nach Süddtsch. Ztg. vom 1.3.22). Gergiev hat geschwiegen und wurde entlassen. Putin bot ihm daraufhin an, „neben dem Mariinski-Theater in St. Petersburg mit mehreren Spielstätten, darunter auch ein neues Haus in Wladiwostok, zusätzlich noch das Bolschoi-Theater in Moskau (zu übernehmen). Eine derartige Entscheidung würde Gergiev (68) zum allrussischen „Super-Generalintendanten“ machen und an zaristische Zeiten anknüpfen, als beide Häuser der kaiserlichen Theaterverwaltung angehörten.“

Karlsruhe lässt die Städtepartnerschaft mit Krasnodar ruhen, ebenso hat

Stuttgart die Beziehungen zu Samara eingestellt. Andere Städte setzen die Partnerschaft zu russischen Städten fort.

Die Zahl derer, die die russische Mentalität, wie sie sich über die letzten Jahrhunderte offenbart haben soll, als logisches Erklärungsmuster für die aktuelle Lage nutzen, ist groß. Es gibt aber auch viele, die genauer zu analysieren versuchen, wie die gegenwärtige gesellschaftliche Realität Russlands aussieht und wie sie sich dazu entwickeln konnte. Schriftsteller vor allem aus osteuropäischen Staaten weisen nicht erst seit Februar 2022 auf die Veränderungen hin.

Es ist bitter, wenn Dimitri Rogosin, der Leiter der russischen Weltraumagentur, Anfang März mit einem Absturz der Internationalen Raumstation ISS über Ländern des Westens gedroht hatte, oder auch, dass das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt DLR am 3. März die Kooperation mit Russland gekündigt hatte und Russland ebenfalls an neutralistischen Punkten die Zusammenarbeit aufkündigt (siehe Meldung, Seite 2).

Es gibt schon lange eine Diskriminierung (nicht nur, aber auch) russischstämmiger Menschen in Deutschland, dagegen stehen aber auch viele Antidiskriminierungsmaßnahmen z.B. seitens der Kommunen, in Schulen, an den Universitäten. Aktuell kommt es darüber hinaus zu Spannungen speziell zwischen Ukrainern und Russen wie z.B. an den Universitäten in Freiburg, Karlsruhe oder auch Mannheim, wo es „zu verbaler Aggression und Beleidigungen“ kommt (Peter Abelmann, Vorsitzender Studierendenschaft Heidelberg, zitiert nach BNN vom 11.4.). Etwa 750 Studenten aus der Russischen Föderation und 460 junge Ukrainer sind im Südwesten eingeschrieben. Zusätzlich möchten viele geflüchtete Studenten aus der Ukraine

hier ein Studium aufnehmen, die nächste Frage: werden auch z.B. die vielen indischen Studenten, die in der Ukraine eingeschrieben waren und von dort geflohen sind, gleich behandelt?

Die russische Regierung versucht an der Kulturfront zu punkten. Die Autokorsos, die gerade unter strengen Auflagen an mehreren Orten in Deutschland stattfinden und als verdeckte Sympathie mit den russischen Kriegszielen wahrgenommen werden, stehen in der russischen Bilanz sicherlich auf der Plus-Seite.

Der Boden, auf dem Argumente ausgetauscht werden und an einer Lösung gemeinsam gesucht wird, ist gegenwärtig verbrannt oder zumindest – in doppelter Bedeutung – vermint. Forcierung des Freund-Feind-Paradigmas ist unbedingt zu vermeiden, Diskriminierung muss entgegengetreten werden. Wie das gehen kann? So hat z.B. die Brigitte Wolf, Linken-Stadträtin in München, eine persönliche Erklärung veröffentlicht. Sie hat der Entlassung Gergievs nicht zugestimmt, weil 1. der repressive Charakter des russischen Systems unterschätzt würde, 2. das Abfordern von Anti-Putin-Statements durch deutsche Institutionen die Kritik am Angriffskrieg unterlaufe und 3. der Oberbürgermeister eine Trennung erzwingen wollte, weil er über die Öffentlichkeit ein Ultimatum gestellt hatte.

Es sind nicht DIE RUSSEN, die Bomben auf Mariupol werfen – es sind Menschen aus dem Staatenbund Russische Föderation. Es sind Soldaten des Staates, die als Wehrpflichtige Befehle ausführen oder auch weil sie überzeugt sind von der Ideologie russischer Überlegenheit gegenüber allen anderen in der Welt. Durch den militärischen Angriff des russischen Staates auf das Gebiet des ukrainischen Staates, wird er und mit ihm seine Staatsbürger zu Feinden der Menschen auf ukrainischem Staatsgebiet. „Ob und inwieweit das russische Volk Putins Politik mitsamt seiner Atomkriegsdrohung will und legitimiert, ist mangels Demokratie nicht ermittelbar. Aber in der Bevölkerung hat er offenkundig genügend Unterstützung, dass er sich darauf verlassen kann, dass seine Befehle Gehorsam finden“, schreibt Max Steinbeis im Verfassungsblog. [1] Am Tag 45 der russischen Okkupationskrieges möchte man Parteigängern Russlands am liebsten Leo Tolstois „Krieg und Frieden“ um die Ohren hauen – aber es nützt ja nichts: die Chancen, den Eroberungsrausch anders als durch eine militärische Niederlage in der Ukraine zu stoppen, stehen schlecht. Der Krieg an der Kulturfront findet überall statt und wird lange dauern.

[1] Verfassungsblog vom 12. März 2022. <https://verfassungsblog.de>

Salomonen: Diplomatie zwischen Weltmächten

EDDA UND KARL-HELMUT LECHNER, NORDERSTEDT

Das Jahr 2019 markiert für den im mittleren Westen des Pazifik gelegenen Staat der Salomonen mit 800 000 Einwohnern eine deutliche Wende in den ausländischen Beziehungen. Die Regierung Sogavare gab dem Werben der chinesischen Regierung, so z.B. durch zahlreiche persönliche Einzelgespräche mit Staatschef Xi Jinping, nach und kündigte abrupt die bisherigen Verbindungen zu Taiwan. Stattdessen nahmen die Salomonen feste Beziehungen zu Peking auf. Damit war die Voraussetzung für den gewünschten Zugang der Salomonen zum chinesischen Markt und den ihr versprochenen Wirtschaftsinvestitionen geschaffen. Und da bereits in den letzten Jahren immer mehr chinesische BürgerInnen und Unternehmen im Rahmen von Geschäftsbeziehungen, Tourismus und Kulturaustausch auf die salomonischen Inseln kamen, könnten die engeren Beziehungen beiden Ländern nützen.

Die Regierung der Salomonen hatte jedoch auch akut sehr konkrete Probleme, die es mit Hilfe Chinas zu lösen gedachte. Seit einigen Jahren treten auf den Salomonen wegen großer Unzufriedenheit gegen den Premierminister Sogavare immer wieder Unruhen auf: wegen wachsender Armut und Arbeitslosigkeit, sowie Spannungen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Demonstranten versuchten das Parlament zu stürmen und setzten einen Großteil von Honiaras Chinatown in Brand. Um dem besser begegnen zu können, wurde eine engere Kooperation zwischen den polizeilichen Sicherheitskräften beider Länder gebildet. Während der Unruhen in Honiara 2021 entsandte daraufhin das chinesische Ministerium für öffentliche Sicherheit ein neunköpfiges Team mit einer Ausrüstung im Wert von 9,86 Mio. RMB (chinesische Währung Renmibi, ca. 1,4 Mio. Euro) und förderten damit ein neues Kommunikationssystem und ein forensisches Autopsie-Labor. Das fand allerdings nicht die Zustimmung des politischen Oppositionsführers Matthew Wale und seiner Anhänger; es sei eine Bedrohung für die nationale Souveränität der Salomonen.

Das rief Anfang dieses Jahres die Aktivität der australischen Behörden auf den Plan. Mit dem Policing Partnership Programm (RAPPP) bot die australische Polizei in Höhe von 106 Mio. AUD (australische Dollar, ca. 73 Mio. Euro) ebenfalls ihre Hilfe in Form von technischer Unterstützung und Weiterentwicklung vorhandener Kapazitäten an. Dem folgten – ebenfalls Anfang 2022 – die USA.

US-Außenminister Blinken kündigte während eines Besuchs am 12. Februar 2022 auf der nahegelegenen Insel Fidschi an, wo er sich virtuell mit etwa 18 Führern der pazifischen Inseln traf, dass sein Land wieder mit den Salomonen zusammenarbeiten werde. Es gehe darum, dem Einfluss Chinas auf der politisch unruhigen Pazifikinsel entgegenzuwirken. Er ist der erste US-Außenminister, der seit 37 Jahren auf die Insel kommt, nachdem die Vereinigten Staaten ihre Botschaft auf den Salomonen 1993 aufgekündigt hatten. Sie unterhielten nur noch ein Konsulat, das von der US-Botschaft in Papua-Neuguinea geleitet wurde. Nun hieß es: „Die Vereinigten Staaten haben ein strategisches Interesse daran, ihre politischen, wirtschaftlichen und handelspolitischen Beziehungen zu den Salomonen, der größten pazifischen Inselnation ohne US-Botschaft, zu verbessern ... China hat eindeutig Ambitionen im Pazifik, und das zeigt sich regelmäßig, und einiges von dem, was sie tun, ist wirklich besorgniserregend“.

Die westlich orientierten Länder stimmten diesen Vorwürfen sofort zu. Wesley Morgan, ein Experte für pazifische Sicherheit an der australischen Griffith University, sagte, die Vereinigten Staaten reagierten zum Teil auf die Bedenken Canberras, dass das chinesische Militär seine Präsenz auf den Pazifikinseln ausbauen könnte. China helfe beispielsweise beim Bau von Flug- und Seehäfen in der Region, die sowohl kommerziellen als auch militärischen Zwecken dienen könnten. Die neuseeländische Premierministerin Jacinda Ardern sprach sogar von einer „potenziellen Militarisierung der Region“.

Der Premierminister der Salomonen, Manasseh Sogavare, bezeichnete die Reaktionen auf die Sicherheitsverhandlungen seines Landes mit China als „sehr beleidigend“ und sagte im Parlament, „Wir werden in keiner Weise von unseren neuen Freunden unter Druck gesetzt, und es besteht keinerlei Absicht, China um den Bau einer Militärbasis auf den Salomonen zu bitten.“ Er kritisierte die größeren Länder wie Australien und Neuseeland, denen es egal sei, ob die Pazifikinseln wegen des Klimawandels unter Wasser stünden und die die Region als „Hinterhof der westlichen Großmächte“ betrachteten. Die australische Bevölkerung ist etwa doppelt so groß wie die im Pacific Islands Forum (PIF) zusammengeschlossenen Inselstaaten und die australische Wirtschaft ist mehr als fünfmal so groß.

Quellen: <https://www.solomontimes.com/news/we-will-never-host-any-military-base-sogavare/11770>

Auf den Weg gebracht! Das Europäische Lieferkettengesetz

VON ROLF GEHRING (BRÜSSEL)

Der gewerkschaftliche und der gesellschaftliche Kampf hat eine ganze Reihe von Gestaltung bzw. Rechtsebenen zur Einschränkung dessen, was klassisch als exklusive Verfügungsmacht der Kapitaleigner gefasst wurde, hervorgebracht: Tarife, Betriebsverfassung, Betriebsvereinbarungen, gesetzliche Einschränkungen für wirtschaftliche Tätigkeiten und vieles mehr. Dieser Kampf fand und findet in vielen Ländern statt, parallel hat sich auch eine länderübergreifende Regelungsebene entwickelt. Internationale Konventionen und Vereinbarungen, insbesondere seitens der ILO, stellen weltweit Arbeitnehmerrechte und Menschenrechte sicher, es existieren europäische Betriebsräte und es gibt internationale Konzernvereinbarungen (laut Kommission: 321 Vereinbarungen mit internationalem Geltungsbereich, die mit multinationalen Konzernen geschlossen wurden, <https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=978&langId=de>). Diese Vereinbarungen regeln die unterschiedlichsten materiellen Gegenstände, bis hin zu entgeltrelevanten Aspekten. Die ILO will nun den Arbeitsschutz zu einem weiteren Arbeitnehmergrundrecht ausbauen. Die Diskussionen um die Verantwortung der Unternehmen in ihren Lieferketten fokussiert auf die Wahrung von Menschen- und Arbeiterrechten im internationalen Wirtschaftshandeln.

In ihrer Einleitung zu dem nun vorgelegten Richtlinienentwurf zur „Verantwortung der Unternehmen in ihren internationalen Wirtschaftsbeziehungen“ legt die Kommission dar, dass sowohl der Rat (2020) als auch das Europäische Parlament (2021) die Kommission ausdrücklich aufgefordert hatten, im Bereich der Unternehmensverantwortung gesetzgeberisch aktiv zu werden.

Ausgangspunkte waren Bilder von Kinderarbeit in Steinbrüchen, die an Sklavenhaltung erinnerten, oder auch die Bedingungen in Textilfabriken, in denen Menschen verbrennen, weil sie die Gebäude nicht verlassen können. Die Kette von Beispielen wäre sehr lang. Die bisherigen rechtlichen Ergebnisse dieser Bewegung für eine rechtlich verankerte Verantwortung der Unternehmen in internationalen Verflechtungen und Lieferketten fasst die Kommission in einer Fußnote zum Richtlinienentwurf zusammen: Bisher haben Frankreich (*Loi relative au devoir de vigilance, 2017*) und Deutschland (*Sorgfaltspflichtengesetz, 2021*) horizontale Rechtsvorschriften zur Sorgfaltspflicht eingeführt, andere Mitgliedstaaten (Belgien, Niederlande,

Luxemburg und Schweden) planen dies in naher Zukunft, und die Niederlande haben ein zielgerichteteres Gesetz über Kinderarbeit eingeführt (*Wet zorgplicht kinderarbeid, 2019*).

Der jetzt von der Kommission trotz erheblicher Widerstände aus dem Arbeitgeberlager vorgelegte Entwurf für eine Europäische Richtlinie erweitert die materielle Geltung um den Bereich „Umwelt“, und die Kommission führt aus, dass die Regelungen im gesamten Wirtschaftsrecht der Union und in diesbezüglichen Programmen und Initiativen der Kommission gelten sollen.

Geltungsbereich, Sorgfaltspflichten ...

Artikel 2 des Entwurfes regelt den Geltungsbereich, der in etwa Folgendes umfasst: Die Bestimmungen gelten für

- a) Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten (zum Vergleich: das deutsche Gesetz hat aktuell einen Schwellenwert von 3000, ab 2024 dann 1000) und einem Jahresumsatz oberhalb von 150 Millionen Euro. Leiharbeiter werden als Beschäftigte mitgezählt.
 - b) Unternehmen mit mindestens 250 Beschäftigten und einem Umsatz von 450 Millionen Euro, wenn sie in einer der genannten, für Verstöße anfälligen („mit hohem Schadenspotential“) Branchen tätig sind. (Hier nicht abschließend aufgelistet.) | Herstellung von Textilien, | Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei, Lebensmittelgroßhandel, Holz | Gewinnung mineralischer Ressourcen und deren Großhandel, Herstellung von Grundstoffen, Bauprodukte.
 - c) Unternehmen aus Drittstaaten, deren Umsatz über 40 Millionen Euro liegt oder zwischen 40 und 150 Millionen Euro, wenn sie in einem der prekären Sektoren tätig sind.
- Die Sorgfaltspflichten sind im Artikel 4 gelistet und werden in den folgenden Artikeln dann im Einzelnen operationalisiert. Artikel 4: „...
- a) Einbeziehung der Sorgfaltspflicht in ihre *Unternehmenspolitik* nach Artikel 5;
 - b) *Ermittlung* tatsächlicher oder potenzieller negativer Auswirkungen nach Artikel 6;
 - c) *Vermeidung* und Abschwächung potenzieller negativer Auswirkungen, Behebung tatsächlicher negativer Auswirkungen und Minimierung ihres Ausmaßes nach den Artikeln 7 und 8;
 - d) Einrichtung und Aufrechterhaltung eines *Beschwerdeverfahrens* nach Artikel 9;
 - e) *Überwachung* der Wirksamkeit ih-

rer Strategien und Maßnahmen zur Erfüllung der Sorgfaltspflicht nach Artikel 10;

- f) *öffentliche Kommunikation* über die Sorgfaltspflicht nach Artikel 11.“

Es besteht Berichtspflicht, und die Unternehmen müssen Bevollmächtigte benennen. Personen oder Organisationen können Beschwerden vorbringen. Artikel 9 nennt hier Betroffene oder potentiell Betroffene, Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche Organisationen, die in der betroffenen Wertschöpfungskette aktiv sind. Sie können sich an eine von den Ländern zu benennende Aufsichtsbehörde wenden. Die Aufsichtsbehörden haben relativ weitgehende Rechte der Kontrolle, bei der Initiierung von Maßnahmen, aber auch der Verhängung von Sanktionen. Die zivilrechtliche Haftung der Unternehmen ist aufgenommen, die konkrete Ausgestaltung aber an die nationale Ebene verwiesen, wie insgesamt viele Fragen der konkreten Ausgestaltung an die nationale Ebene delegiert werden.

Gewerkschaftliche Kritik

Gewerkschaftliche Kritik am vorgelegten Entwurf fokussiert vor allem auf die fehlende direkte Beteiligung der Gewerkschaften und der Betriebsräte bei der Umsetzung der unternehmerischen Pflichten, den fehlenden Bezug auf europäische Rechtsgüter im Bereich der Arbeitnehmerrechte oder die Unklarheit, welche unternehmerischen Rechtsformen durch die Richtlinie abgedeckt bzw. nicht abgedeckt sind. Auch die Beschränkung auf „etablierte“ Geschäftsbeziehungen bleibt etwas unklar.

Bezüglich der Kritiken verweist die Kommission nicht ganz unberechtigt darauf, dass das Gesetz weltweite Geltung haben wird und die EU nicht einfach Rechtsgüter exportieren kann. Außerdem würde natürlich der europäische Rechtsbestand den Rahmen für die Richtlinie bilden, bestehende Beschäftigten- und Gewerkschaftsrechte behielten ihre Geltung.

Wahrscheinlich wird es bei den nun anstehenden Verhandlungen zwischen Parlament, Rat und Kommission aber wohl eher darum gehen, die doch weitreichenden Bestimmungen des Entwurfs zu verteidigen. Und am Ende dürfte es sowieso viel mehr darum gehen, eine vernünftige gesellschaftliche Praxis rund um dieses neue Rechtsgut zu entwickeln.

Richtlinienentwurf und Anhang: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52022PC0071&from=EN>

Begleitet wurde der Richtlinienentwurf durch eine Mitteilung der Kommission zu Gute Arbeit weltweit. Fokus: Bekämpfung von Zwangs- und Kinderarbeit: Euro-Lex - 52020DC0066 - EN - Euro-Lex (europa.eu)

Pressemitteilung der NGO Shipbreaking Platform (<https://shipbreakingplatform.org>) vom 23. März 2022: „Das Gulating Lagmannsrett, ein Berufungsgericht in der norwegischen Stadt Bergen, hat die Gefängnisstrafe für den norwegischen Reeder Georg Eide wegen Beihilfe zum Versuch, das Schiff Tide Carrier, auch bekannt als Eide Carrier und Harrier, zum Abwracken nach Pakistan zu exportieren, bestätigt.“

Bereits im November 2020 hatte das erstinstanzliche Bezirksgericht Sunnhordland in Norwegen Georg Eide zu einer unbedingten Freiheitsstrafe von sechs Monaten verurteilt, weil er den Schrotthändler Wirana bei dem Versuch unterstützt hatte, die Tide Carrier illegal zum Abwrackstrand von Gadani (Pakistan) zu exportieren. Das Gericht ordnete außerdem die Beschlagnahme von kriminellen Dividenden in Höhe von 2 Millionen norwegische Kronen von Eide Marine Eidedom AS an.“



Parlamentsbericht zum Arbeitsschutz in Europa

von ROLF GEHRING, BRÜSSEL

Bereits im letzten Jahr hat die Europäische Kommission ihren strategischen Rahmen zum europäischen Arbeitsschutz für die Jahre 2021 bis 2027 vorgelegt. Inhaltlich werden drei Schwerpunkte benannt, namentlich die Bewältigung des digitalen Wandels und der demografischen Entwicklung, eine bessere Prävention von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten sowie die Bearbeitung potenzieller neuer Risiken am Arbeitsplatz. Die in dem Dokument vorgeschlagenen konkreten Maßnahmen fallen allerdings sowohl was die Anpassung des europäischen Rechtsrahmens als auch die praktischen Maßnahmen betrifft dürftig aus. Im letzten halben Jahr wurde nun der Bericht im Beschäftigungsausschuss des Europäischen Parlaments beraten und am 9. Februar in der Plenarsitzung des Parlaments beschlossen.

Zentral weist der Bericht in den einleitenden Erwägungen darauf hin, vor welchem Hintergrund der europäische Arbeitsschutz agiert beziehungsweise agieren muss. Im Jahr 2018 wurden für die EU 3 300 tödliche Arbeitsunfälle ausgewiesen, 3,1 Millionen Unfälle, aber auch mehr als 200 000 durch Berufskrankheiten bedingte Todesfälle, davon etwa 100 000 Krebserkrankungen. Genauso diesbezüglich wird die Kommissionsstrategie als unzureichend beurteilt. Die Kommission bewertet den europäischen Arbeitsschutz wesentlich als Erfolgsgeschichte und verweist in ihrer Strategie auf die tendenziell gesunkenen Zahlen von Arbeitsunfällen und tödlichen Arbeitsunfällen, verschweigt aber, dass in dem Bereich der Berufskrankheiten kaum oder keine Fortschritte erzielt

wurden, möglicherweise die Betroffenenzahlen gar steigen.

Das Parlament fordert nun, in diesem Bereich deutlich nachzubessern. Es möchte, dass Krebsgefahren am Arbeitsplatz deutlich stärker in den bestehenden allgemeinen Plan zur Bekämpfung von Krebserkrankungen in der Gesellschaft aufgenommen werden. Für die Arbeitsschutzrichtlinie zur Regulierung von krebserzeugenden Arbeitsstoffen (Arbeitsplatzgrenzwerte oder Verbote) wird vorgeschlagen, mindestens 25 weitere Risikosubstanzen aufzunehmen. Wie bereits in dem Legislativbericht zu Asbest wird erneut auf die immer noch hohen Risiken, die von Asbest ausgehen, verwiesen und beharrlich eine Absenkung des Arbeitsplatzgrenzwertes auf 1000 Fasern pro Kubikmeter gefordert.

Bemerkenswert ist, dass das Parlament auch die von Gewerkschaften geforderte Revision der europäischen Liste der Berufskrankheiten und ihre Umwandlung von einer Empfehlung (kann, muss aber nicht umgesetzt werden) in eine bindende Richtlinie mit Mindestvorschriften aufgenommen hat. Ausdrücklich wird gefordert, berufsbedingte Krankheiten aus den Bereichen Muskelskeletterkrankungen, psychosozial bedingte Erkrankungen, rheumatische und chronische arbeitsbedingte Erkrankungen, alle asbestbedingten Erkrankungen und Hauterkrankungen aufzunehmen. Eine Erweiterung der Liste, aber insbesondere ihre Umwandlung in eine Richtlinie wird von den Arbeitgebern, aber auch von den meisten Mitgliedsstaaten deutlich bekämpft. Eine europäische Regelung in dieser Frage wird als in Eingriff in die sozialen Sicherungssysteme gesehen, die unter die Hoheit der Mitgliedsstaaten

fallen. Die Gewerkschaften argumentieren, dass die rein formale (nicht die individuelle) Anerkennung von Berufskrankheiten eine reine Umsetzung von wissenschaftlicher Erkenntnis und daher ein Arbeitnehmerrecht zum Schutz der körperlichen Unversehrtheit ist.

Ein weiterer Fokus des Berichts sind Berufsgruppen mit besonderen Belastungen und Bedingungen wie Frauen, ältere Beschäftigte, Plattformarbeiter, Menschen mit Behinderungen. Zu allen Gruppen werden konkrete Vorschläge für einen verbesserten Arbeitsschutz gemacht, einschließlich einer stärkeren Beachtung des Jugendarbeitsschutzes. Ebenfalls behandelt wird das Thema der prekären Beschäftigungsformen, mit Verweis darauf, dass diese Beschäftigten selten unter tariflichen Bedingungen arbeiten und nicht in Arbeitsschutzmaßnahmen einbezogen werden. Gefordert werden auch spezielle Arbeitsschutzvorgaben für Telearbeit, einschließlich des Rechts auf Abschalten.

Aufgenommen wurde schließlich auch der Vorschlag, eine Art Frühwarnsystem einzurichten, um neue Gefährdungen am Arbeitsplatz unter Einbeziehung der sektoralen Sozialdialoge frühzeitig wahrzunehmen und mögliche nötige Änderungen bestehender Richtlinien anzuregen.

Dass der Bericht mit einer sehr großen Mehrheit im Europäischen Parlament angenommen wurde (551 dafür, 30 dagegen, 110 Enthaltungen) und auch die sehr weitreichenden Forderungen eine deutliche Unterstützung der konservativen Fraktion erhalten haben, dürfte den gewerkschaftlichen Bemühungen Auftrieb geben.

Parlamentsbericht: https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-9-2022-0023_DE.html

Mediziner*innen in Russland und der Ukraine rufen zum Frieden auf

ippnw.de. Die russische und die ukrainische Sektion der International Physicians for the Prevention of Nuclear War (IPPNW) haben eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht, in der sie sich gegen den Krieg in der Ukraine aussprechen und vor einer weiteren Eskalation bis hin zum Atomkrieg warnen.

<https://www.ippnw.de/presse/artikel/de/medizinerinnen-in-russland-und-der.html>



nen. Die Erklärung vereint die Mediziner*innen über die Kriegsgrenzen hinweg und baut auf dem Grundsatz der ärztlichen Pflicht, Menschen gleichberechtigt und ohne Vorurteile zu helfen. Sie betont zudem die tiefe Verbindung zwischen Russland und Ukraine: familiär, kulturell und ökonomisch.

Ukraine: Einsatz verbotener Streumunition und wahllose Angriffe auf Zivilbevölkerung dokumentiert

amnesty.de. Der Belagerungskrieg des russischen Militärs in der Ukraine ist durch unerbittliche, wahllose Angriffe auf dicht besiedelte Gebiete gekennzeichnet und tötet unrechtmäßig Zivilpersonen, zeigen neue Untersuchungen von Amnesty International. Die Menschenrechtsorganisation hat vor Ort physische Beweise für verbotene Streumunition verifiziert. Researcher_innen haben Zeug_innenaussagen gesammelt, die die russische Belagerungstaktik dokumentieren: Sie zeugen von rechtswidrigen, wahllosen Angriffen, der Unterbrechung der Grundversorgung und Kommunikation, der Zerstörung ziviler Infrastruktur und der Einschränkung des Zugangs zu Medikamenten und der Gesundheitsversorgung. „Die Liste der Kriegsverbrechen



des russischen Militärs wird mit jedem Tag länger, die Zahl der Toten, Verletzten und Traumatisierten wächst unvermindert. Die internationale Gemeinschaft muss sicherstellen, dass die Verantwortlichen für diese Gräueltaten vor Gericht gestellt und bestraft werden. Die Ermittlungen des Internationalen Strafgerichtshofs und des Generalbundesanwalts in Deutschland sind wichtige Schritte, die vollumfänglich unterstützt werden sollten“, sagt Uhlmannsiek. Zum ersten Mal haben Ermittler_innen von Amnesty International vor Ort in der Ukraine unabhängig physische Beweise für den Einsatz international verbotener Streumunition verifiziert.

Sie haben zudem Zeug_innenaussagen gesammelt, die die grausame russische Belagerungstaktik dokumentieren.

Schutz und Asyl für Deserteure und Kriegsdienstverweigernde aus Russland, Belarus und der Ukraine!

proasyl.de. In einem gemeinsamen Appell an den Deutschen Bundestag forderte ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis den Bundestag und die Bundesregierung auf, sowohl russischen und belarussischen als auch ukrainischen Kriegsdienstverweigernden und Deserteuren Schutz und Asyl zu gewähren. Leider ist dieser Schutz bisher nicht garantiert. Nach derzeitigem Stand müssen geflüchtete Deserteure und Verweigerer aus der Russischen Föderation und Belarus ins Asylverfahren gehen – mit ungewissem Ausgang. Denn die Verfolgung wegen Kriegsdienstverweigerung und Desertion gilt in Deutschland nach der Praxis von Bamf und Gerichten nicht ohne weiteres als Asylgrund. Der Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine ist ein völkerrechtswidriger Krieg,

unterstützt durch Belarus. Und deshalb gilt für russische und belarussische Soldatinnen und Soldaten, die sich dem Einsatz im Militär und somit dem möglichen Kriegseinsatz in der Ukraine entzogen haben oder desertiert sind, Artikel 9 der Qualifikationsrichtlinie der Europäischen Union: Denjenigen Menschen wird flüchtlingsrechtlicher Schutz zugesagt, die sich völkerrechtswidrigen Handlungen oder Kriegen entziehen und deswegen Bestrafung fürchten müssen (Artikel 9 Abs. 2e). Doch die Erfahrung sieht anders aus: Bisherige Asylverfahren, die sich auf Artikel 9 Absatz 2 der Richtlinie bezogen, haben gezeigt, dass deutsche Behörden und Gerichte sehr hohe Beweisanforderungen stellen, die viele der Betroffenen nicht erfüllen können.

Gegen Krieg und falsche Alternativen

interventionistische-linke.org Es ist richtig, gegen Putin, seine Militärs und gegen die neoliberalen Oligarchen zu sein, die ihn stützen. Müssen wir deshalb für „die“ Ukraine oder gar „den“ Westen sein? ... Wir lehnen die falschen Alternativen ab, weil die behauptete Alternativlosigkeit jeden Raum für Widersprüche und Kritik verschließt. Wir entziehen uns der Identifikation mit staatlicher Macht. Statt dessen sind wir mit jenen parteilich, die unter dem Krieg leiden und sich ihm widersetzen, in der Ukraine, in Russland und überall. Die Menschen tun dies auf vielfältige Weise und nehmen dabei unterschiedliche Risiken in Kauf, wenn sie fliehen, desertieren, zivilen Ungehorsam leisten oder kämpfen. Wer sind wir, von hier darüber zu urteilen? Nicht nur der Ukraine-Krieg selbst, sondern auch die Reaktionen darauf haben unsere Gesellschaft in einen Ausnahmezustand versetzt. Wir wissen noch nicht, wohin dieser deutsch-europäische Aufrüstungstaumel führen wird. Aber wir wissen, dass er gefährlich ist. Nach außen, weil er die Gefahr einer weiteren militärischen Eskalation und zukünftiger Kriege erhöht. Und nach innen, weil er Aufmerksamkeit und Mittel ablenkt von den dringend notwendigen Kämpfen gegen Klimakrise, Rassismus, Pflegenotstand oder Mietenwahnsinn. Gefährlich aber auch deshalb, weil die Militarisierung unsere Gesellschaft als Ganzes, unser Denken und unsere Art zu leben, verändert wird. Deshalb müssen wir uns der Aufrüstung, auch der rhetorischen, entgegenstellen, mit allem, was wir haben. Das ist unsere Verantwortung hier. Niemand kann sie uns abnehmen.

Ausreiseverbot aus Ukraine widerspricht Menschenrechtskonvention

grundrechtekomitee.de. Auch in der Ukraine wird nur ein kleiner Teil der Kriegsdienstverweigerer anerkannt – zu ihnen zählen Mitglieder von kleinen Religionsgemeinschaften wie beispielsweise den Zeugen Jehovas. Auch Reservisten und Soldaten haben keine Möglichkeit der Antragstellung. Zudem widerspricht das derzeit geltende Ausreiseverbot für Männer zwischen 18 und 60 Jahren der Europäischen Menschenrechtskonvention. Zwar genießen Menschen aus der Ukraine durch den EU-Ratsbeschluss zum vorübergehenden Schutz für zunächst ein Jahr einen sicheren Aufenthalt. „Bezüglich der Kriegsdienstverweigerer ist jedoch zu bedenken, dass mit Auslaufen dieser Regelung die Frage relevant sein wird, ob und wie Kriegsdienstverweigerer in der Ukraine verfolgt werden“, heißt es in dem gemeinsamen Appell der Organisationen.

Ausweitung des Krieges bis hin zum Atomkrieg verhindern

www.ippnw.de Die IPPNW weist auf die existentielle humanitäre Bedrohung durch Atomwaffen und die katastrophalen Folgen eines Einsatzes hin. Russland und die USA sollten in dieser Situation ihre Atomwaffen aus der erhöhten Alarmbereitschaft nehmen sowie den Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen erklären. „Die Militärdoktrinen der Nato und auch Russlands schließen den atomaren Ersteinsatz nicht aus. Der Einsatz von Nuklearwaffen ist z.B. möglich, wenn die Existenz der Russischen Föderation auf dem Spiel steht, unabhängig davon, ob die Entwicklung militärisch oder ökonomisch droht. Wenn also z.B. durch Sank-

tionen eine existenzielle Not entsteht, erhöht dies das Risiko eines Atomwaffeneinsatzes. Auch wenn es durch einen ständigen Zustrom von Waffen aus der EU und aus den USA zu einem militärischen Pakt kommt, stellt sich die Frage, welche Optionen für Putin bleiben außer dem Einsatz taktischer Atomwaffen“, erklärt IPPNW-Vorstandsmitglied Ralph Urban. Die russische Bombardierung von Gesundheitseinrichtungen verurteilt die IPPNW als Kriegsverbrechen. Gemäß Verlautbarungen der UN sind seit Beginn des Angriffskrieges bis zum 18. März 2022 62 Krankenhäuser und Gesundheitseinrichtungen angegriffen worden.

Keine F-35-Atombomber für die Bundeswehr!

dfg-vk.de. Die Bundesregierung plant den Kauf technisch unausgereifter Tarnkappen-Bomber, um auch zukünftig US-Atombomben durch die deutsche Luftwaffe abwerfen zu können. Die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) listet Argumente gegen die rund fünf Milliarden Euro teure Atombomber-Hochrüstung auf. Wieso ein Kampfjet für die Bundesrepublik Deutschland mit Tarnkappentechnologie ausgestattet sein muss, wie dies bei der F-35 der Fall ist, leuchtet wenig ein. Diese Technologie ist nur erforderlich, wenn man aktiv in fremden Luftraum eindringen möchte. Ist es für Bundesregierung tatsächlich ein realistisches Szenario, Atombomben auf Kaliningrad, Sankt Petersburg oder

Moskau abwerfen zu lassen? Die Anschaffung des Jets wird die Rüstungsspirale mit Russland nur noch weiter



antreiben. Zudem ist vorhersehbar, dass die Tarntechnologie in den nächsten Jahren aufgrund neuer Detektionsverfahren obsolet werden wird.

Ostermarsch 2022 in Bonn Jetzt erst recht: Alles für den Frieden!

www.friedenskooperative.de. Der vom Präsidenten Russlands befahlene Angriffskrieg auf die Ukraine hat unendliches Leid über viele Menschen in der Ukraine, aber auch in Russland gebracht und ist eine durch nichts zu rechtfertigende Tragödie. Lasst sofort die Waffen schweigen! Wir verurteilen auch diesen dramatischen Bruch des Völkerrechts. Dieses legt nach den leidvollen Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges in der Charta der Vereinten Nationen ein allgemeines Gewaltverbot und Unverletzlichkeit der Grenzen fest. Wir fordern den sofortigen Rückzug aller russischen Truppen aus der Ukraine und die Einstellung sämtlicher Kampfhandlungen.

Jetzt erst recht: Verhandeln statt schießen!

Wir fordern Gespräche mit dem Ziel verbindlicher Vereinbarungen für die sofortige Befriedung der Konflikte. Daran müssen alle Konfliktparteien beteiligt sein.

Dabei kann dieses notwendige und kurzfristige Krisenmanagement bestenfalls momentane Erleichterung verschaffen.

Was langfristig not tut, ist eine radikale Wende in der Außen- und Sicherheitspolitik. Statt zweier waffenstarrender Blöcke, die sich in Europa gegenüberstehen (wie schon im Kalten Krieg), brauchen wir eine gemeinsame Sicherheitsstruktur für Europa und die Welt. Diese kann nur mit und nicht gegen Russland gelingen. Neues Vertrauen muss aufgebaut werden, sowohl auf Regierungs- wie auf Bürger*innen-Ebene. Hierzu braucht es vielfältige Kontakte in allen Feldern der Gesellschaft. Nicht der Abbruch von Kontakten, sondern der Ausbau von Kontakten auf dieser Ebene ist das Gebot der Stunde (z.B. Jugend, Kultur, Wissenschaft und Sport).

Unser Beistand gilt insbesondere allen Menschen, die sich in Russland unter schwierigsten Bedingungen gegen den Krieg wenden.

Unsere Solidarität gehört auch den Menschen, die wegen ihres russischen Ursprungs bei uns angefeindet werden.

Nicht die Russen haben den Krieg begonnen, sondern Putin und die ihn umgebende Machtelite.

Resolution des Verdi-Gewerkschaftsrates zum Krieg in der Ukraine

www.verdi.de. Mit Bestürzung und großer Sorge sehen wir das große menschliche Leid in der Ukraine. In Deutschland ist die Debatte über die zukünftige Ausrichtung und Ausrüstung der Bundeswehr eröffnet. Verdi organisiert sehr viele Beschäftigte der Bundeswehr, wir treten für eine Bundeswehr ein, die ihrem Auftrag als Verteidigungsarmee gerecht werden kann. Das ist eine Bundeswehr, die sich als Arbeitgeber umfassend an Tarifverträge hält und bei der alle Beschäftigten, einschließlich der Soldat*innen so ausgestattet sind, dass sie ihre Aufgaben erfüllen können.

Wir treten als Verdi gleichzeitig dafür ein, die Diskussion um mehr Sicherheit in Europa nicht in erster Linie aus einer militärischen Perspektive heraus zu führen. Wir wollen keinen neuen Rüstungswettlauf, der auch dazu führt, dass Gelder für die dringlichen Investitionen in den sozial-ökologischen Umbau fehlen oder dem Sozialstaat entzogen werden. Die Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf einen dauerhaften Anteil von zwei Prozent am Bruttoinlandsprodukt, wie es das Nato-Ziel vorsieht, lehnen wir daher ab. Die Bundesregierung plant im Rahmen einer Grundgesetzänderung den Aufbau eines Sondervermögens. Dieses soll ausschließlich für die Zwecke der Bundeswehr zweckgebunden sein. Insbesondere sollen zusätzliche Rüstungsgüter beschafft werden. Diese Pläne lehnen wir ab. Es bedarf erheblicher Summen, um für die Millionen Geflüchteter in Deutschland und Europa Unterbringung, Perspektive und Teilhabe zu schaffen. Nicht zuletzt gilt es, die wirtschaftlichen Folgen des Krieges und der Sanktionen für die Bevölkerung – insbesondere die stark steigenden Energiepreise – durch finanzielle Maßnahmen der Bundesregierung abzufedern. Wir werben für eine umfassende Definition von Sicherheit. Diese umfasst die Versorgungssicherheit durch den Ausbau erneuerbarer Energien ebenso wie den Gesundheitsschutz, auszubauende öffentliche Infrastrukturen einschließlich der IT-Sicherheit sowie mehr Mittel für die internationale Entwicklungszusammenarbeit und den Zivil- und Katastrophenschutz. Wir treten weiterhin für eine allgemeine und weltweite kontrollierte Abrüstung, für die Verwirklichung und Erhaltung des Friedens und der Freiheit im Geiste der Völkerverständigung ein. Deutschland muss als wesentlicher Akteur an einer gemeinsamen europäischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur arbeiten. Auch wir Gewerkschaften leisten durch unsere transnationale Arbeit einen Beitrag dazu. (Siehe auch S. 19)

LINKS wirkt: Mehr Maßnahmen gegen Energiearmut

linksfraktion-essen. Die Ratsfraktion Die Linke zieht eine gemischte Bilanz aus ihrer Antragstellung für ein Konzept gegen Energiearmut. Ihr Antrag ist zwar abgelehnt worden, hat aber zu weiteren Antragstellungen von SPD sowie von CDU und Grünen geführt, deren Antrag angenommen worden ist. Darin waren Punkte enthalten, die auch Die Linke gefordert hatte. Dazu Ratsherr Shoan Vaisi:

„Leider fehlen entscheidende Punkte wie der Härtefallfonds und die Anpassung der Nichtprüfungsgranzen der Wärme- kosten für Hartz-IV-Bezieher. Positiv ist, dass jetzt ein Runder Tisch mit den Energieversorger, den Beratungsstellen, der Verbraucherzentrale und dem Job-Center eingerichtet wird. Die bessere Vernetzung und der Ausbau der bisherigen Beratungs- und Hilfsangebote, die schon jetzt eine hervorragende Arbeit machen, ist uns wichtig. Das wollten wir mit unserem Antrag auch erreichen. Es ist auch nützlich, dass es ein regelmäßiges Monitoring zu Energiesperren geben soll.“

Der Härtefallfonds soll nach Ansicht der Ratsfraktion Die Linke für Menschen eingerichtet werden, die durch die sozialen Maschen gefallen sind, nicht als Ersatz für eine dringend notwendige

Presseerklärung Ratsfraktion Die Linke Essen v. 24.3.2022: <https://www.linksfraktion-essen.de/detail/links-wirkt-mehr-massnahmen-gegen-energiearmut/> · s. dazu auch: <http://www.linkekritik.de/fileadmin/pb22-01/13a-koeln-beratungsstelle-nach-wiener-modell-detjen-3.html>

Aufstockung von Hartz IV, sondern als Ergänzung. Für Die Linke ist jetzt zumindest ein erster Aufschlag gemacht worden. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine wird die Lage aber weiter verschärfen. Die Energiepreise werden weiter durch die Decke gehen. „Wir sind deshalb vor allem darüber enttäuscht, dass es keine Ombudsstelle nach Wiener Vorbild geben soll. Das ist etwas ganz anderes als die jetzt schon bestehenden Beratungsangebote, die aus Kapazitätsgründen oft nur punktuell greifen.“, so Shoan Vaisi abschließend. „Leider hat die schwarz-grüne Ratsmehrheit den Härtefallfonds und die Ombudsstelle nicht als sinnvolle Ergänzung der bestehenden Angebote sehen wollen, sondern sie in einen Gegensatz zueinander gestellt.“

BREMEN:
Mehr
pädagogische
Fachkräfte
für Schulen in
benachteiligten
Stadtteilen



linksfraktion-bremen.de. Bis zu 40 zusätzliche Fachkräfte können Bremen und Bremerhaven künftig an Grundschulen in benachteiligten Stadtteilen einstellen. Rein rechnerisch bekommt so fast jede Schule im Land Bremen mit dem Sozialindikator 4 oder 5 eine weitere Fachkraft. Eine entsprechende Senatsvorlage, erarbeitet auf Initiative der Linksfraktion, wird voraussichtlich heute in der Bildungsdeputation beschlossen. Ziel ist, in den entsprechenden Klassen eine Doppelbesetzung einzurichten, also die Betreuung der Schüler*innen durch eine unterrichtende Lehrkraft und eine weitere pädagogische Fachkraft. Finanziert werden 25 Stellen aus dem Bremen-Fonds mit rund 1,8 Millionen Euro und weitere 15 Stellen aus dem Kernhaushalt.

Stuttgart 21 – ein Zwischenstand

Alfred Küstler, Stuttgart. Wir haben vielfach über das Bahnprojekt Stuttgart 21 berichtet, über die großen Protestaktionen vor allem im Jahr 2010, über die Volksabstimmung 2011, die eine Mehrheit für die Finanzbeteiligung des Landes am Bau ergab. Jetzt, ein Jahrzehnt nach diesen Ereignissen und fast dreißig Jahren nach Planungsbeginn, nähern sich erste Teile des Gesamtprojekts der Fertigstellung.

Mitte März war jetzt der erste Testzug mit voller Geschwindigkeit (275 km/h) auf der Strecke zwischen Ulm und Wendlingen unterwegs. Dieses Kernstück für die Fahrzeitverkürzung bei der Eisenbahn zwischen Stuttgart und Ulm und weiter nach München soll zum Jahresende in den regulären Betrieb übergehen. Der Verkehrsminister Winfried Hermann, einst prominenter Gegner des Projekts, nahm mit Bahnvorstand Pofalla an der ersten Fahrt teil.

Der neue Tiefbahnhof in Stuttgart macht dagegen von sich zu reden, weil der Bahnaufsichtsrat erneute Kostensteigerungen auf jetzt fast zehn Milliarden Euro beschließen musste (bei Planung 2,5 Milliarden, bei Baubeginn 2010 4,5 Milliarden). Der Zeitplan für die Fertigstellung im Jahr 2025 soll laut Bahn AG gehalten werden können, wenn auch nur mit Anstrengungen. Die Tunnelstrecken in Stuttgart sind im Rohbau fertiggestellt, ebenso eine neue Brücke über den Neckar. Was noch fehlt, ist ein neuer Abstellbahnhof, der aber nicht unbedingt zur Inbetriebnahme der Gesamtstrecke nötig sei.

Der geplante Bahnhof am Flughafen Stuttgart wird ebenfalls nicht zum Fahrplanwechsel 2025/26 fertig sein.

Die ursprüngliche Planung war als zu klein kritisiert worden, außerdem soll die Bahnstrecke von Zürich-Bodensee-Stuttgart dort eingeschleift werden. Umfangreiche neue Planungen waren und sind daher nötig, die bisher nicht abgeschlossen sind.

Dazu kommt der Streit zwischen der Stadt Stuttgart und dem Land Baden-Württemberg über die sogenannte Gäubahn-Trasse. Über diese verläuft bisher die Zugstrecke nach Zürich, ein Genuss für Liebhaber der Eisenbahnromantik (mit vielen Aussichtspunkten aufs Stadtgebiet von oben), aber eben mitten durch Wohngebiete, in denen die Stadt bereits auf Nachnutzungen spekuliert. Außerdem müsste dann doch wenigstens ein Gleis des bisherigen Kopfbahnhofs erhalten werden, was ebenfalls den Bauplänen der Stadt zuwiderläuft.

Das große Engagement zahlreicher Menschen für oder gegen das Projekt ist erloschen und die üblichen bürokratischen Planverfahren laufen ab.

Im vorläufigen Rückblick war die Volksabstimmung über das Projekt zwar viel zu spät, aber doch das geeignete Verfahren, um eine so große Umwälzung der Infrastruktur einer Stadt und Region zur Entscheidung zu bringen.

Miriam Strunge, bildungspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke in der Bremer Bürgerschaft, kommentiert: „Distanzunterricht und Schulschließungen in der Pandemie haben schulisch besonders die Bremer Kinder zurückgeworfen, die in armen Stadtteilen leben ... Um diese Rückstände aufzuholen, setzen wir auf ein sehr sinnvolles Mittel: die Doppelbesetzung im Klassenzimmer. Einige Schulen in Bremen haben sie bereits zeitweise auf eigene Faust erprobt und es wurde deutlich: Die Unterstützung der Kinder durch eine Erzieherin oder einen Erzieher zusätzlich zur Lehrkraft ist Gold wert. Wir können nun bis zu 40 Schulen mit hohem Sozialindex dabei unterstützen, von diesem Erfolgsrezept Gebrauch zu machen.“

Auch dieregionalen Beratungs- und Unterstützungszentren für Schüler*innen im Land Bremen (ReBUZ), werden mit 1,6 Millionen Euro um 8 Vollzeitstellen verstärkt, um mehr Schulmeider*innen betreuen und schulersetzen sowie ergänzende Maßnahmen anbieten zu können. Mit zusätzlichem Geld für die ReBUZ werden nicht nur ‚rebellische Teenager*innen‘ aufgefangen, sondern auch extrem schüchterne Jugendliche mit massiver Schulangst sowie Kinder mit Psychiatrie-Erfahrungen, die den regulären Unterricht noch nicht besuchen könnten, erläutert die Abgeordnete.

<https://www.linksfraktion-bremen.de/presse/pressemitteilungen/presse-detail/news/mehr-pädagogische-fachkräfte-für-schulen-in-benachteiligten-stadtteilen> · s. dazu auch: <http://www.linkekritik.de/fileadmin/pb2020/pb20-05.i.pdf#page=10>

Solidarische Aufnahme von Ukraine-Flüchtlingen als Vorbild – Rechte von Geflüchteten stärken

THORSTEN JANNOFF, GELSENKIRCHEN

Katja Kipping (Die Linke), Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales in Berlin, hat in einem Interview mit dem „Handelsblatt“ am 26. März eine schnelle Anerkennung von Berufsabschlüssen gefordert, um Ukraine-Flüchtlinge rasch in den Arbeitsmarkt integrieren zu können sowie eine faire Aufteilung der Kosten zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Sie sieht es kritisch, dass die Bundesregierung Geflüchtete sozialrechtlich nach dem Asylbewerberleistungsgesetz absichern will: „Wir wollen, dass die Menschen über die Leistungen des Sozialgesetzbuchs II versorgt werden. Über diese Grundsicherung wäre der Zugang zu Integrationskursen, Sprachkursen, Arbeitsmarktmaßnahmen und auch zum Arbeitsmarkt viel leichter und schneller möglich. Ein solche Regelung würde auch zu einer erheblichen Entlastung der be-

zirklichen Sozialämter führen.“ Außerdem fordert sie eine unbürokratischere Registrierung und eine gleichmäßige Verteilung auf die Länder.

Diese Forderungen stellt auch der Deutsche Städtetag auf, siehe Pressemeldung vom 30.3.2022.

Pro Asyl fordert zudem die freie Wahl des Schutzzandes und Freizügigkeit auch für alle anderen Geflüchtete sowie die Abschaffung des Dublin-Systems, siehe Pressemeldung vom 1.4.2022. Gesine Schwan (SPD), Präsidentin der Humboldt-Viadrina Governance Platform macht einen Reformvorschlag zur Demokratisierung der kommunalen Aufnahme Geflüchteter und der Rechtsanwalt Michael Faber hat ein Rechtsgutachten erstellt, zur Zulässigkeit kommunaler Unterstützung von Initiativen, die sich für die Seenotrettung von geflüchteten Menschen im Mittelmeer einsetzen, siehe Artikel von Gabriele Giesecke S. 15.

• • •

Städtetag: „Städte stehen fest an der Seite der Ukraine – Geflüchtete besser verteilen – Integration in Schule und Kita umsetzen“

Der Deutsche Städtetag fordert Bund und Länder auf, sehr schnell die angekündigte bessere Registrierung und Verteilung der Flüchtlinge aus der Ukraine umzusetzen. Außerdem müsse schon jetzt die Integration angepackt werden, etwa in Schulen und Kitas. Für die Kostenerstattung für die Kommunen seien schnelle Entscheidungen nötig. Das machte der Präsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Markus Lewe aus Münster, nach einer Präsidiumpssitzung des kommunalen Spitzenverbandes deutlich.

„Weil die Flüchtlingsbewegung eine hohe Dynamik hat, müssen wir uns aber in Deutschland auch besser abstimmen. Deshalb haben wir einen Flüchtlingsgipfel von Bund, Ländern und Kommunen gefordert. Wir begrüßen, dass der Bund diese Forderung mit seiner Einladung an die kommunalen Spitzenverbände zumindest teilweise aufgreift. Wir brauchen verbindliche Absprachen für die schnelle Verteilung und Registrierung der Flüchtlinge, für die Integration und die Kostenübernahme. Das werden wir am Freitag in unserem Gespräch beim Bundeskanzler deutlich machen.“



Schneller registrieren, gerechter verteilen
Bei der Registrierung sei ein erster Schritt, dass mobile Teams des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge die Registrierung der geflüchteten Menschen vor Ort unterstützen. Noch besser wäre es, wenn Bund und Länder die Geflüchteten bereits während ihrer Anreise und in den Erstaufnahmeeinrichtungen registrieren. „Der Bund und die Länder sollten technisch, personell und organisatorisch ihre Kapazitäten für die Registrierung ausbauen und das Verfahren überprüfen. Viele geflüchtete Menschen haben bereits biometrische Pässe, so

dass an ihrer Identität kein Zweifel besteht. Zumindest für diese Gruppe sollte die Registrierung weiter vereinfacht werden. Dann würde es viel schneller gehen“, forderte Lewe. Derzeit dauere selbst die vereinfachte Registrierung noch je Person rund 45 Minuten.

Der Städtetagspräsident plädierte für eine schnelle Integration von Kindern in Schulen und Kitas:

„Rund die Hälfte aller Geflüchteten sind nach Schätzungen Kinder, die schulpflichtig sind oder bald einen Kitaplatz benötigen. Deshalb müssen Bund und Länder die Städte unterstützen und hel-

fen, Kapazitäten bei Kinderbetreuung und Schule sehr zügig auszubauen. Wir brauchen mehr Lehrpersonal und Erzieherinnen, mehr Räume und Gebäude für Willkommensklassen und zusätzliche Kitagruppen.“

Kommunen von Flüchtlingskosten entlasten – Grundsicherung nach SGB II anwenden

Die Städte sprechen sich dafür aus, den geflüchteten Menschen aus der Ukraine Zugang zu den Sozialleistungen der Grundsicherung nach dem Sozialgesetzbuch II zu verschaffen. „Die Geflüchteten können von Anfang an in Deutschland arbeiten. Damit das gelingt, brauchen wir aber auch die üblichen arbeitsmarktpolitischen Instrumente, wie Sprachkurse und Qualifizierung. Deshalb wäre es ein guter Weg, wenn für die Geflüchteten aus der Ukraine das Sozialgesetzbuch II gilt. Damit wird ihnen eine Qualifikation zur Arbeitsaufnahme ermöglicht und der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert. Und den Menschen kann mit Leistungen der Krankenversicherung und der Pflegeversicherung geholfen werden, wenn es nötig ist“, so Kämpfer.

<https://www.staedtetag.de/presse/pressemeldungen/2022/wir-brauchen-einen-fairen-lastenausgleich>

Krieg in der Ukraine
Es braucht offene Fluchtwege und einen Abschiebestopp für die Ukraine!

PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT

Pro Asyl: Freie Wahl für die einen, Dublin-Zwang für die anderen?

Im Zuge der Flucht aus der Ukraine geht die EU in der europäischen Flüchtlingspolitik aktuell neue Wege, die vor wenigen Wochen noch für viele Politiker*innen undenkbar waren. Die freie Wahl des Schutzzandes wird von Menschenrechtsorganisationen schon lange gefordert, sie muss nun konsequent für alle gelten.

Seit mehr als vier Wochen herrscht Krieg in der Ukraine – und die europäische Flüchtlingspolitik steht Kopf. Während größere Entscheidungen im Bereich Asyl und Migration nach 2015 in der Europäischen Union jahrelang nicht möglich waren, einigten sich die zuständigen Innenminister*innen am 3. März 2022 einstimmig (!) auf die erstmalige Anwendung der Richtlinie über den vorübergehenden Schutz, auch bekannt als Massenzustromrichtlinie.

Freie Wahl des Schutzzandes für Geflüchtete aus der Ukraine

Die Anwendung der Richtlinie führt zu schnellem Schutz für Menschen, die aus

der Ukraine geflohen sind. Der Ratsbeschluss regelt darüber hinaus aber auch eine neue Praxis, nämlich dass Ukrainer*innen sich das Land, in dem sie vorübergehenden Schutz erhalten, selbst aussuchen können. Dies steht im scharfen Kontrast zu den sonstigen Regelungen der europäischen Flüchtlingspolitik. Denn laut der sogenannten Dublin-III-Verordnung sind Personen, die einen Asylantrag stellen, verpflichtet, dies in dem Mitgliedstaat zu tun, in den sie als erstes einreisen. Die allermeisten Menschen auf der Flucht können sich also nicht aussuchen, ob sie in Frankreich, Schweden oder Deutschland einen Asylantrag stellen und später leben möchten.

Sie müssen den Antrag stattdessen direkt nach Einreise stellen – und da es kaum legale Einreisemöglichkeiten und Visa für Fliehende gibt, müssen sie dies meist in einem Mitgliedstaat an einer EU-Außengrenze wie Griechenland oder Italien tun, den sie zum Beispiel per Boot erreichen können.

Das führt nicht nur zu einem unfairen Ungleichgewicht an Verantwortung zwischen den Mitgliedstaaten, sondern auch zu viel Leid und Frustration bei den Menschen. Denn zum einen sind die Bedingungen gerade in den Mitgliedstaaten mit Außengrenze sehr schlecht für Asylsuchende und Flüchtlinge, zum anderen drohen bei entsprechender Weiterflucht innerhalb Europas Rückführungen in den zuständigen Mitgliedstaat.

Zivilgesellschaftliche Forderung seit 2013: Free Choice!

Das Dublin-System steht aufgrund dieser Probleme schon lange in der Kritik. Anstatt schutzbedürftigen Menschen schnell in Europa Schutz zu bieten, verzögert es bei Weiterreise den Zugang zu Schutz oft über Monate.

Schon im März 2013 hat Pro Asyl deswegen gemeinsam mit AWO – Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V., Der Paritätische Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e.V., Deutscher Anwaltverein, Diakonie Deutschland, Jesuiten-Flüchtlingsdienst und Neue Richtervereinigung e.V. in einem Memorandum zur Flüchtlingsaufnahme in der Europäischen Union folgendes gefordert:

„Um ein gerechtes und solidarisches System der Aufteilung der Verantwortlichkeit für Flüchtlinge in der Europäischen Union zu etablieren, das gleichzeitig die Anliegen der Flüchtlinge berücksichtigt, ist ein Systemwechsel erforderlich. Das Prinzip der freien Wahl des Mitgliedstaates für Asylsuchende verbunden mit einem europäischen Ausgleichfonds, der auf solidarischen und gerechten Grundsätzen beruht, bietet eine Lösung, mit der die aufgezeigten



Ausstellung (interaktiv:) Menschen und Rechte sind unteilbar
<https://www.proasyl.de/material/menschen-rechte-sind-unteilbar/>

Strukturfehler abgebaut werden können.“ (S. 7 des Memorandums)

Diese Forderungen wurden auch in die verschiedenen Versuche von Reformprozessen des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems eingebracht. Doch bislang beharrten die Europäische Kommission und die meisten Mitgliedstaaten darauf, dass entweder an dem Ersteinreisekriterium festgehalten werden soll oder dass es feste Verteilungsquoten geben sollte.

Ebenso wichtig: Freizügigkeit nach Schutzstatus

Doch die freie Wahl des Mitgliedstaats, in dem Geflüchtete Schutz bekommen wollen, ist nur der erste wichtige Schritt. Die nächste entscheidende Frage ist, inwieweit Freizügigkeit nach der Anerkennung gewährleistet ist.

Unionsbürger*innen können in jedem Land der Europäischen Union wohnen und arbeiten so lange wie sie wollen. Das ist durch die Niederlassungsfreiheit und die Arbeitnehmerfreizügigkeit, die zu den Grundfreiheiten der Europäischen Union zählen, sichergestellt. Doch für Menschen, die im Asylverfahren einen Schutzstatus zugesprochen bekommen, gilt dies nicht. Mit dem Aufenthaltstitel, den sie bekommen, können sie zwar für drei Monate innerhalb von sechs Monaten im Schengen-Raum reisen, sie können sich aber nicht darüber hinaus niederlassen und arbeiten.

Erst nach fünfjährigem rechtmäßigem Aufenthalt in einem EU-Mitgliedstaat und wenn weitere Voraussetzungen erfüllt sind, kann eine Erlaubnis zum Daueraufenthalt in der EU erteilt werden, über den man auch eine Aufenthaltserlaubnis in einem anderen Mitgliedstaat bekommen kann. Wenn eine Person entgegen diesen Regelungen doch versucht, sich in einem anderen Mitgliedstaat niederzulassen, kann es zu inner-europäischen Abschiebungen kommen. Damit ist es für das spätere Leben in der Europäischen Union entscheidend, in welchem Mitgliedstaat man seinen

Asylantrag stellen muss.

Für aus der Ukraine geflohene Menschen, die den vorübergehenden Schutz bekommen, gelten zunächst einmal ähnliche Regeln. Allerdings soll es laut dem Ratsbeschluss nicht zu innereuropäischen Abschiebungen kommen, denn die Mitgliedstaaten haben sich darauf geeignet, Artikel 11 der Richtlinie über den vorübergehenden Schutz, der Abschiebungen ermöglicht, nicht anzuwenden (Erwägungsgrund 15 des Ratsbeschlusses). Also weniger Zwang, aber weiterhin bei Weiterreise keine Rechte? Wie sich dies genau gestalten wird, bleibt wohl abzuwarten, da auch die politischen Entscheidungen weiterhin dynamisch sind.

Aus der aktuellen Situation lernen: Das Zwangssystem Dublin endlich abschaffen!

So manche bisherigen Glaubensgrundsätze vieler europäischer Regierungen in der Flüchtlingspolitik scheinen mit Blick auf die Flucht aus der Ukraine – die besonders offensichtlich macht, dass starre Systeme wie das Dublin-System nicht funktionieren – über Bord geworfen zu sein.

Die Erkenntnis, dass es viele Vorteile bringen kann, wenn schutzsuchende Menschen sich ihren Schutzort selbst aussuchen können, muss nun aber insgesamt in der europäischen Asylpolitik adaptiert werden. Während die ganze Welt auf die Ukraine schaut, wird in Brüssel weiter über den New Pact on Migration and Asylum verhandelt, der das bestehende europäische Asylrecht reformieren soll. Doch bislang sehen die diskutierten Vorschläge zu einer Asyl- und Migrationsmanagement-Verordnung keine grundsätzliche Abkehr vom Dublin-System oder schnellere Freizügigkeit vor.

Dass dies notwendig wäre, macht die aktuelle Situation mehr als deutlich – und auch, dass es tatsächlich möglich ist! <https://www.proasyl.de/news/free-wahl-oder-dublin-zwang/>

DOK: Essen: Resolution gegen Krieg und für Städtepartnerschaft

Der Rat der Stadt Essen hat am 30. März einstimmig, bei Enthaltung der AfD, eine Resolution gegen den russischen Angriffskrieg verabschiedet. Neben der Verurteilung des Krieges behandelt die Resolution besonders auch die Notwendigkeit für die Fortführung der Städtepartnerschaft mit der russischen Stadt Nischni Nowgorod:

„Der Rat der Stadt Essen verurteilt den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg des Putin-Regimes gegen die Ukraine auf das Schärfste. Der Überfall ist ein Angriff auf die territoriale Integrität und das Selbstbestimmungsrecht der Ukraine ... Wir bitten die Stadtverwaltung Essen darum, auch in Zukunft den Dialog mit den bei uns lebenden Ukrainerinnen und Ukrainern als auch den Russinnen und Russen fortzusetzen und Ausgrenzungsbestrebungen entschieden vorzubeugen.“

Seit dem Jahr 1991 ist die Stadt Essen über eine Städtepartnerschaft mit Nischni Nowgorod verbunden. Diese Städtepartnerschaft bildet auch einen wichtigen Rahmen für zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte. Daraus hat sich eine gute und enge Zusammenarbeit und Verständigung der Bürgerinnen und Bürger untereinander ergeben. Wir setzen uns dafür ein, dass gerade in der aktuellen Kriegssituation diese Partnerschaft bestehen bleibt, damit insbesondere die Zusammenarbeit in den Bereichen Demokratieförderung, Kultur und internationaler Austausch gestärkt wird. Für die Zukunft soll auch weiterhin zwischen den Bürgerinnen und Bürgern der Städte Essen und Nischni Nowgorod eine stabile Grundlage für Vertrauen und Freundschaft gegeben sein. Die Partnerschaft der Städte Essen und Nischni Nowgorod wird aktuell auf eine harte Probe gestellt. Es ist eine große und gemeinsame Herausforderung, zivilgesellschaftliche Kontakte als Brücke zwischen den Bürgerinnen und Bürgern beider Städte bestehen zu lassen.

Wir appellieren an unsere Partnerstadt Nischni Nowgorod, alles dafür zu tun, den Frieden wiederherzustellen und zu bewahren sowie die friedensbewahrende Zielsetzung unserer Partnerschaft zu bekräftigen.“



SEEBRÜCKE SCHAFFT SICHERE HÄFEN!

Seenotrettung als kommunale Aufgabe?

Gabriele Giesecke, Essen. Für das Kommunalpolitische Forum (Kopofo) NRW hat der Bonner Rechtsanwalt Michael Faber ein Rechtsgutachten zur Zulässigkeit kommunaler Unterstützung von Initiativen, die sich für die Seenotrettung von geflüchteten Menschen im Mittelmeer einsetzen, erstellt. Das Gutachten kommt zum Ergebnis, dass dies möglich ist, wenn in einer Kommune eine nennenswerte Unterstützung für dieses Anliegen vorhanden ist und der Rat der Stadt einen entsprechenden Beschluss fasst. Vor allem die (finanziellen) Unterstützung z.B. eines Veranstaltungsprogramms zur Werbung für die Anliegen von Gruppen wie der Seebrücke wäre durch die Gemeindeordnung in NRW gedeckt, so ein Ergebnis des Gutachtens.

Das vollständige Gutachten findet sich bei <https://www.kopofo-nrw.de/nc/aktuell>

Kommunale Aufnahme Geflüchteter stärken

GABRIELE GIESECKE, ESSEN

Gegen die Abschottungspolitik an den EU-Außengrenzen, insbesondere die völkerrechtswidrige Behinderung von Seenotrettung im Mittelmeer hat sich auch in Essen 2019 eine Seebrücke-Gruppe gebildet. Trotz durchaus beachtlicher Unterstützung aus der Zivilgesellschaft scheitert ein Ratsbeschluss, Essen zum „Sicheren Hafen“ zu erklären, bis heute an der CDU-Ratsfraktion.

Um Wege aus dieser Sackgasse zu suchen, lud die Seebrücke zu einer Diskussionsveranstaltung mit Gesine Schwan, Präsidentin der Humboldt-Viadrina Governance Platform, sowie Giulia Fellin, Leiterin des Projekts zur Stärkung von Kommunen bei der Aufnahme von Geflüchteten. Die Ziele werden auf der Homepage der Humboldt-Viadrina so umrissen: „Europa braucht dringend eine mittel- und langfristige Strategie, die die Ankunft von Schutzsuchenden

nicht als Bedrohung und Krise versteht, sondern Grundrechte schützt. Ausgehend von den vielen aufnahmebereiten Kommunen, verfolgen wir im Projekt Aufnahme und Integration von Geflüchteten in Europa als gemeinsame kommunale Entwicklung einen partizipativen und kommunalen Ansatz in der Asyl- und Flüchtlingspolitik. Wir zielen darauf ab, die europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik zu dezentralisieren und mit den europäischen Werten in Einklang zu bringen. Gleichzeitig soll die Demokratie auf lokaler Ebene gestärkt und die Teilhabe an kommunaler Entwicklung ermöglicht werden. Die freiwillige Aufnahme und Integration von Geflüchteten bieten die Chance, die Entwicklung der Kommune inklusiv, sicher, nachhaltig und partizipativ zu gestalten.“

Kernpunkte des Vorschlags sind die Einrichtung von kommunalen Entwicklungsbiräten, ein EU-Integrations- und



Wer sich weiter informieren möchte, findet Material unter:

https://www.governance-platform.org/initiativen/midi-2/kommunale_aufnahme/ Material.

Entwicklungslandschaften, EU-weite Vernetzung von Kommunen sowie ein Matching-Prozess zur Verteilung geflüchteter Menschen. Das Konzept geht davon aus, dass Kommunen sehr wohl zur eigenen Weiterentwicklung an Zuwanderung interessiert sind und von ihr profitieren. Daher sollen sich die kommunalen Entwicklungsbeiräte aus Verwaltung sowie Menschen der Zivilgesellschaft zusammensetzen, ausdrücklich unter Einbeziehung von Wirtschafts- und Geschäftsleuten. In den Beiräten sollen Perspektiven entwickelt werden, in welche Richtung sich die Kommune entwickeln und welche konkreten Projekte deshalb umgesetzt werden sollen. Z.B. wie die Abwanderung, unter der aktuell ländliche Regionen Ostdeutschlands leiden, gestoppt werden könnte. Oder wie in wachsenden Regionen dem Fachkräftemangel entgegengewirkt werden könnte. Die politische Entscheidung soll bei den gewählten politischen Organen verbleiben – die Beiräte hätten beratende Funktion.

Im Rahmen des sogenannten Matching-Prozesses sollen die Körperschaften ihre Entwicklungsperspektiven darlegen und damit um Zuwanderung werben. Für einwandernde Personen ergibt sich der Vorteil, dass sie nicht willkürlich und zufällig verteilt werden, sondern einen Abgleich mit ihren Wünschen und Fähigkeiten vornehmen können.

Mit Geldern aus einem europäischen Integrations- und Entwicklungsfond sollen Kommunen bei ihren Vorhaben unterstützt werden. Sie sollen in gleicher Höhe sowohl Mittel für die Aufnahme bekommen wie für allgemeine Projekte, die als sinnvoll von ihnen bestimmt werden. Damit soll einer „Neiddebatte“ vorgebeugt werden.

Last but not least soll die Vernetzung auf EU-Ebene vorangebracht werden, um Erfahrungen mit der Aufnahme und Eingliederung (geflüchteter) Zuwandernden austauschen zu können. Hier gibt es auch schon verschiedene Initiativen. So fand unterstützt von dem Humboldt-Viadrina Governance Platform im Juni 2021 eine zweitägige Konferenz „Städte für ein solidarisches Europa“ statt.

Das skizzierte Konzept fand eine positive Aufnahme bei den gut 50 Teilnehmenden der virtuellen Veranstaltung. So konnten sich einige vorstellen, für die Idee eines Entwicklungsbeirates in Essen zu werben. Allerdings blieb vieles noch vage: Das Konzept ist zwar in einigen Punkten gut ausgearbeitet, aber bis zur Umsetzung ist noch ein weiterer Überzeugungsweg.

So ist unklar, ob sich die Hoffnung erfüllt, die rot-grüne-gelbe Bundesregierung könnte das Projekt unterstützen – Gespräche stehen hier aus.

Kommunale Politik – Praktische Hilfen für Geflüchtete

dok: Ulli Jäckel, Hamburg

Keine doppelten Standards für Geflüchtete! HAMBURG. Mit großzügiger Unterstützung und der unbürokratischen Bereitstellung von Wohnraum reagiert Hamburg auf die Ankunft Tausender Ukrainer:innen, die vor dem Angriffskrieg aus ihrer Heimat flüchten müssen. Wie aus einer Anfrage der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft hervorgeht, wird unter anderem das gesamte Hotel „Sofitel“ am Alten Wall zur Verfügung gestellt. Außerdem werden im Mundsburg-Tower Wohnungen hergerichtet. Carola Enslen, flüchtlingspolitische Sprecherin der Fraktion: „Es ist ein absolut tolles Engagement von Senat und Ehrenamtlichen. Ich staune darüber, was alles möglich ist, wenn man nur will. Aus meiner langjährigen Flüchtlingsarbeit weiß ich aber auch, dass es anderen Geflüchteten ganz anders ergeht. Sie müssen im Durchschnitt länger als vier Jahre in oft prekären Unterkünften leben. Für sie werden die Chancen auf Wohnraum jetzt noch schlechter. Von Vertriebenen ohne ukrainischen Pass wird zudem berichtet, dass sie in Asylverfahren gedrängt werden – damit bekommen sie aber einen deutlich schlechteren Status. Es darf aber nicht mit zweierlei Maß gemessen werden! Ich erwarte vom Senat, dass er schnellstmöglich einen Masterplan für eine gute Zukunft aller Geflüchteten entwickelt, die länger in Hamburg sind oder bleiben. Dazu muss er weit mehr zivilgesellschaftliche Akteure als bisher und auch die ernsthaft engagierte Opposition einbeziehen, anstatt sie mit dürftrigen Informationen abzuspeisen.“

<https://www.linksfraktion-hamburg.de>

tun es sehr gerne. Aber es darf nicht sein, dass wir hier auf den Kosten sitzenbleiben, auch praktische Hilfe wäre höchst willkommen.

<http://www.die-linke-stormarn.de>

Die Linke: Land muss helfen und Hotelzimmer sind die bessere Alternative – Schnelle und gute Unterbringung für Menschen aus der Ukraine: KÖLN. Auf ihrer Pressekonferenz gestern brachte das Ratsbündnis aus Grünen, CDU und volt die Messehallen als Unterbringungsmöglichkeit für Geflüchtete aus der Ukraine ins Spiel. Sie begründeten ihren Vorschlag mit dem Wunsch, diesmal komplett auf die Belegung von Schulturnhallen zu verzichten. Das Ratsmitglied Jörg Detjen hält das für eine ganz schlechte Lösung: „Wir sollten jetzt nicht in Panik und Aktionismus verfallen, sondern die Erfahrungen und Überlegungen der letzten Jahre nutzen. Erst einmal sollten die städtischen und die Landesunterkünfte ausgelastet werden, die noch nicht belegt sind. Das Land muss schnell helfen, die sechs Zentralen Unterbringungseinrichtungen (ZUE) in NRW, z.B. in Bonn und Neuss, auch zu belegen. Gegenwärtig sind sie nur zu einem Drittel ausgelastet. Das Land darf

Platzabbeck
Nr. 2, 30. März 2022

DIE LINKE.
FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

Mangel an Schulplätzen so groß wie
Bei den Anmeldungen von Kindern für das Hause Schulplatz bereichten in diesem Jahr

Gemeinsam gegen den Krieg!
Unsere Aufgabe jetzt: Geflüchtete gut versorgen!

www.linksfraktion-koeln.de

sich nicht aus der Verantwortung stehlen. Darüber hinaus fordern wir eine „Lex Colonia“ mit einer zusätzlichen ZUE durch das Land NRW in Köln. Gleichzeitig können Hotels angemietet werden. Die Hotels, die auch bisher zur Unterbringung Geflüchteter benutzt wurden, waren 2017 mit 2 465 Personen belegt, 2021 nur mit 263. Auch sie stehen größtenteils zur Verfügung. Danach sollten wir den Hoteliers von touristischen Hotels ein Unterbringungsangebot für ihre leerstehenden Zimmer machen. Schließlich hat die Coronapandemie zu einem dramatischen Rückgang der Übernachtungszahlen in Köln geführt.“ Jörg Detjen fordert eine qualitätsvolle Unterbringung: „In einem Hotelzimmer können die Kriegsflüchtlinge erst einmal zur Ruhe kommen. Diese Unterbringung muss kurzfristig erfolgen. Langfristig erhält die Verwaltung dadurch Zeit, geeignete Unterbringungskapazitäten aufzubauen.“

<https://www.linksfraktion-koeln.de>

Vorbereitung für humanitäre Aufnahmebedingungen: WESEL. Die Linksfaktion im Kreistag Wesel fordert den Kreis Wesel auf, jetzt alle Vorbereitungen zu treffen, damit humanitäre Aufnahmebedingungen für Schutzsuchende aus der Ukraine garantiert sind. Der Fraktionsvorsitzende der Linken, Sascha H. Wagner kommentiert die aktuellen Entwicklungen: „Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist abschulich und menschenverachtend. Die Leidtragenden dieses nationalistischen Größenwahns sind die Menschen im Land. Für das menschliche Leid und das Ende der ukrainischen Demokratie gibt es keine Rechtfertigung.“ Nach Ansicht der Linksfaktion ist es jetzt angezeigt, kommunale Kapazitäten für den Zuzug von Schutzsuchenden auf den Prüfstand zu stellen.

„Es liegt an uns, dass sich insbesondere die behördlichen Herausforderungen aus 2015 nicht wiederholen. Der Kreis und die Kommunen sind jetzt gefordert, vorausschauend alle Vorbereitungen zu treffen, damit humanitäre Aufnahmebedingungen garantiert sind. Zur kommenden Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur, Sport und Integration haben wir aus diesem Grund einen ersten Sachstandsbericht beantragt“, ergänzt Wagner zur Initiative der Linksfaktion.
<https://www.dielinke-kreiswesel.de>

Solidarität mit den Menschen in der Ukraine: BOCHUM. Angesichts des Kriegs in der Ukraine und aus Solidarität mit unserer Partnerstadt Donezk haben alle demokratischen Fraktionen gestern eine gemeinsame Resolution proklamiert. In dieser werden neben Solidaritätsbekundungen für die Zivilbevölkerung vor allem auch konkrete Maßnahmen der humanitären Unterstützung und der Aufnahme von Kriegsflüchtlingen gefordert. So sollen nun Spenden gesammelt und zentral organisiert sowie Unterkunftskapazitäten für eine bislang unbekannte Zahl von Menschen erschlossen werden. Die Vorbereitungen dazu sind bereits in vollem Gang. Informationen dazu, wie du konkret helfen kannst, findest du auf der Internetseite. Zudem haben wir uns am 1. März an einer Kundgebung des Friedensplenums auf dem Dr.-Ruer-Platz beteiligt, um ein Zeichen für Frieden, Deeskalation und humanitäre Unterstützung für die Zivilbevölkerung zu setzen.

Die Redebeiträge haben der Theologe Prof. Günter Brakelmann, Stefan Marx vom DGB Ruhr Mark, Felix Oekentorp für die DFG-VK und unsere Bochumer Bundestagsabgeordnete Sevim Dagdelen beigesteuert.
<https://www.linksfraktionbochum.de>

Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung! Berlin. Resolution der Fraktion Die Linke im Abgeordnetenhaus

Einstimmig beschlossen auf der Fraktionsklausur am Freitag, den 4. März 2022

Die Fraktion Die Linke im Abgeordnetenhaus verurteilt Putins völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf die Ukraine aufs Schärfste. Absolut nichts rechtferigt diesen verbrecherischen Akt. Die russische Invasion muss sofort beendet, die Truppen müssen zurückgezogen werden. Wir stehen solidarisch an der Seite der Menschen in der Ukraine, die in diesen Tagen unvorstellbares Leid erfahren. Die schrecklichen Bilder in den vielen Gebieten des Landes zeigen uns: Krieg darf niemals ein legitimes Mittel der Politik sein. Putin muss diesen Krieg sofort beenden. Wir sprechen uns für gezielte Sanktionen gegen Putin, die ihn unterstützenden Oligarchen und die russische Militärindustrie aus. Der Wirksamkeit dieser Maßnahmen steht bisher der derzeitige Mangel an Steuertransparenz in der Europäischen Union im Wege. Es bedarf daher konsequenter Maßnahmen der Europäischen Union gegen Steueroasen. Unsere Solidarität gilt auch all denen, die in Russland gegen den Krieg auf die Straße gehen. Mit ihrem mutigen Einsatz setzen sie ein sehr wichtiges Zeichen – gegen Putin und für die internationale Friedensbewegung. Diese lautstarke Stimme gilt es zu stärken! Alle, die vor Krieg flüchten, müssen einen sicheren Platz finden, unabhängig von der jeweiligen Staatsangehörigkeit. Dies gilt auch für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus Russland und der Ukraine. Menschen, die aus welchen Gründen auch immer, den Dienst

<https://www.linksfraktion.berlin/fraktion/in-klausur/klausur-maerz-2022/detail/news/solidaritaet-mit-der-ukrainischen-bevoelkerung/>

an der Waffe verweigern, müssen vor Verfolgung geschützt werden. Für uns ist klar, dass es keine Abschiebungen in die Ukraine, nach Belarus, nach Moldawien oder nach Russland geben darf. Deswegen braucht es einen sofortigen Abschiebestopp. Ausreisepflichtige sollen als Kriegsflüchtlinge anerkannt werden. Gleichzeitig besorgen uns die Berichte über Anfeindungen gegenüber Menschen, die als russisch gelesen werden, ob in der Kita, in der Schule, am Arbeitsplatz oder in der Öffentlichkeit. Menschen aus dem postsowjetischen Raum sind ein fester Bestandteil unserer Stadt. Viele von ihnen gehen jetzt mit uns gemeinsam gegen Krieg, für Völkerverständigung und Frieden auf die Straße. Wir wehren uns gegen den Hass, der ihnen mitunter entgegenschlägt. Aufrüstung und Militarisierung können nicht die Antwort auf den Krieg sein. Vielmehr zeigt uns die aktuelle Lage, dass Abrüstung und das Ende nuklearer Waffen entscheidende Bedingungen für Frieden, Freiheit und Sicherheit in der Welt sind und bleiben. Ein neues Wettrüsten wie im Zeitalter des Kalten Krieges lehnen wir als Linke ab. Stattdessen setzen wir uns für eine neue europäische Sicherheitsarchitektur ein, die auf Frieden, Zusammenarbeit und Ausgleich der Interessen gründet. Das müssen sich die Länder der Europäischen Union und die anderen europäischen Staaten in einem gemeinsamen Prozess zum Auftrag machen.

gefunden werden, wie dies tatsächlich umzusetzen ist. Auch wenn es um den Umgang mit Ressourcen im Bereich der Wohnsituationen und Betreuungsmöglichkeiten der Menschen in Pforzheim geht, ist schnelles und unbürokratisches Handeln gefragt.

Wie Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des deutschen Städte- und Gemeinbundes gestern in einem Interview bemerkte, seien die Kommunen maßlos überfordert mit der Situation. Es fehle außerdem an digitaler Lehr- und Lernkultur.

Laut Antwort auf eine Anfrage der Linken im Bundestag ist derzeit jedes fünfte Kind armutsgefährdet. Die Regierung wird dieses Problem noch zuspitzen, wenn sie sich nicht sofort um langfristig planbare Lösungen bemüht.
<https://die-linke-pforzheim.de/>



Betriebsratswahlen 2022

Bruno Rocker, Berlin. Entsprechend dem vierjährigen Turnus finden in diesem Jahr erneut von März bis Mai die Betriebsratswahlen statt. Betriebe mit Betriebsrat zeichnen sich durch bessere Arbeits- und Entgeltbedingungen aus. Die IG Metall verweist auf zahlreiche durch Studien belegte Vorteile gegenüber den betriebsratslosen Unternehmen:

- 16 Prozent mehr eigene Produktion anstelle von Fremdvergabe an Zulieferer,
- 8,4 Prozent im Durchschnitt mehr Geld für die Beschäftigten,
- 1,3 Tage mehr Urlaub im Schnitt,
- deutlich mehr (18 Prozent) Gesundheitsförderung im Betrieb,
- häufiger (14 Prozent) Regelungen über flexible Arbeitszeiten für Eltern.

Nicht unwichtig sind auch die Unternehmenszahlen und das Betriebsklima. Unternehmen mit Betriebsräten sind um 12,8 Prozent produktiver und machen im Schnitt 14 Prozent mehr Gewinn. In der letzten Beschäftigtenbefragung der IG Metall forderten 87 Prozent der Beschäftigten mehr Mitbestimmung, vor allem bei Qualifizierung und Digitalisierung.

Mehr Geld für Leihbeschäftigte

Bruno Rocker, Berlin. 2019 hatte die IG Metall zusammen mit weiteren Gewerkschaften des DGB Tariferhöhungen für die Folgejahre durchgesetzt. Danach stiegen 2020 die Entgelte unterschiedlich um 1,9 Prozent im Westen und 5,2 Prozent im Osten, um die Angleichung zu vollenden. 2021 gab es dann bundesweit 3 Prozent und in diesem Jahr seit April erneut eine Erhöhung bundesweit um 4,1 Prozent. 2022 steigt außerdem das Urlaubs- und Weihnachtsgeld, je nach Beschäftigungsdauer in der Leihfirma, auf 360 bis 650 Euro. Erstmals gab es letztes Jahr zudem Extra-Zahlungen zum Urlaubs- und Weihnachtsgeld für Gewerkschaftsmitglieder, auch je nach Beschäftigungsdauer, zwischen 100 und 300 Euro. Dieses Jahr steigen die Zahlungen auf 140 bis 400 Euro an.

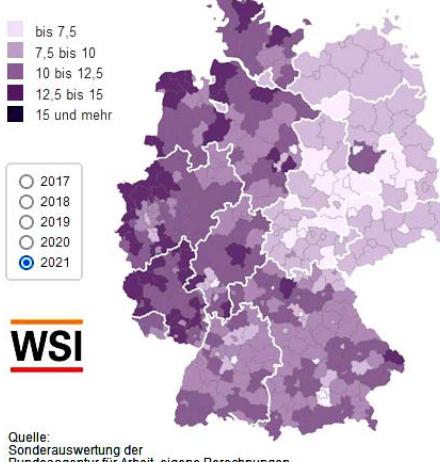
Aufgrund der tariflichen Erfolge und des Mitgliedervorteils ist die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder in Leiharbeit, allein im letzten Jahr, bei der IG Metall um 7,5 Prozent gestiegen. Demnächst starten wieder die nächsten Tarifverhandlungen. Die aktuelle Inflationsrate ist natürlich eine Herausforderung.

Corona-Pandemie und Minijobs

BRUNO ROCKER, BERLIN

Ab 1. Oktober 2022 soll der Mindestlohn auf 12 Euro erhöht werden. Der Gesetzesentwurf der Bundesregierung vom 23. Februar 2022 sieht gleichzeitig (vor allem auf Druck der FDP) auch die Erhöhung der Entgeltgrenze für Minijobs auf 520 Euro vor. Die Gewerkschaften kritisieren bereits seit Jahren das Beschäftigungsmodell „Minijob“, vor allem wegen der dramatisch schlechten sozialen Absicherung im Vergleich zu regulären Beschäftigungsverhältnissen. Der Unterschied ist während der Pandemie noch einmal besonders deutlich geworden. Durch die für Minijobber weder vom

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte, Juni 2021
Anteil an allen Beschäftigten, in Prozent



Quelle:
Sonderauswertung der
Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen
Mehr Informationen erhalten Sie per Mausklick auf die Kreise!

Arbeitgeber noch vom Arbeitnehmer geleisteten Beiträge in die Arbeitslosenversicherung entfiel auch die Möglichkeit, betroffene Minijobber durch Kurzarbeitergeld abzusichern. Gleichfalls entstand bei Verlust des Arbeitsplatzes auch keinerlei Anspruch auf Arbeitslosengeld. Insbesondere in den stark betroffenen Branchen Gastronomie und Handel blieb bei faktisch kaum vorhandenem Kündigungsschutz den Betroffenen oftmals nur der Weg in die Grundsicherung.

„Geringe Stabilität und mangelnde soziale Sicherheit sind keine Schönheitsfehler, sondern integraler Bestandteil des Konzepts Minijob“, sagt dazu der WSI-Experte Dr. Eric Seils. Nach der neuen Auswertung des WSI über „Minijobs in Zeiten von Corona“ vom März dieses Jahres gab es in Deutschland zum Stichtag 30. Juni 2021 rund 7,157 Millionen Beschäftigte mit einem 450-Euro-Minijob. Für rund 3 Millionen Personen war die geringfügig entlohnte Beschäftigung ein Nebenjob, etwa 4,15 Millionen übten ausschließlich einen Minijob aus.

Bei der regionalen Verteilung zeigt die Auswertung des WSI große Unterschiede. In den westdeutschen Bundesländern sind 450-Euro-Minijobs als Hauptbeschäftigung mit 11,6 Prozent aller Beschäftigten viel verbreiteter als in Ostdeutschland (7,7 Prozent). Die Differenz hängt laut WSI offenbar mit der deutlich höheren Vollzeit-Erwerbstätigkeit von Frauen im Osten zusammen.

(Quelle: Auswertung des WSI 03/2022)

DOK: IG BAU stimmt Schlichterspruch zum Branchenmindestlohn zu

IG BAU, Frankfurt am Main. Die Bundestarifkommission der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) hat dem Bundesvorstand empfohlen, dem Schlichterspruch zum Branchenmindestlohn zuzustimmen. Der Abstimmung ging eine kontroverse und intensive Diskussion des ehrenamtlich besetzten Gremiums voraus.

„Sicherlich haben wir auch Bauchschmerzen bei dem erzielten Kompromiss, aber wir kommen unserer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung nach. Die Abschaffung des Branchenmindestlohnes, er lief Ende des vergangenen Jahres aus und lag bei 12,85 Euro, wäre für die Baubranche mit den großen Aufgaben, die vor ihr liegen bei gleichzeitig hohem Fachkräftebedarf, fatal“, sagt der Bundesvorsitzende der IG BAU, Robert Feiger. Er erinnert daran, dass es die Baubranche war, in der vor jetzt 25 Jahren als erstes die unterste Lohngrenze in Deutschland eingeführt wurde. „Ich kann nur hoffen, dass sich die Bauarbeitgeber weiterhin ihrer Verantwortung für die Branche und die Gesellschaft bewusst sind und ebenfalls noch für den Schlichterspruch stimmen.“ Dazu sei noch bis Freitag, 8. April, Zeit. Der Schlichterspruch des Präsidenten

des Bundessozialgerichts Professor Doktor Rainer Schlegel aus der vergangenen Woche sieht vor, den Mindestlohn I in diesem, im nächsten und im Jahr 2024 um jeweils 60 Cent zu erhöhen. In den Jahren 2025 und 2026 soll sich die unterste Lohngrenze an der zurückliegenden Teuerungsrate orientieren. Der Mindestlohn II für Facharbeiter*innen im Tarifgebiet West, er lag bis 31. Dezember 2021 bei 15,70 Euro, soll zum Ende dieses Jahres wegfallen. Zukünftig soll der Branchenmindestlohn in Abhängigkeit zur zwischen den Tarifparteien ausgehandelten tariflichen Ecklohngruppe angepasst werden. Damit leistet der Schlichterspruch einen wichtigen Beitrag, um die Tarifautonomie am Bau zu erhalten, ohne staatlichen Einfluss auf die Höhe des Bauminstdestlohns.

<https://news.feed-reader.net/92935-ig-bau.html>

Gewerkschaftliche Solidarität im Zeichen des Angriffskrieges



Olga Losinskaya von der Marine Transport Workers Trade Union of Ukraine (MTWTU), die 80 000 Beschäftigte vertritt, hat auf der Sitzung des Verdi-Gewerkschaftsrates, das oberste ehrenamtliche Gremium von Verdi, am 24. März 2022 in Berlin eine Rede gehalten. Sie schildert anschaulich die Folgen des Krieges und die gewerkschaftliche Solidarität. Außerdem zeigt die Rede aus einer weiteren Perspektive, warum der Zugang zum Meer für die Ukraine so wichtig ist. Ukrainische Seeleute stellen laut Olga Losinskaya „die fünftgrößte maritime Beschäftigtengruppe weltweit und sie sind die zweithäufigste Nationalität auf Schiffen deutscher Eigentümer.“ Die Rede ist zur Veröffentlichung freigegeben, übersetzt wurde sie von BIRGIT LADWIG.

OLGA LOSINSKAYA, MTWTU, DOK

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Danke dafür, dass ich in diesem wunderschönen und friedlichen Deutschland aufgenommen wurde, und dafür, dass ich die Gelegenheit habe vor Euch allen zu sprechen ... Genau wie Verdi ist meine Gewerkschaft Mitglied in der ITF International Transport Workers Federation und ETF European Transport Workers Federation. Ich bin nun seit über elf Jahren Gewerkschaftssekretärin; meine Hauptaufgabe ist es Ansprüche ukrainischer Seeleute im Zusammenhang mit Arbeitsrechtsverletzungen zu bearbeiten, die Mitglieder meiner Gewerkschaft sind. Meine Gewerkschaft, die MTWTU, wurde 1992 gegründet, und trotz ihres kurzen Bestehens ist es ihr gelungen, sehr schwere Prüfungen zu bestehen, die in ihren Zuständigkeitsbereich fielen. Das waren die Ereignisse des Jahres 2014, als unsere Gewerkschaft während der gewaltsamen Konflikte in Kiew und Odessa als Ergebnis eines Brandes ihre Büros in den beiden Städten verlor. Dies war auch ein Jahr, in dem wir ein Dutzend unserer Gewerkschaftsorganisationen verloren, ebenso wie einen Großteil unserer Mitgliedschaft, die auf dem Gebiet der nun besetzten Krim wohnen ... In der neuen Wirklichkeit von 2022 mussten wir alle Ressourcen, über die wir verfügten, mobilisieren, und auch um internationale Hilfe unserer Schwestergewerkschaften, Wohltätigkeitsorganisationen und ausländischer Arbeitgeber ersuchen, um in der Lage zu sein, den ukrainischen Seeleuten, Hafenarbeitern und ihren Familien Unterstützung zukommen zu lassen.

Die MTWTU hat zusammen mit dem von Gewerkschaften gegründeten Wohlfahrtsfonds Mortrans sofort auf die Herausforderungen reagiert – an den ersten Kriegstagen starteten wir großflächige Evakuierungsaktivitäten, damit die Familien der Seeleute und Hafenarbeiter aus den am stärksten betroffenen Gebieten sichere Orte erreichen können. An dieser Stelle sollte ich auch das große Stück Arbeit erwähnen, das von Verdi und der HHLA, der Hamburger Hafen und Logistik AG, gestemmt wurde, die

Familien von Hafenarbeitern evakuierten, die bei einer Tochtergesellschaft der HHLA im Hafen von Odessa in der Ukraine – „Container Terminal Odessa“ – angestellt und ebenfalls Mitglieder meiner Gewerkschaft sind. Ihre Familien konnten erfolgreich nach Rumänien und Deutschland evakuiert werden, wo sie sich immer noch bis heute in Sicherheit befinden. Unsere Gewerkschaft strebt an gezielte Unterstützung zu leisten, wo immer wir die Gelegenheit haben das zu tun.

Dabei handelt es sich um die Auslieferung notwendiger Lebensmittel und Vorräte in schlecht zugänglichen Gebieten der Ukraine und in die am meisten von Mangel betroffenen Städte, das ist die individuelle Hilfe für Familien von Seeleuten und Hafenarbeitern, die in andere europäische Staaten umsiedelten – Unterkunftssuche, Bereitstellung von Logistik, Hilfe bei der Kommunikation mit Behörden, Übersetzungen, Beratung zu örtlichen Flüchtlingsregelungen und so weiter. Das alles wäre nicht möglich ohne die umfassende Unterstützung der ausländischen Gewerkschaften, unter diesen natürlich unsere Kolleginnen und Kollegen von Verdi, deren Hilfe gar nicht überschätzt werden kann.

Ukrainische Seeleute stellen die fünftgrößte maritime Beschäftigtengruppe weltweit und sie sind die zweithäufigste Nationalität auf Schiffen deutscher Eigentümer. Wegen der Bekanntgabe der Mobilisierung (zur Armee bzw. zur Landesverteidigung, BL) und der Verhängung des Kriegsrechts, das es Männern im Alter zwischen 18 und 60 Jahren untersagt, die Ukraine zu verlassen, werden unsere Seeleute nun davon abgehalten ihre Arbeitspflichten auf ihren Schiffen zu erfüllen und die globalen Schifffahrtsverbindungen zu sichern.

Unterstützt von der ITF forderte die MTWTU den ukrainischen Präsidenten dazu auf, diese Beschäftigtengruppe von den Ausreisebeschränkungen auszunehmen, was nun auch von den zuständigen Stellen umgesetzt wird.

Unsere Gewerkschaft hat auch Vorschläge für die staatlichen Behörden der Ukraine entwickelt, die eine Liste mit dringenden staatlichen Unterstützungsmaßnahmen beinhaltet, inklusive

solcher, die die laufenden und zukünftigen Beschäftigungsverhältnisse und die Berufsgruppe ukrainischer Seeleute im Dienst der weltweiten Schifffahrt regulieren. Weil Seeleute jetzt noch der Ausreisebeschränkung unterliegen, sind Hunderte Crew- Wechsel durcheinandergebracht worden, und die Seeleute sind nicht mehr in der Lage den Lebensunterhalt für ihre Familien zu verdienen.

Zusätzlich kommt erschwerend hinzu, dass das Banksystem der Ukraine seit Februar nicht mehr in der Lage ist, die Gehälter der Seeleute zu überweisen.

Demzufolge haben der Wohlfahrtsfonds und die MTWTU bereits ungefähr 200 individuelle dringende Bitten um finanzielle Unterstützung bearbeitet, die wir von Seeleuten und ihren Familien erhielten, die einer schwierigen finanziellen Situation gegenüberstehen.

Innerhalb der Gewerkschaft machen wir weiter mit der Erfüllung unserer normalen Pflichten, wie der Bearbeitung von Ansprüchen ukrainischer Seeleute, die derzeit an Bord von Schiffen weltweit sind, und die die Verletzung der Arbeitsrechte der Seeleute betreffen, wie sie in den Arbeitsverträgen, den geltenden Tarifverträgen, im Flaggen- und internationalem Arbeitsrecht festgelegt sind.

Wir helfen ausländischen Seeleuten in ukrainischen Häfen – es befinden sich derzeit 94 Schiffe in unseren Häfen –, indem wir den Evakuierungsablauf der ausländischen Crews begleiten, indem wir medizinische Hilfe für durch militärische Angriffe verletzte Personen leisten, indem wir sicherstellen, dass ausreichende Vorräte für die Versorgung der Mannschaften ausgeliefert werden, indem wir die Rechte der Seeleute bezüglich ihrer vereinbarten Ansprüche durchsetzen. Die Gewerkschaft und der Wohlfahrtsfonds erhalten auch massive humanitäre Hilfe aus Europa – Hunderte Kilogramm an Hygieneprodukten, Kleidung und Schuhe, Nahrungsmittel,

Weil die Zukunft meines Landes, meines Volkes und insbesondere meiner Gewerkschaftsmitglieder unsicher bleibt, – und es ist auch unklar, welche Herausforderungen vor uns liegen –, ist es unser Hauptziel weiterhin die notwendige Unterstützung für unsere Mitglieder und deren Familien zu gewährleisten. Und das heißt, dass wir alles möglich machen wollen, um abzusichern, dass die notwendigen Ressourcen da sind, um ihre Bedarfe abzudecken.

Deshalb nehmen wir dankbar jede Gabe und jede finanzielle Hilfe an, die an die Bankverbindung des MTWTU Wohlfahrtsfonds MORTRAMS überwießen wird. (...)

NSU-2.0 Prozess: Nebenklage muss Ermittlungsarbeit der Staatsanwaltschaft übernehmen. Zu den Entwicklungen im Prozess gegen den mutmaßlichen NSU-2.0-Drohbriefschreibenden erklärt Hermann Schaus, Prozessbeobachter und Abgeordneter der Fraktion Die Linke. im Hessischen Landtag: „Es ist ein Novum, dass die Nebenklage einen Angeklagten entlastet – und das liegt allein an den unzureichenden Ermittlungen zu Verstrickungen von Polizeikräften. Die Nebenklageanwältin von Seda Başay-Yıldız, Antonia von der Behrens, zählte Indizien für die Urheberschaft des ersten Drohfaxen auf, die eben nicht auf Alexander M., sondern auf einen Polizisten des 1. Frankfurter Polizeireviers hinweisen. Dieser war mutmaßlich für die Datenabfragen verantwortlich, in der berüchtigten rechten Chatgruppe „Itiotentreff“ sowie in rechten Darknetforen aktiv. Es ist unbegreiflich, dass die Staatsanwaltschaft diese Indizien unberücksichtigt gelassen hat.“

Es gebe haufenweise Leerstellen in den Ermittlungen, so Schaus. So seien bei weitem nicht alle bekannten Drohbriefschreiber Teil der Anklage; gleiches gelte für Anrufe im Umfeld der Betroffenen, bei denen persönliche Daten erfragt wurden. Die Polizei habe es offenbar nicht für nötig gehalten, Betroffene von allen gegen sie gerichteten Drohbriefen zu informieren.

„Unsere Kritik ist seit Beginn der Ermittlungen, dass Zusammenhänge zwischen den Datenabfragen an Polizeicomputern, rechten Polizeikräften und Drohbriefschreibenden nicht ausermittelt wurden. Das ist auch nicht verwunderlich, wenn Kolleginnen und Kollegen gegeneinander ermitteln sollen.“

Daraus ergeben sich offene Stellen bei den Ermittlungen und in der Anklage. Die Betroffenen müssen derweil mit zum Teil erheblichen Folgen hinsichtlich ihrer psychischen Gesundheit, Alltagsgestaltung und insbesondere dem Sicherheitsempfinden gegenüber den Polizeibehörden umgehen. In ihrem Sinne muss der Prozess eine vollumfängliche Aufklärung leisten.“

Hinweis: Sowohl Martina Renner als auch Janine Wissler gaben an, weitere Drohbriefschreiber mit Indizien in Richtung „NSU 2.0“ erhalten zu haben, die nicht in der Anklage aufgeführt werden.

Aus den Zeugenaussagen von Anja Reschke und Hengameh Yaghoobifarab ergab sich, dass auch Anrufe im sozialen Umfeld getätigt wurden, um persönliche Daten der Betroffenen zu erlangen. Die-

se erfolgten mit zeitlichem und inhaltlichem Zusammenhang zu Drohbriefschreiben an die jeweilige Person. Im Fall Reschke fanden die ersten Anrufe bereits 2015 statt; die Tonaufnahme eines Anrufs bei der Polizei wurde im Rahmen der Ermittlungen aber scheinbar nicht ausgewertet. Linksfraktion-Hessen.de, 17.3.22

Aktionsplan gegen Rechtsextremismus, kommentiert von Timo Reinfrank, Amadeu-Antonio-Stiftung:

„Der angekündigte Aktionsplan ist ein wichtiges Signal, dass der Rechtsstaat seine Mittel gegen rechtsextreme Gewalttäter endlich konsequenter als früher ausschöpfen will. Wir konnten in der Vergangenheit beobachten, dass die rechtsextreme Szene auf verstärkte Repression mit Rückzug reagiert. Fehlende Repressionsmaßnahmen versteht die rechte Szene als Ermutigung. Noch besteht der Aktionsplan aber aus Ankündigungen, eine wirkliche Repression muss sich an vollstreckten Haftbefehlen, verbotenen Organisationen und eingezogenem illegal erworbenen Vermögen messen. Diese konkreten Maßnahmen bleibt uns das Innenministerium bislang schuldig. Wir begrüßen insbesondere das Vorhaben, die rechte Szene finanziell trocken zu legen. Auch die Überschneidung zwischen der rechtsextremen Szene und der organisierten Kriminalität etwa im ‚Rocker-Milieu‘, im Drogen- und Waffenhandel werden bislang vollkommen vernachlässigt. Wir müssen aber auch der Realität ins Auge blicken: Rechtsextreme bewegen sich oft in der Illegalität und finden Wege, sich trotzdem zu bewaffnen und konspirativ Gewalttaten zu planen, besonders der harte gewaltbereite Kern.“

Ein wirkliches Umdenken in den Sicherheitsbehörden wird nur gelingen, wenn der Bund verstärkt auf die Länder Druck ausübt und auch diese stärker gegen die rechtsextreme Szene vorgehen. Solange es nicht genügend Polizisten gibt, die im ländlichen Raum auf der Seite der Engagierten und Minderheiten stehen und sie vor Übergriffen schützen, bleibt die wehrhafte Demokratie zahnlos. Das effektivste Mittel gegen Rechtsterrorismus ist es, wenn Menschen sich gar nicht erst so weit radikalisieren. Repression und Prävention müssen Hand in Hand gehen und dürfen nicht in kleinteiligen Maßnahmen auseinanderfallen, wie es bisher viel zu oft geschehen ist. Hier kommt es darauf an, dass die im Koalitionsvertrag vereinbarten Strategien und Maßnahmen durch alle Häuser der Bundesregierung umgesetzt werden.“

Linksfraktion im hessischen Landtag legt Entwurf für ein Antidiskriminierungsgesetz vor. Es solle dazu beitragen, Ungleichbehandlungen auf Grund von Merkmalen wie Geschlecht, ethnische Herkunft oder sozialer Status abzubauen, sagte die integrationspolitische Sprecherin, Saadet Sönmez. Während das bestehende Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz nur den zivil- und arbeitsrechtlichen Bereich abdecke, ziele das Antidiskriminierungsgesetz auf öffentlich-rechtliches Handeln, erklärte Sönmez. Damit werde ein Instrument geschaffen, um die von staatlichen Stellen ausgehenden Diskriminierungen zu ahnden. Der Gesetzentwurf sieht unter anderem Schadensersatz- und Entschädigungsansprüche sowie die Einrichtung einer Ombudsstelle vor.

<https://www.linksfraktion-hessen.de/fileadmin/lf-Antidiskriminierungsgesetz.pdf>



Nein zu Geschichtsrevisionismus und Holocaust-Relativierung im Ukraine-Krieg! ...

Russland bezeichnete die militärischen Angriffe der ukrainischen Armee gegen die Volksrepubliken im Donbass in der Zeit von 2014 bis 2021, bei denen über 14 000 Menschen getötet wurden als „Genozid“ an der russischsprachigen Bevölkerung. ... vollkommen zurecht (haben sich) die Internationalen Lagergemeinschaften und die FIR dagegen verwahrt, dies als Legitimation für einen Krieg zu nehmen, und den unangemessenen Gebrauch des Begriffs „Genozid“ zurückgewiesen.

Gleichermaßen müssen wir heute die medialen Formen der Holocaust-Relativierung, wie sie seitens der ukrainischen Regierung vorgenommen wird, zurückweisen. Nicht nur der ukrainische Botschafter in der BRD, Andrij Melnyk, der sich als Verteidiger des Azow-Bataillons betätigt, sprach in Analogie zum faschistischen Überfall auf die Sowjetunion 1941 von einem „Vernichtungskrieg“, der sich diesmal nicht nur gegen die Ukraine, sondern gegen die ganze freie Welt richte.

Die FIR erinnert in diesem Zusammenhang auch noch einmal daran, dass vor 23 Jahren zur propagandistischen Legitimierung des Nato-Krieges gegen Jugoslawien ebenfalls die Holocaust-Relativierung genutzt wurde ... Deutsche Überlebende der Shoah und des nazistischen Massenverbrechens bezeichneten dies damals als „Neue Auschwitz-Lüge“. Solche Instrumentalisierung von Faschismus-Vergleichen für militärisches Handeln ist aus unserer Sicht nicht akzeptierbarer staatlicher Geschichtsrevisionismus.

Newsletter der FIR, 25.3.22

Gedenken an 1.616 KZ-Häftlinge in den Frankfurter Adlerwerken

ULLA DIEKMANN, FRANKFURT, LAGG E.V.

Am 22.8.1944 wurde im Frankfurter Stadtteil Gallus, auf dem Gelände der Adlerwerke ein Konzentrationslager mit dem Decknamen Katzbach in Betrieb genommen. Die Adlerwerke waren im Nationalsozialismus ein Rüstungsbetrieb. Sie wurden von der SS mit KZ-Häftlingen für die Produktion versorgt. 1.616 Zwangsarbeiter erlitten hier eine



unbeschreibliche Hölle. Nur wenige von ihnen überlebten. Sie sind verhungert, erfroren, an nicht behandelten Krankheiten gestorben, sie wurden erhängt, erschlagen oder erschossen oder wurden während der Todesmärsche umgebracht. Die meisten Häftlinge wurden bei der Niederschlagung des Warschauer Aufstand von 1944 festgenommen und in das KZ Katzbach verschleppt.

Am 24. März 1945 trieb die SS 350 Häftlinge quer durch Frankfurt über Hanau, Schlüchtern und Fulda bis nach Hünfeld, von wo sie in Güterwaggons gepfercht ins KZ Buchenwald transportiert wurden. Diesen 120 Kilometer langen



Todesmarsch überlebten vermutlich nur 280 von ihnen. Von Buchenwald schickte sie die SS ins KZ Dachau, wo wohl nur 40 Gefangene lebend ankamen.

Der Verein LAGG (Leben und Arbeiten in Gallus und Griesheim) ist aus einem Selbsthilfverein von Betriebsräten und

Beschäftigten der ehemaligen Adlerwerke entstanden. Seit seiner Gründung 1992 hat er sich u.a. zum Ziel gesetzt, das Konzentrationslager in den Adlerwerken nach Jahrzehntelanger Leugnung und Verharmlosung zu einem festen Bestandteil der Erinnerungskultur Frankfurts zu machen. Einen Teilerfolg hatte der Verein mit der Forderung nach Entschädigung der damals noch lebenden ehemaligen Häftlinge erzielt, ein weiterer Erfolg ist jetzt die Errichtung einer Gedenk- und Bildungsstätte in den ehemaligen Adlerwerken. Diese wurde am 25. März 2022 eröffnet und trägt den Namen „Geschichtsort Adlerwerke – Fabrik, Zwangsarbeit, Konzentrationslager“.

Durch eine von der Stadt finanzierte Recherche sind inzwischen alle Namen, Geburtsdaten, Geburtsorte, Berufe und Herkunftsänder der KZ-Häftlinge bekannt. Aus diesem Grund organisierte der LAGG am 19. März, dem Samstag vor dem 77. Jahrestag des Todesmarsches, eine Gedenkaktion für alle 1.616 KZ-Häftlinge. Es beteiligten sich über 1.616 Menschen aus Frankfurt und Umgebung mit jeweils einem selbstgemachten Schild für einen der Häftlinge. Sie bildeten eine mehr als 2,5 km

lange Reihe entlang des Mains. Dabei waren Jung und Alt; Menschen aus verschiedensten religiösen Gemeinden, mit den unterschiedlichsten familiären Wurzeln und den unterschiedlichsten Berufen. Viele Künstler*innen waren darunter: Theaterensembles, Musiker*innen und bildende Künstler*innen; viele Omas gegen Rechts, sogar aus Gießen; viele Motoradfans der Kuhlen Wampe, sogar aus Marburg; eine Nachbarschaftsplattform war gut vertreten; Schüler*innen; Student*innen; Politiker*innen fast aller Parteien aus der Stadt Frankfurt und vom Land Hessen. Große Unterstützung gab es von Gewerkschaften und Betriebsräte*innen und durch den gut vernetzten Stadtteil Gallus. Vertreten war auch das polnische Generalkonsulat

Verwendung der Fotos Nr. 1, 2 und 3 – **1616 Menschen gedenken der 1616 KZ-Gefangenen in den Adlerwerken in Frankfurt a.M.** © Fotoloft-MaciejRusinek sowie Nr. 4 – **Gedenken mit selbst gestalteten Tafeln am 19.3.22** © Fototeam Hessen – mit freundlicher Genehmigung.



durch den Konsul und die Vizekonsulin, die extra aus Köln angereist waren und die Kulturdezernentin Dr. Ina Hartwig.

Wladyslaw Jarocki, einer der Überlebenden, die mehrfach in Frankfurt waren, drückte die Bedeutung der Namen im Zusammenhang mit seiner Befreiung, so einfach aus. Er sagte: „Wir waren frei. Wir kehrten zu Namen und Vornamen zurück.“

Zygmunt Swistak überlebte das KZ Katzbach, das Sterbelager Vaihingen und wurde im KZ Dachau befreit. 1948 ist er nach Australien ausgewandert. Er ist einer der letzten zwei heute noch leben-



den Häftlinge aus Frankfurt. Mit heute 98 Jahren hat er uns eine Nachricht zukommen lassen: „Ich bin tief bewegt und sehr berührt von der Großartigkeit dieser Aktion. So viel öffentliches Interesse zu gewinnen ist enorm und ich danke Ihnen, dass Sie dies möglich gemacht haben. Es bedeutet mir sehr viel, dass alle Gefangenen anerkannt werden und dass an diesem Tag so nachdrücklich an sie erinnert wird. Ich bedauere, dass die vier anderen Überlebenden, die mit mir vor einigen Jahren in Frankfurt waren, inzwischen gestorben sind und dieses Ereignis nicht mehr erleben können. Ich danke allen Beteiligten dafür, dies möglich zu machen und freue mich auf Fotos von dieser Aktion. Das ist eine Erinnerung, die ich ins Grab mitnehmen werde.“

Warum rechtfertigt die extreme Rechte die russische Aggression?

OLAF ARGENS, SCHMITTEN, UND MICHAEL JURETZKE, BREMEN

Die Haltung der extremen Rechten zum Angriff russischer Truppen auf die Ukraine ist nicht einheitlich. Während der Bundesvorstand der AfD das Vorgehen Russlands verurteilt, erklärt das Querfront-Magazin COMPACT nicht Russland, sondern die Nato zum Aggressor. Verschiedene Autoren aus dem Umfeld der Zeitung Sezession des Instituts für Staatspolitik stellen selbst die staatliche Existenzberechtigung der Ukraine in Frage. Übereinstimmung besteht insoweit, als der Nato die Verantwortung für die Eskalation zugeschrieben wird, weil legitime Sicherheitsinteressen Russlands in seinen Einflusssphären verletzt worden seien. Forderungen nach Sicherheit in jenen Staaten, die jahrzehntelang einer begrenzten Souveränität im Einflussbereich der Breschnew-Doktrin ausgesetzt waren, werden als provokative Osterweiterung der Nato diffamiert. Die geopolitische Positionierung der deutschen Rechten und Rechtsradikalen weist Schnittmengen mit grundlegenden Aussagen des russischen Präsidenten auf: Dem völkischen Denken gelten universale individuelle Menschenrechte und liberale Gesellschaften als Angriff auf Tradition und nationale Identität, der zur Auslöschung des Volkes (Genozid) führt. Die Existenzberechtigung souveräner Staaten wird verneint, weil sie das natürliche Territorium eines konstruierten Volkes verletzen würde. USA und Nato gelten als Hauptfeinde, denen sich ein europäischer Block entgegenstellen muss. Eine Konfliktbewältigung in internationalen Institutionen wird abgelehnt. Es folgen Belege:

I. Die Nato sei der Aggressor – Russland verteidige seine Einflusssphäre

24. Februar 2022, Putins Fernsehansprache an das russische Volk: „Ich habe beschlossen, eine militärische Sonderoperation durchzuführen. Ihr Ziel ist es, die Menschen zu schützen, die das Kiewer Regime seit acht Jahren Misshandlungen und Völkermord aussetzt ... Das Problem besteht darin, dass auf den an uns angrenzenden Gebieten – ich betone, auf unseren eigenen historischen Gebieten – ein uns feindlich gesinttes „Anti-Russland“ geschaffen wird, das unter vollständige Kontrolle von außen gestellt wurde, von den Streitkräften der Nato-Länder intensiv besiedelt und mit den neuesten Waffen vollgepumpt wird... Man hat uns einfach keine andere Möglichkeit gelassen, Russland und unser Volk zu verteidigen, als die, zu der wir heute greifen müssen...“ (Quelle: <https://www.rnd.de/politik/putin-rede-im-wortlaut-so-erklaert-russlands-praesident-den-angriff-auf-die-ukraine-ECYT4LZW7MF7WNE3BCHTDV27CY.html>)

1| 14. Dezember 2021: AfD-EU-Abgeordneter M. Krah, Fraktion Identität und Demokratie: „Pläne einer Nato-Osterweiterung, wie sie nicht nur in Kiew artikuliert werden, sind seitens der Nato sofort zurückzuweisen, denn sie käme einer Kriegserklärung an Russland gleich. Der Kreml hätte keine andere Möglichkeit, als hierauf deutlich zu reagieren.“

2| 2. Februar, AfD: Tino Chrupalla: „Die Entsendung weiterer amerikanischer Truppenkontingente nach Polen und Rumänien verschärft die angespannte Lage in Osteuropa ... Die militärische und mediale Eskalation der

vergangenen Wochen führt direkt in einen bewaffneten Konflikt mit Russland.“

3| Leitartikel COMPACT 3/2022: „Die westliche Welt sehnt sich geradezu nach einem großen Schlachten ... Pu-

II. Russland sei der natürliche Verbündete im Kampf gegen den Hauptfeind „Liberalismus“

12. Dez. 2013, Putins Rede zur Lage der Nation (zit. ZEIT ONLINE 12.12.2013): „Russlands Präsident Wladimir Putin hat dem Westen vorgeworfen, mit seiner Abkehr von traditionellen Werten Stabilität und Frieden in der Gesellschaft zu gefährden. Russland habe eine „historische Verantwortung“, die jahrtausendealten Grundlagen menschlichen Zusammenlebens in der Welt zu verteidigen ... „In vielen Ländern werden heute die Normen von Moral und Sitt-



Quelle: screenshot compact-online.de

Dieser Aufkleber wurde Anfang März aus den Fanartikeln des COMPACT-Shop entfernt

tin hat die Eskalation jedenfalls nicht zu verantworten. Seine Forderung, die Nato solle die Neutralität der Ukraine respektieren und das Land nicht in den westlichen Militärblock ziehen, ist nur recht und billig.“

4| 21. Februar, AfD, Gauland und Bystron: „Die jetzige Situation ist eine Folge der entgegen allen Absprachen mit Moskau vorangetriebenen Osterweiterung der Nato nach dem Ende des Kalten Krieges. Dadurch hat der Westen die legitimen Sicherheitsinteressen Russlands verletzt.“

5| 22. Februar, COMPACT online: „Putins Militäraktion ist defensiv: Nach tagelangen Angriffen ukrainischer Kräfte auf die Donbass-Republiken dient der Schritt Moskaus dem Schutz der dortigen Bevölkerung ... Solange Putin seine Militäraktion auf den russischen Donbass beschränkt und sich nicht anschickt, die Ukraine insgesamt zu zerschlagen, verbietet sich eine Parallele“ (zu Hitlers Einmarsch 1939 in Polen, M.J.).

6| 26. Februar, COMPACT online: „Russland ist nicht der Aggressor: ... Der Angreifer ist, wie schon oft in der Geschichte beobachtet, nicht der Aggressor. Die Aggression geht von der Nato unter Führung der USA aus, die die Ukraine als Offensivplattform gegen Russland nutzen wollen und bereits eine ständige Militärpräsenz im Land unterhalten.“

lichkeit umgekrempelt, nationale Traditionen und die Unterschiede zwischen den Nationen und Kulturen verwaschen“, beklagte der russische Präsident.“

12. Juli 2021, Putin, offizielle Internetseite des russischen Präsidenten: „Über die historische Einheit der Russen und der Ukrainer“. „Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass die gegenwärtige Politik einer gewaltigen Assimilation, der Schaffung eines ethnisch sauberen ukrainischen Staates, die sich aggressiv gegen Russland richtet, in ihren Folgen vergleichbar ist mit dem Einsatz von Massenvernichtungswaffen gegen uns.“ (Quelle: Zeitschrift OSTEUROPA, 7/2021, S.62)

1| Dez. 2008: Hans-Dietrich Sander in der damaligen NPD-Theoriezeitschrift „Hier&Jetzt“: „Bleiben die Russen standhaft, dürfte die Nachkriegsordnung samt UNO, One World und Weltgemeinschaft als ein völkerrechtlich verlogenes Simulacrum [Traumbild, leerer Begriff; M.J.] nicht mehr zu halten sein.“

2| 2015: AfD, Wolfgang Gedeon: „Eine neue deutsche Identität muss zwar vor allem deutsch, sie muss aber auch europäisch sein. Sie braucht eine eu-

ropäische Dimension, sollte also nicht klein-deutsch, preußisch-deutsch, sondern groß-deutsch, europäisch-deutsch sein ... Nicht zuletzt geht es um äußere und innere (=geistige) Emanzipation von den USA, wofür ein starkes deutsch-russisches Bündnis unabdingbar ist ... Wir müssen also ganz bewusst die russische Karte gegen die USA spielen.“ (W. Gedeon „Grundlagen einer neuen Politik“, 2015 S.47/48. Ehemaliger AfD-Landtagsabgeordneter BaWü. 2020 aus der AfD ausgeschlossen.

3| März 2022: COMPACT Spezial Nr. 33 „Feindbild Russland: COMPACT zeigt: Putin ist dem Westen verhasst,

III. Die Ukraine sei ein „Geschöpf der Sowjetära“. Großrussen, Ukrainer und Belorussen seien ein Volk in einem „historischen Russland“.

2012, Putin: „Über die historische Einheit der Russen und der Ukrainer“: „Russen, Ukrainer und Belorussen entstammen alle der Alten Rus‘, die einst der größte Staat in Europa war ...



Quelle: screenshot compact-online.de

Es war die sowjetische Nationalitätenpolitik, die auf staatlicher Ebene die These von den drei getrennten slawischen Völkern – dem russischen, dem ukrainischen und dem belorussischen – festschrieb, statt der großen russischen Nation [russkaja nacija], eines dreieinigen Volkes, bestehend aus Großrussen, Kleinrussen und Belorussen ... Die heutige Ukraine ist also ganz und gar und durch und durch ein Geschöpf der Sowjetära. Wir wissen und erinnern uns, dass sie zu einem großen Teil auf Kosten des historischen Russlands geschaffen wurde ... Eines jedenfalls ist offensichtlich: Russland wurde faktisch ausgeraubt ... Die Ukraine und Russland haben sich seit Jahrzehnten, ja seit Jahrhunderten, als ein einheitliches Wirtschaftssystem entwickelt ... Schritt für Schritt zogen sie [USA und EU, M.J.] die Ukraine in ein gefährliches geopolitisches Spiel, dessen Ziel es ist, die Ukraine in einen Puffer zwischen Europa und Russland, in ein

weil er ein Gegenmodell darstellt. Er ist ein Patriot und kein Vaterlandshasser, lehnt Multi-Kulti und Gender ab, dragsalisiert die Wirtschaft nicht mit politisch-korrekteten Vorschriften und Klima-Abgaben.“

4| 26. Februar: Jürgen Elsässer **COMPACT online:** „Die erneute Spaltung der Welt in einen US-geführten und einen prorussischen Block, wenn auch unter entgegengesetzten ideologischen Vorzeichen als 1945 bis 1989, wäre eine gute Nachricht. Der zerstörerische Globalismus käme zum Stillstand – und zwischen den Blöcken gäbe es Luft für Neutralismus und Eigenständigkeit.“



Die Vergessenen vom „Russenfriedhof“-Streit um eine Bahnwerkstatt

JOHANN WITTE, BREMEN

Die Firma Alstom¹, die Schienenfahrzeuge herstellt, will in Bremen-Oslebshausen eine neue Bahnwerkstatt und Gleisanlagen errichten – auf einem Gelände, das im Zweiten Weltkrieg als Friedhof für überwiegend sowjetische und polnische Kriegsgefangene diente.

Als Zwangsarbeiter waren sie in fünf größeren umliegenden Lagern untergebracht. Eingestuft als „Untermenschen“, wurden sie nicht nach den Maßstäben der Genfer Konvention behandelt, sondern waren der Vernichtung durch Zwangsarbeit, dem Verhuntern und der Ermordung in den Lagern ausgeliefert.

Bestattet wurden die Opfer auf diesem Gelände, dem sogenannten „Russenfriedhof“. 1946 wurde hier auf Anordnung der UN eine Untersuchung durchgeführt, die 217 Erkennungsmarkennummern aufführte. 2021 wurden die Unterlagen in den Arolsen Archives² wiederaufgefunden. Zur Anzahl der Bestatteten gibt es sehr unterschiedliche Angaben. Nach 1946 wurde das Gelände mit Sand aufgefüllt. Exhumierungen wurden gleichzeitig durchgeführt und die gefundenen Toten auf den Bremer Zentralfriedhof für Opfer des Zweiten Weltkriegs umgebettet.

Nach der Aufnahme der Planung für die Bahnwerkstatt machten Friedensforum und Bürgerinitiative Oslebshausen die Stadt Bremen auf den Friedhof aufmerksam. Die Stadt hatte die Existenz zunächst „vergessen“. Erinnerung war nur ein orthodoxes Kreuz in einiger Entfernung vom Gewerbegelände, auf dem der Friedhof liegt. Als ca. 400 sowjetische Opfer, die dort bestattet und z.T. später exhumiert wurden, mit Hilfe des russischen Online-archivs Memorial namentlich identifiziert werden konnten, war endgültig klar, dass unvollständig exhumiert wurde, so dass noch bis jetzt eine unklare Anzahl von Opfern in der Erde liegen.

Der Senat hielt aber an der Planung für die Bahnwerkstatt fest. 2021 begann die Landesarchäologie mit Ausgrabungsarbeiten auf dem Kerngebiet des „Russen-

friedhofs“. Sie förderten zu Beginn nur menschliche Überreste und Erkennungsmarken zu Tage, zu Beginn dieses Jahres wurden auch neun vollständige Skelette gefunden. Bis dahin war Bürgermeister Bovenschulte auch in Absprache mit den konsularischen Vertretungen Russlands und der Ukraine immer der Ansicht gewesen, die gefundenen Knochen u.a. auf den zentralen Friedhof umzubetten. Letztlich sollten die Ergebnisse der Ausgrabungen aber abgewartet werden. Auch der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge stimmte Anfang Februar dieser Position zu.

Friedensforum und Bürgerinitiative betrachteten das Vorgehen des Bürgermeisters als einen Affront gegenüber den Opfern und protestierten gegen die Planungen der Stadt. Zur völkerrechtlichen Einordnung legten sie zwei Rechtsgutachten vor. Übereinstimmend kamen die Gutachten zu dem Ergebnis, dass die geplante Bahnwerkstatt vom humanitären Völkerrecht her zumindest in Zweifel zu ziehen ist:

„Das humanitäre Völkerrecht verpflichtet die Kriegspartei, auf dessen Boden sich die Kriegsgräberstätte befindet, dazu, die Stätte zu pflegen und zu erhalten... Exhumierung und Umbettung darf nur in bestimmten rechtlich anerkannten Umständen unternommen werden... Die Einrichtung einer Bahnwerkstatt auf dem Areal einer Kriegsgräberstätte, ... ist also nicht mit dem humanitären Völkerrecht vereinbar, wenn deren sterbliche Überreste nie exhumiert und umgebettet worden sind... Um (ihrer) Pflicht nachzukommen, muss diese Kriegspartei, sobald es die Umstände erlauben, mit dem Heimatstaat der Verstorbenen Abkommen schließen, die den dauernden Erhalt der Kriegsgräberstätte ermöglichen...“³

Angesichts der letzten Funde forderten Bürgerinitiative, Friedensforum und die Partei Die Linke im Januar die Einsetzung einer Expertenkommission aus Völkerrechtler, Historikern und Ethikern, die der Bürgerschaft eine verbindliche Empfehlung zum Umgang mit den Kriegsgräbern geben könnte.

Inzwischen sind die Grabungsarbeiten zum Teil augenscheinlich abgeschlossen. Stellungnahmen von Archäologie und Stadt hat es seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine nicht mehr gegeben.

1 Alstom ist seit 1998 Nachfolgeunternehmen des Waggonbauers Linke-Hofmann-Busch, der bis 1945 in großem Umfang Güterwaggons für die Reichsbahn baute | 2 Arolsen Archives ist ein „International Center on Nazi Persecution“ in Bad Arolsen | 3 Gutachten des Kalshoven-Gieskes Forum on International Humanitarian Law; Leiden University Netherlands vom 29.6.2021: zit. nach S. Hundt in: <https://www.nachdenken-in-bremen.de/russenfriedhof.htm>. – Div. Ausgaben der Bremer Tageszeitungen seit Mitte 2021; Artikel der taz, des Spiegel, nd, Lok-Report vom 18.1.2022; Veröffentlichungen von Friedensforum und Bürgerinitiative Oslebshausen, Mitteilungen der Senatspressestelle.

Zur Geschichte der Orthodoxen Kirche

Weltweit gibt es ca. 263 Millionen orthodoxe („rechtläufige“) Christen, wie sie auch im Sprachgebrauch des Ökumenischen Weltrates der Kirchen genannt werden. Sie selbst lassen sich bis heute meist geografisch und ethnisch näher bestimmen. Entstanden sind sie in der frühen Christenheit im Bereich der Wirkungstätigkeit Jesu und seiner ersten Nachfolger, bald auch in Konkurrenz zu dem katholisch-päpstlichen Rom. Ihre kirchliche Organisation ist davon bestimmt, welche der zwei, drei, bzw. sieben christlichen Ökumenischen Konzilien in Nizäa, Konstantinopel, Ephesus und Chalzedon zwischen 321 und 787 sie grundlegend anerkennen. Ihr Glaubensleben wird vorrangig von ihrer liturgischen, spirituellen und ikonografischen Ausprägung bestimmt – was über das Kirchenjahr hinweg gesungen und gefeiert wird, und welche Heiligenbilder, wo in den Kirchenräumen platziert sind. Waren sie anfangs vor allem sprachlich griechisch geprägt und auf ihr zentrales Patriarchat in Konstantinopel bezogen, verbreiteten

sie sich gegen Ende des 1. Jahrtausends in den slawisch bestimmten Raum. Das am Dnjepr in der Ukraine mit der Zentrale in Kiew entstandene Händlervolk der Rus wurde ab der Jahrtausendwende durch seine neuen Machthaber in Moskau und die Übernahme des Christentums zu dem mächtigen zaristischen Russland. Mit diesem bildete ein eigenständiges orthodoxes Patriarchat fortan eine Einheit. Heute gehört ihm mit 114 Millionen Gläubigen fast die Hälfte aller orthodoxen Christen der Welt an, und sie machen gut Zweidrittel der Bevölkerung Russlands aus. Es ist ohne Zweifel eine wichtige Frage, in welcher Weise sich diese orthodoxe Kirche unter der Leitung „Seiner Heiligkeit Patriarch Kyrill von Moskau und ganz Russland“ zu der Politik des Landes und seines Präsidenten Putin sowie konkret zu dem kriegerischen Überfall Russlands auf die Ukraine verhält. Dies soll hier dargestellt werden und ebenso soll die dazu konträre Stellungnahme der übrigen orthodoxen Kirchen aus aller Welt zu Worte kommen.

Ruskij Mir – Patriarch Kyrils „Lehre von der russischen Welt“

EDDA UND KARL-HELMUT LECHNER, NORDERSTEDT

Das Moskauer Orthodoxe Patriarchat unter der Führung des Patriarchen Kyrill vertritt eindeutig eine Weltsicht, in der der Kreml der wichtigste Hüter des Christentums und die Ukraine kein unabhängiger Staat, sondern nur Teil der „russischen Welt“ ist. Bereits am 11. November 2014 wurde nach dem ersten Einfall Russlands in die Ukraine auf einer Sitzung des XVIII. „Weltweiten Russischen Volkskonzils“ (Всепроросийский национальный совет) zu dem Thema „Einheit der Geschichte, Einheit des Vol-

kes, Einheit Russlands“ eine Definition geliefert, die festlegen sollte, was zur „Russischen Welt“ gehöre. Es ist „die Erklärung der russischen Identität“ (<http://www.patriarchia.ru/db/print/508347.html>). Darin heißt es unter anderem:

„... Die Zugehörigkeit zur russischen Nation wird also durch eine komplexe Reihe von Verbindungen bestimmt: genetische und eheliche, sprachliche und kulturelle, religiöse und historische ... Gleichzeitig bedeutet nationale Identität unweigerlich Solidarität mit dem Schicksal des eigenen Volkes. Jeder Russe fühlt eine tiefe emotionale Verbindung zu den großen Ereignissen seiner Geschichte: die Taufe Russlands, die Schlacht von Kulikovo (gegen Tataren/Mongolen), der Sieg über Napoleon und Hitler. Wir betonen, dass der Stolz auf den Sieg von 1945 einer der wichtigsten integrierenden Faktoren der modernen russischen Nation ist.“

Auf der Grundlage der programmatischen Thesen dieses Dokuments wurde folgende Definition der russischen Identität festgelegt:

„Ein Russe ist eine Person, die sich selbst als Russe betrachtet; die keine anderen ethnischen Präferenzen hat; die Russisch spricht und denkt; die das orthodoxe Christentum als Grundlage der nationalen geistigen Kultur anerkennt; die sich mit dem Schicksal des russischen Volkes verbunden fühlt.“

Der orthodoxen Sichtweise zufolge um-



Eröffnung des Gedenkomplexes „Fürst Alexander Newski und sein Hof“: Präsident Putin mit Metropolit Tichon von Pskow und Porkov und Patriarch Kyrill von Moskau und ganz Russland
Bildquelle: Wiki Common, www.kremlin.ru

fasst die Konzeption der „Russischen Welt“ den gemeinsamen zivilisatorischen Raum auf dem Territorium der „historischen Rus“ und stützt sich dabei auf drei Säulen: Die Orthodoxie, die russische Kultur mit ihrer Sprache und ein gemeinsames historisches Gedächtnis. Die Ukraine und die ukrainische Kirche sind nach diesem Verständnis als ein Bündnis des neuen Russlands mit der alten „Heiligen Rus“ nicht wegzudenken. Mit dieser Idee der „Russischen Welt“ le-

gitimierte auch Russlands Präsident Putin seine politische Übergriffigkeit jenseits der eigenen Grenzen.

Nach der strengen Trennung von Kirche und Staat in der Zeit des Sozialismus in der Sowjetunion von 1920 bis in die 1990er Jahren entwickelte sich in der nachsowjetischen Periode in Windeseile wieder die sogenannte „Symphonie“ zwischen Russisch-Orthodoxer Kirche und russischem Staat. Mehr und mehr setzten beide sich in ihrer Tradition mit einer „russi-

scher Identität“ gleich. Putin selbst stellt daher westliche Wertvorstellungen wie Liberalismus und Demokratie dem orthodoxen Traditionalismus entgegen. Im Jahre 2008 stellte dementsprechend die Russisch-Orthodoxe Kirche einen ausdrücklichen Gegensatz zwischen universellen Menschenrechten und christlicher Moral fest. Toleranz wie beispielsweise gegenüber „Abtreibung, Unzucht und Zerstörung der Familie“ gefährde die „Moral der russischen Gesellschaft“.

In der Orthodoxen Weltkirche stößt diese politische Theologie, die Christentum mit einer ethnisch-nationalen Verbundenheit und strikt konservativer, betont anti-westlicher Moral verbindet, auf immer heftigeren Widerspruch. Jetzt äußerten sich weit über tausend orthodoxe Gelehrte und Theologen in einer eigenen Stellungnahme gegen die oben dargelegte Lehre von der „Russischen Welt“ und ihre Auswirkung auf den von Russland in der Ukraine begonnenen Krieg. (ДЕКЛАРАЦИЯ ОБ УЧЕНИИ О «РУССКОМ МИРЕ») Wir dokumentieren sie hier in verknappenden Auszügen.

Gegen-Erklärung zur „Lehre von der Russischen Welt“

„Die russische Invasion in die Ukraine am 24. Februar 2022 ist eine historische Bedrohung für ein Volk mit orthodoxer christlicher Tradition. Noch beunruhigender für die orthodoxen Gläubigen ist, dass die leitende Hierarchie der Russischen Orthodoxen Kirche sich geweigert hat, diese Invasion als das zu bezeichnen, was sie ist, und stattdessen vage Erklärungen über die Notwendigkeit des Friedens angesichts der „Ereignisse“ und „Feindseligkeiten“ in der Ukraine abgegeben hat, während sie die brüderliche Natur des ukrainischen und des russischen Volkes als Teil der „Heiligen Rus“ betonte, die Feindseligkeiten dem bösen „Westen“ anlastete und sogar ihre Gemeinden anwies, in einer Weise zu beten, die die Feindseligkeit noch zusätzlich fördert.

Die Unterstützung des Krieges von Präsident Wladimir Putin gegen die Ukraine durch viele Mitglieder der Hierarchie des Moskauer Patriarchats hat ihre Wurzeln in einer Form von orthodoxem ethnophyletischem religiösem Fundamentalismus mit totalitärem Charakter, genannt Russkij Mir (Russische Welt), eine falsche Lehre, die viele in der orthodoxen Kirche anzieht, obgleich sie von der extremen Rechten und auch von katholischen und protestantischen Fundamentalisten aufgegriffen und verbreitet wurde.

In den Reden von Präsident Wladimir Putin und dem Patriarch Kyrill von Moskau wurde die Russische-Welt-Ideologie in den letzten 20 Jahren wiederholt beschworen und weiterentwickelt. Im Jahr 2014, als Russland die Krim annektierte und einen Stellvertreterkrieg im ukrainischen Donbas begann, bis hin zum Beginn des ausgewachsenen Krieges gegen die Ukraine und danach, haben Putin und Patriarch Kyrill die Russische-Welt-Ideologie als Hauptbegründung für die Invasion verwendet. Sie umfasst vom

Anspruch her Russland, die Ukraine und Weißrussland (und manchmal Moldawien und Kasachstan) sowie ethnische Russen und russischsprachige Menschen in der ganzen Welt. Diese Lehre geht davon aus, dass diese „russische Welt“ ein gemeinsames politisches Zentrum (Moskau), ein gemeinsames geistiges Zentrum (Kiew als „Mutter aller Rus“), eine gemeinsame Sprache (Russisch), eine gemeinsame Kirche (die russisch-orthodoxe Kirche, das Moskauer Patriarchat) und einen gemeinsamen Patriarchen (den Patriarchen von Moskau) hat, der – dem Konzept der „symphonia“ entsprechend – mit einem gemeinsamen Präsidenten/Nationalen Führer (Putin) zusammenarbeitet, um diese russische Welt zu regieren und eine gemeinsame, unverwechselbare Spiritualität, Moral und Kultur aufrecht zu erhalten. Gegen diese „Russische Welt“ (so die Lehre) steht der korrupte Westen, angeführt von den Vereinigten Staaten und den westeuropäischen Nationen, der vor dem „Liberalismus“, der „Globalisierung“, der „Christenfeindlichkeit“, den in Schwulenparaden propagierten „Rechten von Homosexuellen“ und dem „militant Säkularismus“ kapitulierte hat.

Seit der Inthronisierung von Patriarch Kyrill im Jahr 2009 haben sich die führenden Persönlichkeiten des Moskauer Patriarchats sowie Sprecher des russischen Staates immer wieder auf diese Grundsätze berufen, um die theologischen Grundlagen der orthodoxen Einheit zu untergraben. Dieses Prinzip der ethnischen Organisation von Kirche wurde auf dem Konzil von Konstantinopel im Jahr 1872 verurteilt. Wenn wir solche falschen nationalreligiösen Prinzipien für gültig erachten, dann hört die orthodoxe Kirche auf, die Kirche des Evangeliums Jesu Christi, der Apostel, des Nizäno-Konstantinopolitanischen

Glaubensbekenntnisses, der Ökumenischen Konzilien und der Kirchenväter zu sein.

WIR VERWERFEN auch all jene, die den Cäsaropapismus unterstützen und ihren letztendlichen Gehorsam gegenüber dem gekreuzigten und auferstandenen Herrn durch den Gehorsam gegenüber jedem Führer ersetzen, der mit unbegrenzten Herrschaftsbefugnissen ausgestattet ist und behauptet, selber Gottes Gesalbter zu sein, ob er nun den Titel „Cäsar“, „Kaiser“, „Zar“ oder „Präsident“ trägt ...

WIR BEKRÄFTIGEN, dass die Aufteilung der Menschheit in Gruppen auf der Grundlage von Rasse, Religion, Sprache, ethnischer Zugehörigkeit oder irgendeinem anderen sekundären Merkmal der menschlichen Existenz ein Kennzeichen dieser unvollkommenen und sündigen Welt ist. ... Die Behauptung der Überlegenheit einer Gruppe gegenüber anderen ist ein charakteristisches Übel solcher Unterscheidungen, die im völligen Gegensatz zum Evangelium stehen. ...

WIR VERURTEILEN daher jede Lehre als nicht-orthodox und lehnen sie ab, die einer einzelnen lokalen, nationalen oder ethnischen Identität göttliche Einsetzung oder Autorität, besondere Heiligkeit oder Reinheit zuschreibt oder eine bestimmte Kultur als besonders oder göttlich gewollt charakterisiert, sei sie griechisch, rumänisch, russisch, ukrainisch oder eine andere. ...

WIR BEKRÄFTIGEN – dem Gebot unseres Herrn folgend –, dass, ... „die Gnade Gottes nicht in dem Menschen ist, der seine Feinde nicht liebt“, und dass wir keinen Frieden erfahren können, solange wir unsere Feinde nicht lieben. So ist das Führen von Kriegen der ultimative Verstoß gegen das Gesetz der Liebe Christi.

13. März 2022 – Sonntag der Orthodoxie
<https://publicorthodoxy.org/ru/2022/03/13/10845/>

Die extreme Rechte in Frankreich und Putin

MATTHIAS PAYKOWSKI, KARLSRUHE

Zur Präsidentschaftswahl 2017 hatte sich Marine Le Pen der Unterstützung Putins versichert, politisch, finanziell und logistisch. Nach der Wahl Trumps in den USA sollte ihr dies beim Einzug in den Elysee-Palast helfen und damit die „Siegesserie“ der Rechten fortsetzen – mit Russland und Putin als strategischem Verbündeten und der staatlichen Ordnung Russlands als Gesellschaftsmodell.

Le Pen kritisierte bei ihrem Besuch im Kreml die nach der Annexion der Krim gegen Russland verhängten Maßnahmen: „Wir glauben nicht an eine Diplomatie der Drohungen, Sanktionen oder eine Diplomatie der Erpressung, die die Europäische Union leider immer mehr gegen die Russische Föderation und ihre eigenen Mitglieder anwendet“. Ihr Standpunkt zur Ukraine stimme mit der Sicht Putins überein und sie forderte die Aufhebung der Sanktionen. In einem Interview mit der russischen Tageszeitung *Iswestija* verlautete Le Pen, dass „die Krim nie ukrainisch war“, im Dezember 2021 behauptete sie über die Ukraine: „Dieses Land gehört zur russischen Einflusssphäre.“

Ende Januar 2022 beim Treffen der rechtsextremen europäischen Parteien lehnte sie den Abschnitt über die „gefährliche Situation an der ukrainisch-russischen Grenze“ in einer gemeinsamen Erklärung ab: „Die militärischen Aktionen Russlands an der Ostgrenze Europas haben uns an den Rand eines Krieges gebracht“. Orban aus Ungarn und Morawiecki aus Polen hatten dafür geworben. Sie wolle sich nicht in die Verhandlungsbemühungen zwischen Staatspräsident Macron und Putin einmischen, denn es dürfe „nichts getan werden, was die Position Frankreichs schwächen könnte“.

Eric Zemmour, Konkurrent Le Pens bei den Präsidentschaftswahlen, hatte 2018 Putin als „letzten Widerstandskämpfer gegen den politisch korrekten Orkan, der von Amerika ausgehend alle traditionellen Strukturen zerstört, Familie, Religion, Vaterland“, bezeichnet, bewundert ihn für seine Fähigkeit, „das Gewand eines neuen Zaren anzulegen“, seine Ablehnung des „Multikulturalismus“, sein Bündnis „mit der orthodoxen Kirche“ und die Weigerung, „sich von feministischen oder schwulen Lobbys einschüchtern zu lassen“. Zemmour beschreibt Putins Politik in etwa so: „Er

nimmt ein Land, das ein Imperium war und eine Großmacht hätte sein können und versucht, es wieder aufzurichten. Ich würde von einem französischen Putin träumen, aber den gibt es nicht.“

Für Zemmour existiert die Ukraine nicht, Kiew sei „die Wiege der russischen Zivilisation.“ Putins aggressive Politik gegen die Ukraine spielte er herunter: „Das Problem der Ukraine ist keine Invasion, daran glaube ich nicht. Russland, da gehe ich jede Wette ein, wird nicht in die Ukraine einmarschieren.“ „Ich denke, es gibt viel Propaganda, viel Agitation der amerikanischen Dienste, um diese Geschichte zu hysterisieren“.

Der russische Angriffskrieg hat Le Pen und Zemmour eingeholt, und sie haben sich von Putin abgesetzt. Luc Rouban wird dazu in *Le Monde* am 11.3. zitiert: „Das Abenteuer der souveränen Radikalität verlässt die mythische Konstruktion und enthüllt seine potenziellen und alptraumhaften Auswirkungen. Diese Kandidaten tragen ein nationales Narrativ gegen den europäischen Aufbau, die Globalisierung und den Fortschritt der Geschichte vor. Putin war der Herold dieser Gegengeschichte. Aber das Epos ist in die Realität gekippt: Das ist Nationalismus in der Tat, nicht im Traum.“ Quellen: *Le Monde*, div. Ausgaben.

Der Outsider von der Weltbank

Die Präsidentenwahl in Costa Rica gewann der Rechtspopulist Rodrigo Chaves

VON GASTON KIRSCH

43 Prozent der Wahlberechtigten gingen am Sonntag, 3. April nicht zur Stichwahl für das Präsidentenamt in Costa Rica. Ein neuer Rekord, seit

Seit 20 Jahren nimmt die bis dahin konstant hohe Wahlbeteiligung ab. „Die Wahlmaschine produziert zwar weiterhin Resultate und international gelten wir als vollwertige und konsolidierte Demokratie“, so Andrés León Araya in seiner Analyse „Costa Ricas Wende nach rechts“: „Aber gemessen an den gescheiterten Versprechen, faire Repräsentation zu garantieren und eine gleichberechtigtere Gesellschaft hervorzubringen, ist sie tot“, so der Professor der Politikwissenschaft und Anthropologie an der staatlichen Universität in San José. Auf dem Uni-Campus inmitten der Hauptstadt mit seinen schattenspendenden Bäumen ist Kritik am Abbau des Sozialstaates und der staatlichen Ausgaben für Bildung und Gesundheit weit verbreitet – im Wahlkampf spielte sie landesweit aber nur eine geringe Rolle.

der Neugründung der Republik 1949 – 3 Prozent mehr als in der ersten Runde am 6. Februar. Von den 5,2 Millionen Ticas und Ticos waren 3,5 Millionen wahlberechtigt, von denen 2 Millionen wählten.

Zusammen mit der ersten Runde der Präsidentenwahl wurde am 6. Februar auch die Abgeordnetenversammlung gewählt: Nur sechs von 57 Gewählten gehören einer Partei an, welche die Politik der Privatisierung und Bevorzugung des privaten Kapitals ablehnen und bei Protesten gegen Sozialabbau neben der außerparlamentarischen Linken sichtbar vertreten ist: Der demokratisch-sozialistische „Frente Amplio“, Breite Front, der auf 8,30 Prozent der abgegebenen Stimmen kam. Dies ist zwar eine Steigerung zur vorherigen Wahl 2018 – aber damals kam der „Partido Acción Ciudadana“, PAC, Bürgeraktionspartei, noch auf 16,26 Prozent. Der PAC war im Jahr 2000 als Linksabspaltung vom jahrzehntelang dominanten „Partido Liberación Nacional“, PLN, Partei der Nationalen Befreiung gegründet worden, nachdem



Abb.: Eric Gaba (user Sting) for Wikimedia Commons using GEBCO_2021 Grid data

der PLN sich immer mehr von seiner linkssozialdemokratischen Ausrichtung verabschiedet hatte. Der PAC stellte 2014 die zweitgrößte Parlamentsfraktion und gewann 2014 und 2018 die Präsidentschaftswahlen mit einem linksliberalen Programm gegen mehr Freihandel und für einen Ausbau der staatlichen Daseinsfürsorge. Die Ernüchterung in der Wählerschaft war groß, als die Regierungen der PAC sich für eine ihren Wahlversprechen entgegengesetzte Politik der Deregulierung und des Abbaus von Arbeitsrechten entschied. Zwar setzte der PAC einige gesellschaftspolitisch fortschrittliche Reformen wie das Recht auf gleichgeschlechtliche Ehe durch, gegen Widerstände insbesondere evangelikaler Kirchen im religiös geprägten Costa Rica, aber vor allem steht der PAC für ein 2021 mit dem Internationalen Währungsfonds abgeschlossenen Kredit über 1,8

Milliarden US-Dollar, der an die Auflage gebunden ist, die Ausgaben des Staates zu reduzieren – ein weiterer Sozialabbau. Der PAC verlor so in zwei Legislaturperioden vollständig an Glaubwürdigkeit, eine soziale Alternative zur Politik der Deregulierung scheint komplett gescheitert. Der Präsidentschaftskandidat des PAC kam in der ersten Runde der Wahlen nur auf 0,6 Prozent, der PAC konnte mit nur 2,16 Prozent der Wählerstimmen kein Abgeordnetenmandat erringen – gegenüber 23,5 Prozent bei den Abgeordnetenwahlen 2014. Bis auf den „Frente Amplio“ verorten sich das erste Mal in einer Legislaturperiode alle anderen Parlamentsfraktionen wirtschaftsliberal und kapitalfreundlich.

Auch die Präsidentenstichwahl wurde zwischen zwei Kandidaten entschieden, die beide für Kapitalförderung, Privatisierungen und einen weiteren Abbau staatlicher Einrichtungen stehen.

„Die beiden Präsidentschaftskandidaten gehören zu politischen Sektoren, welche für die aktuelle Krise verantwortlich sind“, schrieb die feministische Organisation „Mujeres en Acción“ in einer Erklärung: „Die Wahlen 2022 finden im Kontext von Arbeitslosigkeit, Hoffnungslosigkeit und gestiegener sozialer Ungleichheit statt.“

Die Lasten der schwersten Haushalts- und Schuldenkrise seit den 80er-Jahren tragen die lohnabhängig Beschäftigten und die im informellen Sektor Arbeitenden. Bereits vor der Coronapandemie stagnierte die Wirtschaftsleistung und die hohen Staatsschulden stiegen. 2019 betrug das Haushaltsdefizit 5,7 Prozent und die Staatsverschuldung 77 Prozent des BIP. Durch die Corona-Krise ist die Wirtschaftsleistung des Landes 2020 um 5,6 Prozent geschrumpft. Die Arbeitslosenquote von 14,4 Prozent ist die höchste seit einem Jahrzehnt. Unter erwerbstätigen Frauen liegt sie bei 19,8 Prozent, bei Männern dagegen bei 12,2 Prozent. Etwa 44 Prozent der Bevölkerung leben in Subsistenz, von Schwarzarbeit oder anderen prekären Beschäftigungsverhältnissen. Die Armutssquote ist auf 26 Prozent gestiegen – gegenüber 21 Prozent 2018.

In der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen mit 25 Kandidierenden entfielen mit 27,28 Prozent die meisten Stimmen auf jemanden, der Sicherheit versprach: José María Figueres von der größten Partei PLN. Er war bereits von 1994 bis 1998 einmal Präsident – die direkte Wiederwahl ist in Costa Rica nicht möglich – und bereits sein Vater war dreimal Präsident für den PLN. Er hatte in seiner Amtszeit Privatisierungen durchgeführt, war in einen Korruptionskandal verwickelt, wurde aber nie angeklagt und war lange in der Leitung des

kapitalfreundlichen Weltwirtschaftsforums aktiv.

Der in der ersten Runde mit 16,78 Prozent der Stimmen überraschend Zweitplatzierte Rodrigo Chaves hat 27 Jahre für die Weltbank gearbeitet, davor in den USA studiert und so sehr lange nicht in Costa Rica gelebt. Er war bis Mai 2020 ein halbes Jahr lang als parteiloser Experte Wirtschaftsminister in der Regierung der PAC, trat aber bald zurück, weil ihm die Regierung nicht wirtschaftsliberal genug war. Er trat mit populistischen Slogans als vermeintlich unbelasteter Newcomer an: „Diesen Leuten würde ich die Schlüssel nicht wieder in die Hand geben“, für den Präsidentenpalast erklärte er über seinen Kontrahenten Figueres. Die bisherigen Regierungen hätten nur einer „gewissen Elite“ genützt, und für korrupte Politiker forderte er in einer Fernsehdiskussion halb im Scherz die Todesstrafe. Seine Hauptslogans im Stil von Donald Trump: Machen wir Costa Rica wieder zum glücklichsten Land und – Ich gehe keinem Streit aus dem Weg. Sein erst vor vier Jahren gegründeter Partido Progreso Social Democrático, PSD, Partei des sozialdemokratischen Fortschritts verfügt bisher über keinerlei Regierungserfahrung und ist programmatisch wirtschaftsliberal und rechtspopulistisch.

Die einzige Frau unter den chancenreichen Präsidentschaftskandidaten, die Christsoziale Lineth Saborío, bezeichnete er als intellektuell überfordert von ihrer Kandidatur. Um die Stimmen der rechten Evangelikalen warb er, indem er der „Gender-Ideologie“ den Krieg erklärte.

Nachdem mit der PAC in den beiden vergangenen Legislaturperioden eine vermeintlich sozialliberale Alternative bei der Krisenbewältigung gescheitert ist, erschien vielen Wählenden der Rechtspopulist und starke Mann Rodrigo Chaves als gute Option. Vielleicht gerade, weil er erklärt hat, am Parlament vorbei regieren zu wollen mit Dekreten und Volksentscheiden.

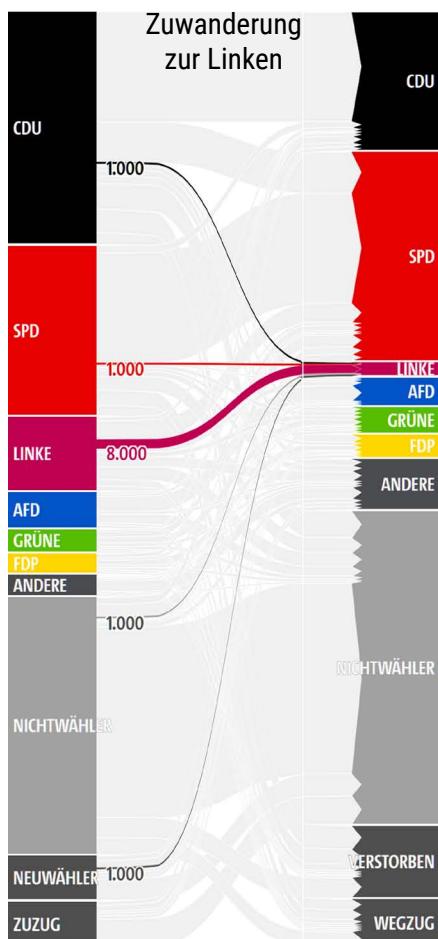
Am Sonntag stimmten 52,9% der Wählenden für Rodrigo Chaves, sein Kontrahent José María Figueres erhielt 47,1% der Stimmen. Die vehemente Kritik aus der in Costa Rica vielfältigen feministischen Bewegung an Rodrigo Chaves führte dazu, dass er unter Frauen keine Mehrheit erhielt. Neben außerparlamentarischen Gruppierungen riefen etwa auch ehemalige Ministerinnen aus der PLN massiv dazu auf, Chaves nicht zu wählen. Auch parteipolitisch nicht gebundene Prominente wie die populäre costaricanische Sängerin Debi Nova, deren Tonträger bei Sony Music erscheinen, äußerten sich: „Ich sorge mich, dass Cos-

ta Rica einen Präsidenten wählt, dem sexuelle Belästigung vorgeworfen wird und der dieses Verhalten wiederholt, speziell gegenüber Frauen, und schamlos ist“, postete Debi Nova am Wahltag auf Instagram. Sie betonte, sie wäre eigentlich politisch „neutral“, aber es dürfe keinen Rückschlag geben für alle Frauen, die im Laufe der Geschichte für die Gleichberechtigung gekämpft hätten: „Ich möchte in einem Land leben, welches eine Führung wählt, die sich für den Respekt, die Würde und die Sicherheit von jedem und jeder einsetzt“. Ohne ihn beim Namen zu nennen und in typisch costaricanischer Zurückhaltung war dies eine eindeutige Aufforderung, Rodrigo Chaves nicht zu wählen.

Denn es hat einen Grund, warum sich Rodrigo Chaves Ende 2019 plötzlich in Costa Rica zu engagieren begann: Zwei Tage, bevor er sich am 30. Oktober 2019 als Wirtschaftsminister vereidigen ließ, musste er die Weltbank verlassen. Aufgrund der Aussagen von sechs Frauen wurde in der Weltbank intern gegen Rodrigo Chaves ermittelt: „Von 2008 bis 2013 hat er sich als Vorgesetzter unangemessen und unerwünscht verhalten“, wie es in dem Beschluss Nummer 649 des internen „World Bank Administrative Tribunal“ vom 7. Juni 2021 heißt, welches dem Autor vorliegt. Ausführlich werden in dem Dokument, aus dem mehrere costaricanische Zeitungen ausführlich zitiert haben, Vorwürfe sexuell motivierter Übergriffigkeit beschrieben. Junge Berufsanfängerinnen mussten sich jahrelang gegen den im Dokument als Herr C. formell anonymisierten männlichen Vorgesetzten verteidigen: Erzwungene Küsse auf den Mund, aufdringliche Einladungen zu Übernachtungen im Hotel usw. Die Angaben zur beruflichen Laufbahn lassen keinen Zweifel, dass es sich beim Herrn C. um Rodrigo Chaves handelt, schreibt etwa die größte costaricanische Tageszeitung „La Nación“, aber auch das „Wall Street Journal“, welches im Oktober 2021 zuerst aus dem internen Verfahren bei der Weltbank berichtete. Rodrigo Chaves hat auf die Enthüllungen im Stile Donald Trumps reagiert: Er beschimpfte die Zeitungen, ihn im Interesse einflussreicher Kreise der Elite zu verleumden. Nach Jair Bolsonaro in Brasilien und Nayib Bukele in El Salvador ein dritter rechtspopulistischer Präsident in Lateinamerika – ausgerechnet in dem Land mit den stärksten demokratischen Institutionen und ohne eine Armee, die für ihm Rückhalt geben könnte – dafür mit einer starken feministischen Bewegung. Mujeres en Acción beendete ihre Erklärung vor der Wahl mit den Worten: „Gewinne wer gewinne – wir sind im permanenten Alarmzustand!“

Wählerschaft sucht geeignete Partei – aus Anlass der Landtagswahl im Saarland

WAHL 2017



WAHL 2022

MARTIN FOCHLER, MÜNCHEN

Die Daten über Wählerwanderungen werden aus Nachwahlbefragungen gewonnen. Schon die Erhebung ist schwierig: Nicht alle erinnern sich zuverlässig, was sie bei der vorhergehenden Wahl wählten, ob eine Aussage stimmt, kann niemand überprüfen, ob die Auswahl der Befragten repräsentativ war, ist nicht gewiss, die Briefwähler fehlen und für Aussagen über kleine Parteien ist die Stichprobe meist klein. – Dennoch werden diese Daten bei den politisch Engagierten aufmerksam registriert, sie spielen bei der Verarbeitung des Wahlergebnisses durch die Parteien eine erhebliche Rolle, weil sie die Interpretation der eigenen Erfahrungen in der Wahlkampfzeit ermöglichen. Diese Daten passen irgendwie zu den Eindrücken, sie sich aus Diskussionen, hingeworfenen Bemerkungen, unterbliebenen Äußerungen ergeben, die im Kreis von Kollegen, Familie, Nachbarschaft, Verein usw. angefallen sind. Diese Daten erleichtern den Einzelnen den Abgleich ihrer eigenen Erfahrungen mit der gesellschaftlichen Stimmungslage. Dies ist nicht unerheblich, erstens, weil die Leute insbesondere hoch engagierten Wahlkämpfenden gerne ein freundliches Wort gönnen und Streitereien lieber ausweichen, und zweitens, weil die Engagierten Hinweise finden, womit sie in der Nachdiskussion des Wahlergebnisses zu rechnen haben. Was macht die Beschreibung der Wählerwanderung über diese Punkte hinaus interessant?

Im Fall der Saarlandwahl sehen wir, dass Die Linke ihre Wähler nicht nur an andere Parteien, allen voran die SPD, verliert. Nach diesen (ungenauen, siehe oben) Daten bleiben 8 000 Leute Linke-Wähler, aber 13 000 wählen gar nicht. Die Linke hat also nicht nur Leute an Mitbewerber verloren, es hat auch eine große Zahl von Menschen gegeben, die, da sie die Linke nicht wählen mochten, gar nicht wählten. Diese Haltung kennen wir alle aus politischen Diskussionen, aber in diesem Fall waren es so viele, dass die Linke im Saarland weit unter die Fünf-Prozent-Marke gefallen ist. Dies geschah nicht nur dadurch, dass sich bei im weiten Sinne links orientierten Wählern Hoffnungen auf SPD oder die Grünen richteten. Viel dramatischer ist, dass offensichtlich Leute, die solche Erwartungen nicht hegten, trotzdem Die Linke nicht wählten, sondern lieber gar keine Partei. Am Ende bleibt, dass eine Linkverschiebung der öffentlichen Meinung mit einem extremen Verlust an Zustimmung zur Partei Die Linke parallel geht.

Es ist in den letzten Jahren immer wieder thematisiert worden, dass sich

die politischen Strebungen in der Bevölkerung im Parteiensystem nicht so recht wiederfinden, Stichwort: sinkende Wahlbeteiligung. Im Saarland ist es nun aber so weit gekommen, dass mehr als 20 Prozent der abgegebenen Stimmen im Landtag nicht repräsentiert sein werden. Die unter-Fünf-Prozent-Ergebnisse von Grünen und FDP lassen sich als Ausrutscher werten. Es bleibt dann trotzdem ein Feld von ca. zwölf Prozent der Stimmen, ohne realistische Aussicht auf Repräsentation.

Nimmt man diese Wahl als Momentaufnahme eines Strukturproblems, sieht man, welche enorme Schwierigkeiten die politische Öffentlichkeit hat, wenn sie Ziele als Auftrag an Gesetzgebung, Regierung, Verwaltung formulieren soll. Noch am besten funktioniert das in den Kommunen. Begünstigt durch das Wahlrecht finden sich Möglichkeiten, von emanzipativen Zielen bestimmte Kandidaturen zum Erfolg zu führen, auch ergeben sich Möglichkeiten für Politik im Bündnis.

Partei	Prozentanteil	Stimmen
SPD	43,50	196.801
CDU	28,55	129.154
AfD	5,68	25.719
Grüne	4,995	22.598
FDP	4,778	21.618
Linke	2,584	11.689
Die Tierschuttpartei	2,297	10.391
FW	1,688	7.636
dieBasis	1,425	6.448
bunt.saar	1,374	6.216
Die PARTEI	1,042	4.716
Familie	0,848	3.836
VOLT	0,585	2.645
Piraten	0,291	1.318
ÖDP	0,135	613
SGV	0,091	412
Gesundheitsforschung	0,081	368
Die Humanisten	0,052	233

Es hat sich in den letzten Jahrzehnten herausgestellt, dass linke, an Emanzipation und sozialen Belangen orientierte Politik auf dieser Ebene auch in den westlichen Bundesländern Anerkennung findet. Aber es zeigt sich eben auch, aus diesen Erfahrungen ergeben sich nicht automatisch belastbare Zielsetzungen für die Politik in den Landtagen, im Bund, in Europa oder international. In den Stadtstaaten der alten Bundesrepublik wird diese Problemlage nicht so deutlich, in den Flächenstaaten, auch in den kleinen, aber schon.

Die Partei Die Linke kann – immer noch – eine Plattform für die Erarbeitung tragfähiger Alternativen werden, der Bedarf – auch das zeigt das Wahlergebnis – ist da.

Datenquelle: <https://www.tagesschau.de>, bearbeitet

► Einladung zu einem Treffen am 7. und 8. Mai 2022 in Sprockhövel zum Themenkomplex

Emanzipatorische Arbeitspolitik – Aktuelle Gewerkschaftspolitik

Beginn: 7. Mai um 13 Uhr. **Ende:** 8. Mai 13 Uhr **Ort:** Bildungszentrum Sprockhövel (wenn die Pandemielage es zulässt.)

Vorläufige Tagesordnung:

1) Covid und mögliche langfristige Auswirkungen auf die Arbeit und die Arbeitsbeziehungen

Während des ersten Covid-Lockdowns kam es zu einer massiven Ausweitung von mobiler Arbeit als Mittel zur Pandemiebekämpfung. Plötzlich war möglich, was vorher die Mehrheit der Arbeitgeber verhindern wollten: Millionen arbeiteten im Homeoffice. Aber was bleibt, und was wandelt sich nach der Pandemie? Für die Zukunft wünscht sich – in allen Umfragen – die klare Mehrheit der Beschäftigten eine Mischung aus mobiler Arbeit und Arbeit im Betrieb. Bei den Arbeitgebern scheint es zwei Lager zu geben. Die einen wollen das alles wieder so wird wie vor dem März 2020, die anderen sehen eine Chance Desk-sharing und generell Shared Services voran zu treiben. Es gibt Stimmen, die einen Betrieb ohne Betriebsstätte für möglich halten. Im Koalitionsvertrag ist nachzulesen, dass sich Homeoffice deutlich von Telearbeit unterscheiden soll. Was heißt das alles für die Beschäftigten, die Betriebsräte und Gewerkschaften? **Vorbereitung:** HEINZ FRITSCHE

2) Der europäische Rechtsrahmen für Mindestlöhne

Im Herbst 2021 hat die Europäische Kommission einen Entwurf für eine Richtlinie über angemessene Mindestlöhne in der EU vorgelegt. Jetzt verhandeln das EU-Parlament und der Rat über die endgültige Fassung. Die Richtlinie verfolgt zwei Ziele: Nationale Mindestlöhne sollen auf ein angemessenes Niveau gehoben werden, ohne dass den EU-Ländern die genaue Höhe vorgeschrieben wird. Darüber hinaus sollen die Tarifsysteme gestärkt werden, wenn weniger als 70 % der Beschäftigten in einem Land nach Tarifbedingungen arbeiten. In der Debatte um die neue Richtlinie gibt es einige Konfliktlinien, die auch die europäische Gewerkschaftsbewegung durchziehen. Die deutsche Bundesregierung schickt sich derweil an, mit ihrem Vorschlag für einen Mindestlohn von 12 Euro zur Vorreiterin zu werden.

Vorbereitung: THILO JANSSEN

3) Neue EU-Maschinenrichtlinie und Regulierung von künstlicher Intelligenz – was ist zu erwarten und welche Folgen für die Arbeitsbedingungen sind absehbar

Die EU-Kommission hat am 21.4.21 den Legislativvorschlag für eine horizontale KI-Verordnung (KI-VO) präsentiert und in Gestalt eines so genannten „AI Packages“ mit der kommenden Maschinenprodukte Verordnung (MaschVO) vertikal verknüpft. In beiden Fällen wird es sich um durchgreifendes Unionsrecht handeln. Beide Papiere liegen derzeit den Institutionen zur Beratung und Erstellung von Kompromissvorschlägen vor. Rat und Parlament haben bereits Vorschläge zu Papier gebracht. Das Plenum des Parlaments wird im November über den Vorschlag zur KI-VO votieren, bevor dieser in den Trialog einmündet. Die vertikal untersetzende MaschVO kommt schon deutlich früher. Gleichzeitig läuft das Normungsgeschehen auf Hochtouren, um die Binnenmarktverordnungen im Sinne des New Approachs bzw. NLF zu konkretisieren. Aus Sicht einer emanzipatorischen Arbeitspolitik gibt es dabei einiges zu berücksichtigen. V.a. Fragen der Legitimation auf regulativer Ebene aber ganz praktisch auch der (Handlungs-) Autonomie der Arbeitshandelnden, der Transparenz über Funktionalitäten und Datennutzung sowie sicherheitsrelevante Themen stehen im Zentrum der Debatte. Tagesaktuell wird der Versuch unternommen, die Prozessebene zu reflektieren, die Dokumente zu skizzieren, repräsentative Themenstränge aufzugreifen und in Summe mit einem Ausblick auf die Folgen für die Arbeitsbedingungen zu verbinden.

Vorbereitung: MICHAEL BRETSCHNEIDER-HAGEMES

4) Arbeitsbewertung – bietet die analytische Arbeitsbewertung (noch) einen Ansatz für die Neubewertung von Arbeit in unserer Gesellschaft?

Mit der Pandemie gewann die nicht ausreichende Bezahlung von bestimmten Tätigkeiten in unserer Gesellschaft eine wohl temporäre Aufmerksamkeit, vor allem beim Krankenhaus- und beim pflegenden Personal. Traditionell und verfestigt wird in unserer Gesellschaft Kopfarbeit höher bewertet als Handarbeit. Dies erklärt aber nicht das Abhängen

von weiten Segmenten der Lohnarbeit, die in Richtung Armutslöhne und oft mit prekären Arbeitsvertragsformen einhergeht. Zuletzt hatte eine WSI-Studie den Umfang von Niedriglöhnen untersucht. Mit Mindestlohngesetzen sollen hier Grenzen gezogen werden. Diese thematisieren aber kaum die gesellschaftliche Bewertung von Arbeit.

Wir schlagen vor, unter Rückgriff auf frühere gewerkschaftliche Debatten zur Arbeitsbewertung, über Ansätze nachzudenken, wie sich starke Lohnerhöhungen in den Niedriglohnsegmenten begründet lassen.

Vorbereitung:

MICHAEL OHSE / ROLF GEHRING

5) Berufsbildung

In der laufenden Krise des dualen Systems der beruflichen Bildung ist es sinnvoll, die im Koalitionsvertrag der Bundesregierung dargestellten Lösungsvorschläge wie Ausbildungsgarantie, Jugendberufsagenturen, Einstiegsqualifizierung, assistierte Ausbildung, Verbundausbildung und Berufsorientierung zu erörtern. Auch die von anderer Seite (Gewerkschaften, z.T. Linke) wieder in die Diskussion gebrachte Ausbildungsplatzumlage verdient Beachtung.

Vorbereitung: JOHANN WITTE

6) A. Reckwitz, H. Rosa: Spätmoderne in der Krise

In ihrem neuen Band „Spätmoderne in der Krise. Was leistet die Gesellschaftstheorie“ beschreiben die Sozialwissenschaftler Reckwitz und Rosa alte und neue Spaltungslinien der modernen Industriegesellschaft. Herausfordernd aus gewerkschaftlicher und politischer Sicht ist dabei der Hinweis (u.a. S. 108-129), dass die alte Spaltung zwischen Stadt und Land sich tendenziell eher vertieft und die „neue“ Spaltung zwischen einem gutverdienenden akademischen Milieu und dem „Prekariat“ sich ebenfalls verfestigt.

Wie reflektieren Politik und Gewerkschaften diese Themen?

Vorbereitung: RÜDIGER LÖTZER

7) Aktuelle Tarifbewegungen

Abhängig davon, ob hier etwas zu berichten/diskutieren ist – **Vorbereitung:** ALLE

► **Übernachtung:** Im Bildungszentrum Sprockhövel der IG Metall sind ausreichend Zimmer reserviert. Die **Übernachtungskosten** betragen 60,- Euro pro Zimmer (Einzel- oder Doppelzimmer). Das Frühstück kostet 12,- Euro und das Mittagessen inklusive Getränke 20,- Euro.

Anmeldungen + Kontakt: Bitte die Anmeldung an Rolf Gehrung oder Brigitte Kurzer senden.

Rolf Gehrung rgehring@efbw.eu (Tel: +49-175-454 74 01) – Brigitte Kurzer kurzer-gehring@t-online.de

Schweden: Riksdagen veranschiedet das „1912 års lag“ – Arbeitsschutz wird Norm

Schwedische Arbeitsforschung

Die Schwedischen Gewerkschaften und ihr Dachverband LO entwickelten relativ früh ein Interesse an Fragen der Arbeitsorganisation. Fragestellungen zur Arbeitsorganisation und zur Humanisierung der Arbeit wurden in den diversen Foren der Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern verhandelt, u.a. dem Entwicklungsrat für Zusammenarbeit, Ende der 1960er Jahre gegründet. Es war eine Organisation, die auf „Aktionsforschung“ ausgerichtet war. Die Inspiration kam aus Norwegen. Parallel zu Pilotaktivitäten fand eine breitere Debatte über Demokratie am Arbeitsplatz statt.

Vor diesem Hintergrund wurde 1977 durch das schwedische Parlament ein Institut für angewandte Forschung und Entwicklung im Bereich der Arbeit gegründet, das Swedish Center for Working Life (Arbetslivscentrum). Ausgangspunkt für das Institut sollte die Demokratisierung der Arbeit sein, auf die das Mitbestimmungsgesetz ausdrücklich abzielte. Die Parteien des Arbeitsmarktes sollten einen wesentlichen Einfluss auf die Aktivitäten des Instituts erhalten. Das Institut wuchs schnell und hatte in seiner Blütezeit etwa hundert Mitarbeiter. Drei Lehrstühle gab es von Beginn, einen für Arbeitsorganisation, Produktionsformen und Mitbestimmung, einen für Verwaltung und einen dritten für die Verwaltung des öffentlichen Sektors. Nicht nur in Fragen bezüglich der stofflichen Seite der Produktion und ihrer Weiterentwicklung (viele werden sich noch an die 18-Minuten-Takte bei der Autoproduktion von Volvo und ihre Wirkung auf die Diskussion um Gruppenarbeit in anderen Ländern erinnern) war das Institut ein Taktgeber, auch in Bereichen wie betrieblicher Prävention, sozialer Technikentwicklung, Ergonomie der Arbeitsabläufe, Gefährdungsbeurteilung oder für den Umgang mit psychosozialen Belastungen in der Arbeit. Hier hat das Institut immer wieder Impulse gesetzt und letztlich auch das europäische Konzept zum Arbeits- und Gesundheitsschutz beeinflusst.

Quelle: Report 2015:18 ENG Swedish Work Environment Research 2017–2027 – Swedish Work Environment Research 2017–2027 – Input to the Government's Research Policy, report 2015:18 (av.se)

Das Jahr 1912 hatte für die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung Schwedens einiges aufzuweisen: Stockholm z.B. richtete die V. Olympischen Spiele der Neuzeit aus – die Organisation der Wettkämpfe und die Gestaltung der Sportanlagen wurden zum Vorbild für nachfolgende Veranstaltungen. Damals aktuelle internationale Konflikte konnten diplomatisch für den Verlauf der Spiele neutralisiert werden, das IOC hatte entschieden, dass Böhmen und Finnland nicht eigenständig einmarschieren durften, sondern sich hinter die Flaggen von Österreich und Russland einordnen mussten. Ebenfalls 1912 beschloss der schwedische Reichstag das Wahlrecht für Frauen. 1912 war das Gründungsjahr des Schwedischen Gewerkschaftsbundes (s.u.) und 1912 wurde vom Riksdagen das „1912 års lag“ – das „1912 Gesetz“ – verabschiedet: ein Gesetz über Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz.

EVA DETSCHER, KARLSRUHE / ROLF GEHRING, BRÜSSEL

Schweden – ein spät industrialisiertes Land

„Noch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts war Schweden ein ausgeprägter Agrarstaat, in dem 90 % der Bevölkerung von der Landwirtschaft lebte. Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts setzte eine umfassende Industrialisierung ein, die bis zur Weltwirtschaftskrise von 1929 die Grundlagen für eine moderne Industriegesellschaft legte. Die Industrialisierung basierte anfänglich auf gutem Zugang zu Rohstoffen und der Verarbeitung dieser Ressourcen an Ort und Stelle (beispielsweise Eisenerz mit Hütten in Svealand, unendliche Wälder im Norden, einer Vielzahl an Sägewerken entlang der norrländischen Küste). Erst in den 1890er-Jahren bildete sich eine sehr fortschrittliche Werkstattindustrie, vor allem in Mittelschweden, heraus (beispielsweise Nobel AB, ASEA (heute ABB), Bahco, LM Ericsson, Alfa Laval, SKF).“ [1] Noch Anfang des 20. Jahrhunderts arbeiten über 50% in der Landwirtschaft – die Industrialisierung findet deutlich nach der englischen statt. Arbeitsschutz tritt eher spät auf den Plan, zuerst mit der Einschränkung der Kinderarbeit (1881), die Gewerbeaufsicht wird 1890 gegründet.

Auch die Gewerkschaften, die Mitte des 20. Jahrhunderts vereinzelt auftauchten, gründen erst 1898 die sogenannten „Landesorganisationen“ (LO).

Bitter verlorener Generalstreik 1909

Nach monatelangen Kämpfen gegen die schlechten Arbeitsbedingungen (insbesondere bei den Transportarbeitern) und für kürzere Arbeitszeiten, höhere Löhne und bessere Sozialleistungen antworteten die Arbeitgeber mit genereller Aussperrung und dem Einsatz von Streikbrechern, die sie in England rekrutiert hatten. Die Gewerkschaften antworteten auf den Generallockout mit dem Generalsstreik.

„Die Parole der Gewerkschaftsvorstände: „die Hände von der Arbeit“ ist mit bewundernswürdiger Einmütigkeit aufgenommen worden. Von etwa 530 000 Arbeitern, die in Schwedens Industrie, Handel und Verkehr beschäftigt sind, befanden sich in den ersten Tagen nach der Proklamierung des Massenstreiks bereits 300 000 im Ausstand. Das sind viele Zehntausende mehr, als die dem Landessekretariat angegliederten Gewerkschaften umschließen, deren Gesamtmitgliederstand rund 162 000 beträgt, ja als in Schweden überhaupt gewerkschaftlich organisierte Arbeiter

In der Vergangenheit war die Saisonarbeit der Kinder eine wichtige Ergänzung des Familieneinkommens. Das Foto zeigt junge Mädchen, die 1913 in Göteborg „Maibaumblüten“ herstellen. Die ersten Maiblumen wurden 1907 in Göteborg zu Gunsten von Tuberkulosekranken verkauft. Beda Hallberg war für diese Initiative verantwortlich, und die „mayday flowers“ verbreiteten sich schnell im



ganzen Land und darüber hinaus. Heutzutage wird mit dem Verkauf von „mayday flowers“ ein Umsatz von rund 50 Millionen schwedischen Kronen erzielt, und der Verkauf erfolgt zu Gunsten der Bekämpfung der Kinderarmut



„Denken sie daran, ihre Hände sind ihr wichtigstes Werkzeug. Eine verstümmelte Hand bedeutet einen verstümmelten Lohn. Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz zählen sich aus.“ So lautete der Slogan auf dem Plakat von 1954, das einem Mechaniker gezeigt wurde.

Regionale Arbeitsschutzbeauftragte

Schweden zählt bei etwa neun Millionen Einwohnern mehr als 100 000 Sicherheitsbeauftragte. Ein beeindruckendes System der Vertretung und Beteiligung im Bereich der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz. Mehr als 1500 sind als regionale Sicherheitsbeauftragte tätig. Sie vertreten etwa 700 000 Arbeitnehmer in 160 000 Betrieben mit weniger als 50 Beschäftigten.



Es gibt also eine etablierte Kombination von betrieblichen Sicherheitsbeauftragten und Sicherheitsausschüssen auf der Ebene von Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten und auf einer zweiten Ebene von kleinen Betrieben ohne diese formalen Strukturen, die dann über die regionalen Sicherheitsbeauftragten betreut werden. Dabei wird auch die Größe des Landes eine Rolle spielen, in der es nicht so viele industrielle Ballungen, sondern vielfach weit verstreute kleine und mittlere Betriebe gibt. Das Ausbildungsniveau der schwedischen Sicherheits- und Gesundheitsschutzbeauftragten wird im europäischen Vergleich als sehr hoch beurteilt. Regionale Sicherheitsbeauftragten wurden mit dem Gesetz zum betrieblichen Arbeitsschutz eingeführt,

das auch die Bildung von Arbeitsschutzausschüssen in Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten vorsieht. Sie werden von der Gewerkschaft benannt und können Präventionsmaßnahmen in Betrieben initiieren, sofern mindestens ein Beschäftigter des Betriebs Gewerkschaftsmitglied ist. „Im Jahr 2003 besuchten die regionalen Sicherheitsbeauftragten etwa 65 000 kleine Arbeitsstätten, eine viel größere Zahl als die Arbeitsaufsichtsbehörde. Sie haben ihr Wissen z. B. über die Methoden der Gefährdungsbeurteilung verbreitet und die Eigentümer von Kleinbetrieben davon überzeugt, diese anzuwenden.“ Die Arbeit der regionalen Sicherheitsbeauftragten wird teils durch die Gewerkschaften und teils durch die Regierung finanziert.

Quelle: A Survey of Swedish Work Environmental and Occupational Research during the Twentieth Century: Jan Johansson; in Human Factors and Ergonomics in Manufacturing, Vol. 9 (4) 343–356 (1999)

– 230 000 – gezählt werden. Die Lösung der führenden zentralisierten Gewerkschaften hat also nicht nur alle Organisierten ohne Unterschied der Richtung ergriffen, sondern auch breite Massen der Unorganisierten gepackt, von denen sich täglich neue Scharen um das Banner des Streiks scharen. Und gerade diese Tatsache gehört zu den hervorstechendsten Zügen des Kampfes und wird von wesentlichem Einfluss auf seinen Ausgang sein. Ein Massenstreik, der mehr als ein Aufmarsch, eine drohende und warnende Schilderhebung sein soll, kann sich nicht auf die Kreise der Organisierten und Geschulten beschränken. Er muss über sie hinausgreifen, aber von ihnen – als den führenden Kerntruppen – Ziel, Richtung, Disziplin erhalten.“ [Clara Zetkin in 2] Leider konnte der Streik nicht erfolgreich geführt werden, unter anderem wegen Versiegens der Streikkasse.

„Nach dem verlorenen storstrejk 1909 hatte die LO ihre Politik zunächst defensiv ausgerichtet, um hauptsächlich ihre Mitgliederzahl zu stabilisieren und das bisher Erreichte durch Abkommen mit den Arbeitgebern zu verteidigen. Darüber hinaus intensivierte man die Zusammenarbeit mit verschiedenen Volksbewegungen, insbesondere mit der Konsumgenossenschaftsbewegung – sie breitete sich in dieser Zeit schnell aus – sowie der Wahlrechtsbewegung. Die Gewerkschaftsbe-

wegung und die Sozialdemokratie hatten sich nach dem storstrejk 1909 dazu entschieden, ihren Fokus auf Reformen zu legen, so dass der Kampf um rechtliche Gleichstellung, konkret um das allgemeine und gleiche Wahlrecht, immer mehr ins Zentrum rückte. Ein partnerschaftliches Verhältnis von LO und Arbeitgebern schien die Kampfzeit der LO abgelöst zu haben. Auf ihrem Kongress 1912 beschloss die LO als Reaktion auf eine voranschreitende Industrialisierung ihre Einzelgewerkschaften zu Industriegewerkschaften umzuorganisieren.“ [3]

Das „1912 Gesetz“ über die Sicherheit und den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz

„1912 verabschiedete das Parlament ein neues und strengeres Arbeitnehmer-schutzgesetz, dessen Hauptziel darin bestand, Arbeitsunfälle zu verhindern. Mit diesem neuen Gesetz wurden die Schutzzvorschriften verschärft und die Beauftragten für Sicherheit und Gesundheitsschutz eingeführt, die den Grundstein für unser heutiges System legten.

Das Gesetz gab den Arbeitnehmern das Recht, ihre eigenen Vertreter zu ernennen, obwohl der Begriff ‚Arbeitsschutzvertreter‘ erst 1938 eingeführt wurde. Diese Vertreter standen zunächst in keiner rechtlichen Beziehung zu den Gewerkschaften, was erst in den

1930er Jahren geschah. Als die ersten Vertreter gemäß den Rechtsvorschriften von 1912 ernannt wurden, waren die Gewerkschaften noch nicht stark genug und wurden von den Arbeitgebern heftig bekämpft.“ [5] Nach 1912 wuchs die Zahl der Arbeitsschutzvertreter, und ihre rechtliche Stellung und Absicherung gegen Benachteiligung im Betrieb wurde ausgebaut. Das Gesetz von 1912 galt nur für Teile des Wirtschaftslebens, z.B. nur für solche Landarbeiter, die Maschinen bedienten. Andere Gewerke (z.B.: Milk maids) blieben rechtlos. Aber ihre Funktion bewährte sich, ihre Arbeit wurde anerkannt, der Arbeitsschutz bekam mehr Aufmerksamkeit, auch Berufskrankheiten gerieten stärker in den Blick. Verschiedene Reformen stärken die Rolle der Sicherheitsbeauftragten. Mit einer weiteren Reform 1949 werden betriebliche Arbeitsschutzausschüsse eingeführt und die Funktion der regionalen, von der Gewerkschaften eingeführten. Die Auseinandersetzungen um den Arbeitsschutz und die direkte Beteiligung der Beschäftigten/Gewerkschaften waren auch eine wichtige Basis für das Satsjöbaden Agreement von 1935 (Schwedisches Modell), das den gesellschaftlichen Einfluss der Gewerkschaften stärkte und institutionalisierte. Der Staat muss sich raus halten, allein die beiden Seiten Arbeitgeber und Gewerkschaften handeln.

[1] Wikipedia – Schweden [2] Clara Zetkin in „Die Gleichheit. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen“, Nr. 23, 16. August 1909 [3] Björn Brennecke: Die schwedische Gewerkschaftsbewegung und das Schwedische Modell, <https://www.repo.uni-hannover.de/bitstream/handle/123456789/9166/1014413494.pdf?sequence=1> [4] <https://data.riksdagen.se/fil/C64197BA-0C77-4E58-A718-4B0EB95B0E37>, [5] Broschüre zu 100 Jahren Gesundheits- und Sicherheitsrepräsentation: herausgegeben von © 2012 The Swedish Trade Union Confederation (LO) ISBN 978-91-566-2801-6

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

☰ Menü  DE ▾

RLS Dossiers Gegen den neuen Krieg in Europa...

DOSSIERS

GEGEN DEN NEUEN KRIEG IN EUROPA

„Mit dem völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine befindet sich Europa im schwersten militärischen Konflikt seit den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien. In vielen Städten und Regionen der Ukraine gibt es Explosionen. Menschen befinden sich auf der Flucht. Die Eskalation fordert viele Opfer, auch unter Zivilist*innen. Europa steht vor den Trümmern des zerrütteten Verhältnisses zu Russland.“

In diesem Schwerpunkt befassen wir uns mit den Hintergründen und Folgen des Krieges in der Ukraine. Wir analysieren die Konfliktursachen. Wir blicken auf die Lage der Menschen, die von diesem Krieg betroffen sind. Wir lassen die Stimmen linker Akteure aus der Ukraine und aus Russland zu Wort kommen. Wir diskutieren die Möglichkeiten einer friedlichen Konfliktlösung und stellen die Frage, was in Deutschland getan werden muss, um den Krieg zu stoppen.“

INTERVIEW | 08.04.2022
Ein echter Friede in der Ukraine kann nur durch einen Wandel in Russland...
Verhandlungen könnten die Kämpfe beenden. Aber für wie lange?

NACHRICHT | 08.04.2022
ManyPod #15: Geflüchtete aus der Ukraine: Welcome!
Willkommenskultur 2.0 und anti-slawischer Rassismus

KOMMENTAR | 06.04.2022
Kriege verhindern, statt siegen zu wollen
Kathrin Vogler über linke Friedenspolitik im Angesicht des Ukrainekrieges

PODCAST | 31.03.2022
ManyPod #15/1: Ukrainische Geflüchtete: Welcome!
Willkommenskultur 2.0 und anti-slawischer Rassismus

VIDEO | 25.02.2022
Die Situation linker Aktivist*innen im Ukraine-Konflikt
Ivo Georgiev, Leiter des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Kiew, Ukraine, berichtet von der...

INTERVIEW | 04.04.2022
Wir brauchen eine Solidarität von unten
Gespräch über wichtige Fragen an die Linke im Westen

VIDEO | 24.03.2022
Der Krieg in der Ukraine
Was kann die Linke tun?

ANALYSE | 31.03.2022
Frieren für die Freiheit?
Die Folgen eines EU-Energieembargos für die russische Wirtschaft

<https://www.rosalux.de/dossiers/krise-in-der-ukraine>

Jahrestagung Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation am 23./24. April in Mannheim

Die Jahrestagung des Vereins findet am 23. und 24. April in Mannheim als Präsenz-Veranstaltung statt. Tagungsort: „Trommelpalast“, Mannheim Käfertal, Turbinenstraße 1-3 Anfahrtsbeschreibung: Straßenbahnlinie 5 vom Hauptbahnhof Mannheim Richtung Käfertal, Haltestelle „Auf dem Sand“ + 7 Min. Fußweg.

(Für diese Veranstaltung gelten weiter die Corona-Hygienericeln G 3, und Maske während der Veranstaltung, außer am Tisch der/des Teilnehmenden.)

Anmeldungen mit Angabe, ob eine Übernachtung (Einzel- oder bei Partnern Doppelzimmer im Hotel) gewünscht wird, bitte an: alfred.kuestler@politische-berichte.de.

Samstag, 23.4.2022:

Beginn 13 Uhr, Registrierung ab 12.30 Uhr.

1. Vereinsangelegenheiten

- 1.1 Bericht des Vorstands, Kassenbericht
- 1.2 Politische Berichte, Redaktionsberichte
- 1.3 Beauftragungen Herausgeberschaft und Redaktion
- 1.4 Wahlen Vorstand u. Kassenprüfung

2. Tagungsthema: (15.30 bis 18 Uhr)

„Realistische und wirksame Kritik an Aufrüstung“ (Militarisierungskonzepte unter dem Gesichtspunkt von Einflussphären oder unter dem Aspekt der Verteidigungsfähigkeit).

Referent: Paul Schäfer, ehemaliger verteidigungs- und abrüstungspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion Die Linke bzw. PDS von 2005 bis 2013.

Sonntag, 24.4.2022

3. Tagungsthema: (9 bis 12 Uhr)

„Verteidigung und Ausbau der Bürger- und Menschenrechte und der sozialen Rechte der Lohnabhängigen – auf welche internationa- len Konventionen, Forderungen und überstaatliche Vereinbarungen kann sich linke Kritik in der Auseinandersetzung stützen?“

Berichte aus der Redaktion der Politischen Berichte, Überlegungen zu Projekten und Schwerpunkten weiterer Berichterstattung:

- Europa und gewerkschaftliche Bewegungen und Forderungen,
- Internationale Anhaltspunkte im Kampf gegen die Gefährdung von Menschenrechten,
- Gegen Rechts, gegen völkischen Nationalismus, gegen Tendenzen zu autokratischer Herrschaft in Europa.

Die Gefährdung von Bürger- und Menschenrechten sowie von sozialen Mindeststandards findet angesichts globaler Krisen – wie Pandemien, Umwelt, Klima, Naturkatastrophen, Kriegsgefahr – sowie dazu erfolgender staatlicher Gegenmaßnahmen nicht nur auf dem Territorium eines Staates, sondern staatenübergreifend und z.B. im gesamteuropäischen Maßstab statt.

In der Auseinandersetzung um den russischen Okkupationskrieg gegen die Ukraine einerseits und um eine Konfrontation zwischen Nato- und EU-Staaten mit der Russischen Konföderation andererseits, spielt die Idee der „Verteidigung des „freien Westens“ gegen autokratische und oligarchische russische Herrschaft“ eine nicht unerhebliche Rolle. Tatsache ist aber doch, dass die Gefahr einer Entwicklung zu autokratischer Herrschaft mit nationalistischer, „populistischer“ Mobilisierung in den EU- und Nato-Staaten selbst unverkennbar ist – Trump, Orban, Le Pen u.a. – der nur durch permanente Anstrengung der politischen Öffentlichkeit entgegengetreten werden kann.

Einleitungsbeiträge von Christiane Schneider, Rolf Gehring, Rosemarie Steffens

Es besteht die Möglichkeit, die Jahrestagung online zu verfolgen und Fragen über den Chat zu stellen. (Also keine Online-Teilnahme mit Bild der/des extern Teilnehmenden und keiner eigenen Mikrofonverbindung in den Tagungsraum.) Link zur Online-Verfolgung auf Anfrage und Anmeldung bei: alfred.kuestler@politische-berichte.de.

*Für den Vorstand des Vereins,
Brigitte Wolf, Christoph Cornides*